

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Magarditsch Hatschikjan

Die wechselvolle Kontinuität

Zu den jugoslawisch-sowjetischen
Beziehungen nach 1945

Thomas Brey

Jugoslawien am Scheideweg

Eine Bilanz jugoslawischer Politik
nach Titos Tod

Wolfgang Teckenberg

Arbeitsbeziehungen
und Produktivität

in sowjetischen Betrieben

ISSN 0479-611 X

B 13/81

28. März 1981

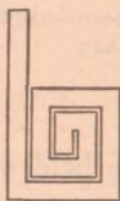
Magarditsch Hatschikjan, M. A., geb. 1951 in Sofia; Studium der Germanistik und Osteuropäischen Geschichte an der Universität Düsseldorf; Lehrer.

Thomas Brey, Dr. phil., M. A., geb. 1953; nach Studien in Mainz, Münster und Bochum 1976 Magister in 'Osteuropäische Geschichte' an der Ruhr-Universität; 1979 Promotion zum Dr. phil. mit einer Arbeit zur jugoslawischen Politik in den fünfziger Jahren; 1979 bis Anfang 1981 Durchführung eines Forschungsprojekts der Stiftung Volkswagenwerk zur Sozialstruktur des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens; heute Mitarbeiter der Deutschen Presse-Agentur (dpa).

Veröffentlichungen: Deutschsprachige Nachrichtensendungen osteuropäischer Länder, in: Rundfunk und Fernsehen 25 (1977), S. 86—94; Die rechtlichen Grundlagen des Rundfunks in Jugoslawien, in: Der Donauraum, Wien 22 (1977), S. 202—213; Bonn und Belgrad. Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Jugoslawien seit dem Zweiten Weltkrieg, in: Osteuropa 29 (1979), S. 632—644; Zu den Grundlagen des 'Eurokommunismus': Der jugoslawische Marxismus, in: Der Donauraum 23 (1978), S. 125—153; Der 'jugoslawische Weg zum Sozialismus' und die Bundesrepublik Deutschland. Ein Beitrag zur Auslandsberichterstattung deutscher Presseorgane, Bochum 1980.

Wolfgang Teckenberg, Dr. phil., geb. 1948; Studium der Soziologie, Geschichte und Slawistik in Köln; seit 1978 wissenschaftlicher Assistent am Institut für Soziologie, Universität Kiel.

Veröffentlichungen u. a.: Die soziale Struktur der sowjetischen Arbeiterklasse im internationalen Vergleich — Auf dem Wege zur industrialisierten Ständegesellschaft?, München, Wien 1977 (erscheint 1981 in überarbeiteter Fassung auch in den USA). Verschiedene Publikationen zur Sozialstruktur sowjetsozialistischer Gesellschaften in der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Klaus W. Wippermann (i. V.)
Redaktion: Paul Lang, Dr. Gerd Renken.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 0651/46171, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,77 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Die wechselvolle Kontinuität

Zu den jugoslawisch-sowjetischen Beziehungen nach 1945

Vorbemerkung

Seit mehr als drei Jahrzehnten erregen die Beziehungen zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion das öffentliche Interesse. Insbesondere im Gefolge internationaler Krisen, bei Abkühlungen im Ost-West-Klima oder — wie zuletzt vor Titos Tod — in Erwartung möglicher einschneidender Veränderungen sorgen sie immer wieder für Schlagzeilen wie auch für Spekulationen. Die Brisanz ist offensichtlich: zwei sozialistische Staaten, deren Führungen sich auf die gleichen geistigen Wurzeln berufen, die sich zuweilen ärgstens befeinden, um sich bald darauf brüderlich wieder zusammenzufinden. Kein anderes bilaterales Verhältnis in Nachkriegseuropa hat so viel Verwirrung gestiftet — in Ost wie in West.

Das erste Schisma des Weltkommunismus war zugleich der tiefste Einschnitt in den Bezie-

hungen zwischen sozialistischen Staaten und kommunistischen Parteien. Seine Bedeutung wird bis zum heutigen Tag auch dadurch bestätigt, daß die wiederkehrenden Wandlungen von Konflikt und Übereinstimmung alle diejenigen Prognosen, die Gradlinigkeit suggerierten und Jugoslawien politisch bald hie, bald dort ansiedelten, über den Haufen geworfen haben. Steckt hinter der lange Jahre hindurch schier ungläubwürdigen Wechselhaftigkeit nicht doch eine Kontinuität?

Ein kurzer, konzentrierter Überblick über die geschichtliche Entwicklung der Beziehungen nach 1945 soll Hinweise für die Antwort liefern, um auf dieser Grundlage einige zukünftige Perspektiven der beiderseitigen Beziehungen zu erörtern.

I. Ursachen und Ergebnisse des Konflikts von 1948

Am 28. Juni 1948 erschütterte die von Radio Prag ausgestrahlte Kominform-Resolution über Jugoslawien das junge und dennoch fest erscheinende Block-Gefüge¹⁾. Zum ersten Mal in der Geschichte des Kommunismus war eine bis dahin anerkannte Bruderpartei mit dem öffentlichen Bannfluch belegt worden, zum ersten Mal rief das „eigene“ Lager zum Sturz ei-

ner regierenden KP auf. Was die in Ost und West gleichermaßen überraschten Beobachter besonders irritierte, war die Tatsache, daß der Adressat massivster Anwürfe bis dahin als der engste Verbündete Moskaus in Osteuropa angesehen worden war. Die ersten Reaktionen verdeutlichten lediglich, daß ausnahmslos alle Seiten über Ursachen und Tragweite des Konflikts im dunkeln tappten. Und bis zum heutigen Tage prallen kontroverse Auffassungen über die Frage aufeinander: „Kam es zum Bruch mit der Sowjetunion 1948 deshalb, weil Jugoslawien einen eigenen Weg beschritt, oder mußte Jugoslawien eine eigene Idee entwickeln, weil es zum Bruch zwischen Stalin und Tito gekommen war?“²⁾

¹⁾ Für den Wortlaut der Resolution wie auch des unmittelbar davor geführten Briefwechsels siehe: Tito contra Stalin. Der Streit der Diktatoren in ihrem Briefwechsel, Hamburg 1949. Die Kominform-Resolution enthält im wesentlichen die zuvor in den Briefen des ZK der KPdSU erhobenen Anschuldigungen. Der KPJ-Führung wurde vor allem vorgeworfen, sie weiche in ihrer Linie vom Marxismus-Leninismus ab, betreibe eine unfreundliche Politik gegenüber der KPdSU und der UdSSR, negiere die Notwendigkeit einer Verschärfung des Klassenkampfes und der führenden Rolle der kommunistischen Partei, schaffe bürokratische und undemokratische Zustände innerhalb der Partei und sei nicht zur Selbstkritik fähig. Die Resolution gipfelte in dem Aufruf an die „gesunden Elemente“ innerhalb der KPJ, die Führung zu stürzen.

²⁾ I. Ivanji, Der jugoslawische Sozialismus der Selbstverwaltung. Ein Modell?, in: C. Gneuss, K.-D. Grothausen (Hrsg.), Jugoslawien. Aspekte der Gegenwart — Perspektiven der Zukunft, Stuttgart 1979, S. 98 ff. Der Autor betont — in Übereinstimmung mit der offiziellen jugoslawischen Geschichtsschreibung — die Kontinuität der jugoslawischen Entwicklung

Die ideologischen Grundsätze, konzeptionellen Leitlinien sowie die innen- und außenpolitischen Maßnahmen der jugoslawischen KP-Führung in den ersten vier Nachkriegsjahren hatten in der Tat auf eine außergewöhnlich enge Orientierung und Anlehnung an Moskau hingedeutet³⁾:

— Die Schaffung eines zentralistischen Staatswesens nach sowjetischer Prägung wurde ohne jede taktische Zurückhaltung forciert, die politische Opposition in wenigen Monaten ausgeschaltet; die am 31. Januar 1946 angenommene Verfassung, unverhüllt der sowjetischen aus dem Jahre 1936 entlehnt, verankerte auch de jure die wesensmäßige Analogie zum sowjetischen Staatstyp. Noch im Jahre 1949 spottete Kardelj über alle Auffassungen osteuropäischer KP-Führer, die die Volksdemokratie als „eigenen neuen Weg zum Sozialismus“ und nicht — wie die Jugoslawen — als Nachzeichnung des sowjetischen Wegs interpretierten⁴⁾.

— In der Wirtschaftspolitik setzte die jugoslawische KP auf eine auffallend einseitige Prio-

seit 1941, wohingegen die meisten westlichen Publikationen die zweite These stützen. Siehe stellvertretend dafür: J. K. Hoensch, *Sowjetische Osteuropa-Politik 1945—1975*, Düsseldorf 1977, S. 46 ff. Überzeugender als beide Extreme fällt die These Leonhards aus, es habe eine Wechselwirkung zwischen realpolitischen Notwendigkeiten und Erkenntnissen auf der einen und eigenständigen Akzenten der jugoslawischen Revolution auf der anderen Seite bestanden. Siehe dazu Ch. Gneuss, K.-D. Grothusen, a. a. O., S. 134 ff.

³⁾ Aus der Fülle der Literatur über die Nachkriegsentwicklung Jugoslawiens unter besonderer Berücksichtigung der Beziehungen zur Sowjetunion siehe insbesondere H. F. Armstrong, *Tito and Goliath*, New York 1951; A. B. Ulam, *Titoism and the Cominform*, Cambridge 1952; T. T. Hammond, *Yugoslavia between East and West*, New York 1952; L. Adamic, *The Eagle and the Roots*, New York 1952; F. Maclean, *Eastern approaches*, London 1957². Von der Memoirenliteratur insbesondere V. Dedijer, *Stalins verlorene Schlacht. Erinnerungen 1948 bis 1953*, Wien 1970; S. Vukmanovic Tempo, *Mein Weg mit Tito. Ein Revolutionär erinnert sich*, München/Zürich 1972. Die wichtigsten Dokumente für die Zeit bis 1948 veröffentlichte das „Royal Institute of International Affairs“ (*The Soviet Yugoslav Dispute*, London 1948). Für weitere Dokumentensammlungen siehe insbesondere R. Bass/E. Marburry (Hrsg.), *The Soviet Yugoslav Controversy, 1948—1958. A Documentary Record*, New York 1959, und S. Clissold, *Yugoslavia and the Soviet Union 1939—1973. A Documentary Survey*, London, New York, Toronto 1975. Als Quellen siehe V. Dedijer, *Prilozi za biografiju*, Beograd 1952; ders., *Tito. Autorisierte Biographie*, Berlin 1953; V. Vinterhalter, *Tito. Der Weg des Josip Broz*, Wien/Frankfurt/Zürich 1969.

⁴⁾ E. Kardelj, *On People's Democracy in Yugoslavia*, New York o. J., S. 4. Die Schrift wurde im Juli 1949 in Belgrad veröffentlicht.

rität der Industrie gegenüber der Landwirtschaft, legte bereits im August 1945 durch das Agrargesetz den Grundstein für eine Kollektivierung, verstaatlichte und zentralisierte die gesamte Wirtschaftsstruktur binnen kürzester Frist und entwarf bis 1947 den ersten Fünf-Jahres-Plan, der wie eine Kopie des sowjetischen aus dem Jahre 1928 wirkte.

— Dem Radikalismus im Innern entsprach ein militanter Konfrontationskurs gegenüber dem Westen in der Außenpolitik. Jugoslawien erhob vehement, wenngleich erfolglos, seine Ansprüche auf Triest und Kärnten, unterstützte vorbehaltlos den Aufstand der griechischen Partisanen und scheute 1946 nicht einmal vor der offenen Konfrontation mit den USA zurück, als US-Flugzeuge über jugoslawischem Territorium abgeschossen wurden.

— Schließlich zeichneten sich die Jugoslawen auf ideologischem Gebiet ebenso durch ihre übertriebene Orthodoxie aus wie durch emphatische Äußerungen über ihre Beziehungen zur KPdSU und zur UdSSR. Tito drängte als erster bereits 1945 auf eine Nachfolgeorganisation der 1943 aufgelösten Komintern zur Stärkung der Konformität im kommunistischen Lager. Die erste Sitzung des 1947 gegründeten Kominform benutzten Djilas und Kardelj vor allem dazu, die kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens einer geharnischten Kritik wegen „Opportunismus“ zu unterziehen und mit Stolz auf die großen Ähnlichkeiten in Inhalten und Methoden sowjetischer und jugoslawischer Politik hinzuweisen. Letzteres pflegten jugoslawische KP-Führer häufig zu unterstreichen — davon überzeugt, „daß Jugoslawien künftig einen Teil der UdSSR bilden wird“⁵⁾.

„Ungeduldig und etwas doktrinär, waren die Jugoslawen zu jener Zeit auf ideologischem Gebiet stalinistischer als Stalin.“⁶⁾ Die auf den ersten Blick so schlüssig wirkende Zuordnung Jugoslawiens überlagerte alle Anzeichen von Trübungen und Rissen in den Beziehungen zur UdSSR, die — wie ex post offenbar wurde — schon seit 1941 alles andere als nur harmonisch verliefen⁷⁾.

⁵⁾ Diese Ansicht äußerte Kardelj durchaus in Übereinstimmung mit der jugoslawischen Führung in einem Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter in Jugoslawien am 5. Juni 1945, dessen Protokoll die sowjetische Führung in ihrem Brief vom 4. Mai 1948 veröffentlichte.

⁶⁾ Z. K. Brzezinski, *Der Sowjetblock. Einheit und Konflikt*, Köln/Berlin 1962, S. 59.

⁷⁾ Eine pointierte Zusammenfassung aus jugoslawischer Sicht gibt Mosa Pijade, *Das Märchen von der sowjetischen Hilfe für den Volksaufstand in Jugoslawien*, Belgrad 1950. Wenngleich in polemischer Absicht geschrieben, enthält die Broschüre viele

Der autonom geführte Befreiungskrieg 1941-1945 brachte der jugoslawischen KP-Führung zwar einige Kritik seitens der KPdSU wegen vermeintlicher Linksabweichungen ein, aber auch eine Sonderrolle unter den kommunistischen Parteien Osteuropas. Als einzige nicht „an den Rockschößen der Roten Armee“ (Brzezinski) an die Macht gelangt, nutzte sie Ansehen und Einfluß im Lande wie auch in der kommunistischen Bewegung, um avantgardistische Zeichen zu setzen. Da sie dabei ebenso ihre Selbständigkeit wie Loyalität und Treue zur UdSSR wahrte, entwickelte sich von Beginn an ein ambivalentes Verhältnis von Übereinstimmung und latenter Spannung.

Die sowjetische Führung begegnete dem ambitionierten Revolutionarismus der Jugoslawen mit Zurückhaltung und Mißtrauen. Im Mai 1946 erzielte zwar Tito in Moskau eine generelle Übereinkunft mit Stalin über ein Wirtschaftsabkommen, ohne daß jedoch das entscheidende Anliegen der Jugoslawen erfüllt wurde — Kredite und technische Hilfe beim Aufbau einer selbständigen Schwerindustrie. Mit dem Hinweis auf die Rückständigkeit des Landes empfahlen die Sowjets den Jugoslawen, sich statt auf eine rasche Industrialisierung auf die rationellere Nutzung der Rohstoffe und Landwirtschaftsreserven zu konzentrieren. Die Gruppe um Tito setzte sich jedoch gegen den Widerstand der Sowjets und der von ihnen unterstützten ZK-Mitglieder Zujović und Hebrang in der KP-Führung durch, legte den ambitionösen Fünf-Jahres-Plan im April 1947 vor und konnte die Sowjets sogar zur Unterzeichnung eines Handelsabkommens bewegen, in dem eine großzügige Industrie-Förderung in Höhe von 135 Mio. Dollar zugesichert wurde. Letzteres war allerdings erst nach zähem Widerstand der Jugoslawen gegen die Errichtung weiterer „gemischter Gesellschaften“ möglich geworden, von denen zwei als Gegenleistung für das erste Wirtschaftsabkommen akzeptiert worden waren. Verwundert hatten die Jugoslawen dabei schon ihre ersten praktischen Erfahrungen gesammelt, wie die Sowjets einseitigen Nutzen aus solchen binationalen Gesellschaften zogen und die Kontrolle über die jugoslawische Wirtschaft anstrebten⁸⁾.

vertrauliche Dokumente, an deren Echtheit kaum zu zweifeln ist. Ihre Quintessenz wird zudem durch die inzwischen veröffentlichten Dokumente (s. o.) bestätigt. Siehe auch W. Roberts, Tito, Mihailovic und the Allies, Rutgers 1973, und V. Dedijers Tito-Biographie, S. 176 ff.

⁸⁾ Eine detaillierte Beschreibung der Wirtschaftsbeziehungen enthalten Dedijers Erinnerungen, a. a. O., S. 69 ff.

Nachhaltiger als die Wirtschaftspolitik gab die jugoslawische Militär- und Sicherheitspolitik den Sowjets Anlaß zu „Sorgen“. Die Umstellung der Streitkräfte erfolgte auf der Grundlage der jugoslawischen Erfahrungen aus dem Partisanenkrieg und nicht nach dem Vorbild der Roten Armee. Schlimmer noch: Die jugoslawischen Sicherheitsorgane hatten die Stirn, sowjetische Experten und Berater zu überwachen, die sich seit 1945 kontinuierlich als Anwerber für den NKWD betätigten. Mit diesen Maßnahmen hatten die Jugoslawen verhindert, daß die UdSSR — wie in den anderen osteuropäischen Ländern — einen eigenen Apparat innerhalb des Landes aufbaute⁹⁾.

Die Verschärfung im Ost-West-Konflikt und die Umorientierung der sowjetischen Globalstrategie, markiert vor allem durch die Ansprache Schdanows zum 29. Jahrestag der Oktoberrevolution¹⁰⁾, drängten diese Reibungen kurzfristig in den Hintergrund. Die Gründung des Kominform und die Ergebnisse seiner ersten Tagung im September 1947 konnten durchweg als Erfolg der Jugoslawen gewertet werden¹¹⁾. Der Übergang der Sowjetunion von einer elastischen, dem Westen gegenüber aus Rücksicht auf das Bündnis moderaten und den jeweiligen inneren Bedingungen in den osteuropäischen Ländern angepaßten Politik zur außen- und innenpolitischen Versteifung bestätigte den von den Jugoslawen seit 1945 eingeschlagenen Kurs. Übereinstimmung herrschte auch darin, einen neuen, einheitlichen kommunistischen Block zu bilden. Belgrad, auf persönlichen Wunsch Stalins zum Sitz des Kominformbüros bestimmt, übernahm an der Seite Moskaus die Rolle des „glänzenden Zweiten“; Titos Ansehen im Osten erreichte im Herbst 1947 seinen Höhepunkt. Doch das gemeinsame Vorgehen hatte unterschiedliche Beweggründe: Während die Jugoslawen aus vorwiegend ideologischen Gründen auf koordinierte Aktionen des kommunistischen Blocks gegenüber dem Westen drängten, dabei aber auf Gleichberechtigung wie auf den eigenen Sonderstatus pochten, stellte die sowjetische Führung ein Junktim zwischen Vereinheitlichung des kommunistischen Blocks und führender Rolle der KPdSU her. Damit war der wenige Monate später offenen ausbrechende Konflikt in seinem Kernstück vorprogrammiert.

⁹⁾ Über die Methoden sowjetischer Stellen in Jugoslawien vgl. Dedijers Tito-Biographie, a. a. O., S. 250 ff.

¹⁰⁾ Text in: Neue Welt, Nr. 13/1946, S. 3 ff.

¹¹⁾ Vgl. F. Fejtö, Die Geschichte der Volksdemokratien, Bd. I, Graz/Wien/Köln 1972, S. 201 ff.

Die Chronologie der Auseinandersetzungen im Jahre 1948 ist zu oft dokumentiert und beschrieben worden, als daß sie an dieser Stelle detailliert erörtert werden müßte¹²⁾. Unmittelbarer Anlaß waren Divergenzen über eine bulgarisch-jugoslawische Föderation und die von Dimitroff ins Spiel gebrachte Vorstellung einer weitergehenden Verbindung der osteuropäischen Donau-Länder unter Einschluß der CSR, Polens und sogar Griechenlands¹³⁾. Die schroffen Reaktionen der sowjetischen Führung gaben Anlaß zur Annahme, daß sie sich unmittelbar zuvor entschieden hatte, die widerspenstigen Jugoslawen im Zuge der vollständigen Subordination Osteuropas zur Raison zu bringen. Auf den systematisch wachsenden Druck Moskaus¹⁴⁾ reagierte die jugoslawische Führung erneut ambivalent. Sie wies die Anschuldigungen als ungerechtfertigt zurück, bekundete ihre Treue zur KPdSU und zur UdSSR und beeilte sich, mit einer Serie ultraradikaler Maßnahmen die „Argumente“ der Sowjets zu entkräften¹⁵⁾. Gleichzeitig schaltete sie mit sowjetisch anmutender Methodik die prosowjetische Opposition in Partei und Armee aus und weigerte sich, auf der An-

klagebank des eilends zusammengerufenen Kominform zu erscheinen. Der Antagonismus zwischen der Kominform-Resolution und dem triumphalen Sieg der Tito-Gruppe auf dem V. Parteitag der KPJ einen Monat später offenbarte, daß der latente Gegensatz zwischen der Eigenständigkeit der jugoslawischen Revolution und den Hegemonialansprüchen der KPdSU in einen offenen Konflikt umgeschlagen war¹⁶⁾.

Daß die jugoslawische Führung weiterhin auf eine Versöhnung mit der UdSSR ohne vorhergehende Kapitulation hoffte und ihr Widerstand nicht aus einer in sich geschlossenen Antithese zum sowjetischen System rührte, erwies sich für den Ausgang des Konflikts als sekundär. Vor die Alternative zwischen Kapitulation und Bruch mit der KPdSU und der kommunistischen Weltbewegung gestellt, entschied sich die jugoslawische KP-Führung für die Wahrung ihrer Unabhängigkeit und Eigenständigkeit: „Unabhängig davon, wie sehr jeder von uns das Land des Sozialismus liebt, er kann in keinem Fall sein eigenes Land weniger lieben...“¹⁷⁾.

II. Phasen jugoslawisch-sowjetischer Beziehungen nach dem Bruch

Weit über die bilaterale Dimension hinausgehend, veränderte der erste Ausbruch eines kommunistischen Regimes aus der sowjetischen Einkreisung von Grund auf das bis dahin „allgemeingültige“ Koordinatensystem kommunistischer Parteibeziehungen. In den Beziehungen der jugoslawischen und sowjetischen Partei wie der von ihnen geführten Staaten stellt der Sieg der KPJ in der Ausein-

andersetzung von 1948/49 den tiefsten und folgenschwersten Einschnitt dar. Der scheinhafte Monolithismus, begründet durch die per definitionem dekretierte Unterordnung nationaler Interessen unter die Bedürfnisse des „revolutionären Zentrums“, wurde durch eine erstaunliche Wechselhaftigkeit abgelöst, die seitdem in allen Phasen das Bild der jugoslawisch-sowjetischen Beziehungen prägte¹⁸⁾.

¹²⁾ Neben der in Anmerkung 3 genannten Literatur siehe auch A. B. Ulam, *Expansion and Coexistence. The History of Soviet Foreign Policy 1917—1967*, New York 1968, S. 461 ff., der eine knappe Zusammenfassung bringt. Vgl. auch die Darstellung der Ereignisse durch W. Hildebrandt in: *Osteuropa-Handbuch, Jugoslawien*, Köln 1954, S. 137 ff.

¹³⁾ Dimitroffs Vorstoß wurde in ungewöhnlich scharfer Form von der „Pravda“ am 28. Januar kritisiert; über die Gespräche der nach Moskau beordneten Spitzen der jugoslawischen und bulgarischen KP berichtet M. Djilas, *Gespräche mit Stalin*, Frankfurt a. M. 1962, S. 217 ff.

¹⁴⁾ Am 22. Februar brach die Sowjetunion die Verhandlungen über die Wirtschaftsbeziehungen ab, am 18. März wurden die Militärexperten, einen Tag später die Zivilexperten in die UdSSR zurückberufen. Am 27. März begann der schriftliche Schlagabtausch.

¹⁵⁾ Nationalisierung der letzten Reste des Kleinhandels und der Dienstleistungen, Verschärfung der Politik gegenüber den Bauern, Säuberung der Volksfront von „bürgerlichen Elementen“.

¹⁶⁾ Dem Parteitag war eine Kampagne zur Ausschaltung prosowjetischer Opponenten vorausgegangen, in deren Verlauf allein bis zum Parteitag 8400 Kominformisten eingesperrt worden waren. Diese Kampagne trug wesentlich zur Einheitlichkeit der Beschlüsse bei, die sowohl die von der Führung eingenommene Position gegenüber der Sowjetunion bestätigten wie auch weitere Bemühungen um eine Behebung der „Mißverständnisse“ forderten.

¹⁷⁾ Diesen Passus enthält der Brief des ZK der KPJ vom 13. April 1948, zit. nach: S. Clissold, a. a. O., S. 175.

¹⁸⁾ Siehe zur Einteilung der Phasen in den jugoslawisch-sowjetischen Beziehungen auch S. Clissold, a. a. O., und F. Oldenburg, *Konsens und Dissens in den jugoslawisch-sowjetischen Beziehungen*, in: *Beiträge zur Konfliktforschung*, 3/1977, S. 77 ff. Oldenburgs Einteilung der historischen Entwicklung der Beziehungen in bislang vier Zyklen mit wechselndem Konsens und Dissens trägt zwar der Interdependenz zwischen Entwicklung des Weltkommunismus und jugoslawisch-sowjetischen Beziehungen Rechnung, stellt aber eine weitgehend einsei-

Kalter Krieg gegen Jugoslawien: 1948–1953

Während die innen- wie außenpolitischen Maßnahmen der jugoslawischen Führung im Verlauf des ersten Jahres nach der Kominform-Resolution zumindest in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckten, als habe die Gruppe um Tito die Hoffnung auf eine Versöhnung mit der KPdSU nicht aufgegeben¹⁹⁾, begann in Osteuropa unmittelbar nach dem öffentlichen Bannfluch eine konzertierte antijugoslawische Kampagne. Innerhalb eines Jahres wurde eine nahezu totale Wirtschaftsblockade über Jugoslawien verhängt, der Beitritt zum im Februar 1949 gegründeten Comecon selbstverständlich verwehrt. Im Juni 1949 gab die UdSSR offiziell zu verstehen, daß sie die jugoslawischen Ansprüche auf Kärnten und Triest nicht mehr zu unterstützen gedachte. Zwei Monate später begleitete eine unverhüllte sowjetische Invasionsdrohung massierte Truppenbewegungen in den ungarischen und rumänischen Grenzgebieten. Die ebenso monströsen wie grotesken Anschuldigungen steigerten sich bis hin zu der 2. Kominform-Resolution über Jugoslawien im November 1949, in der die KPJ-Führung als „Bande von Mördern und Spionen“ titulierte wurde. Gleichzeitig eröffnete die Serie von Schauprozessen gegen führende Funktionäre osteuropäischer Parteien die Hexenjagd auf tatsächlich oder vermeintlich projugoslawische Kommunisten, die auf nationale Unabhängigkeit bestanden²⁰⁾.

Die von Moskau gesteuerte Kampagne konnte zwar in Osteuropa für einige Jahre den Partikularismus zügeln, wirkte zugleich aber auch als Katalysator einschneidender Veränderungen in Jugoslawien selbst, durch die Belgrads Position erheblich gestärkt wurde. Als im

tige Abhängigkeit her, die der spezifischen inneren Dynamik in den Beziehungen zu wenig Gewicht beimißt. Zudem betont die Einteilung in Zyklen den Phasenwechsel in Übereinstimmung und Konflikt, nicht aber in gleichem Maße ihre Ambivalenz.

¹⁹⁾ Auch hierüber sind die Auffassungen über die Beweggründe der öffentlich geäußerten Hoffnung auf eine Versöhnung geteilt. Die jugoslawische Führung erklärte es im Nachhinein zu einer rein taktischen Maßnahme, westliche Beobachter vermuten, „Titos Glauben an die tieferen Einsichten der Sowjetführung blieb ungebrochen“ (J. K. Hoensch, a. a. O., S. 54). Über die Politik Jugoslawiens nach 1948 siehe auch B. Farell, *Yugoslavia and the Soviet Union 1948–1956*, Hamden 1956.

²⁰⁾ Zum Ablauf der Prozesse und der sie begleitenden Kampagnen vgl. F. Fejtö, a. a. O., S. 272 ff.; stellvertretend für die späteren Enthüllungen: J. Pelikan (Hrsg.), *Das unterdrückte Dossier. Bericht der Kommission des ZK der KPTsch über politische Prozesse und Rehabilitierungen in der Tschechoslowakei 1949–1968*, Wien 1970.

Sommer 1949 an eine Versöhnung mit der KPdSU nicht im geringsten zu denken war, deutete Jugoslawien sein Interesse an einer Ausweitung der Handelsbeziehungen mit dem Westen an, wodurch zunächst die katastrophalen Auswirkungen der osteuropäischen Wirtschaftsblockade zumindest teilweise kompensiert werden konnten. Parallel zur Öffnung gegenüber dem Westen wurde eine Überprüfung und Veränderung des inneren Gefüges eingeleitet: Die gesetzliche Übertragung des Eigentums an den Industriebetrieben an die Arbeiter selbst, die ihr Recht mittels Arbeiterräten wahrnehmen sollten, begründete im Juni 1950 das jugoslawische Modell des Selbstverwaltungs-Sozialismus²¹⁾. Da zugleich etappenweise die Kritik an der inneren Entwicklung der Sowjetunion aus marxistischer Sicht theoretisch fundiert wurde²²⁾, konnte Jugoslawien seine Forderung nach Unabhängigkeit nunmehr auch durch eine systembezogene Antithese zur sowjetischen Gesellschaft untermauern.

Die erste „Versöhnung“: 1953–1956

Ähnlich wie vor dem Bruch 1948 leitete nach Stalins Tod eine Kursänderung des Kreml die zweite größere Wende in den jugoslawisch-sowjetischen Beziehungen ein. Mit außergewöhnlichem Engagement forcierte Chruschtschow gegen den Widerstand einer Fraktion um Molotow die Bemühungen um eine Normalisierung der Beziehungen und trat im Mai 1955 sogar den „Canossa-Gang“ nach Belgrad

²¹⁾ Für übergreifende Darstellungen der jugoslawischen Gesellschaftsstruktur siehe R. K. Furtak, *Jugoslawien. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft*, Hamburg 1975; K.-D. Grothusen (Hrsg.), *Südosteuropa-Handbuch*, Bd. I, Jugoslawien, Göttingen 1975; B. Horvat, *Die jugoslawische Gesellschaft. Ein Essay*, Frankfurt 1972.

²²⁾ Nach 1950 faßten mehrere jugoslawische Führer, vor allem Pijade, Kardelj, Djilas und Dedijer, die Kritik an der inneren Entwicklung der UdSSR zu der These zusammen, das sowjetische System sei zum Staatskapitalismus degeneriert, die Führung der KPdSU zu einer bürokratischen Clique. Vgl. dazu vor allem E. Kardelj, *Socialistička demokratija*, Beograd 1952, und M. Djilas, *Die neue Klasse. Eine Analyse des kommunistischen Systems*, Wien/München 1976³. Der einzig wesentliche, aber äußerst folgenreiche Unterschied bestand darin, daß Djilas der jugoslawischen Führung eine ähnliche Entartung für den Fall prophezeite, daß sie kein Mehrparteiensystem zuließe. Nach der „Versöhnung“ mit Moskau und insbesondere nach dem XX. Parteitag wurde von offizieller Seite die These vertreten, die Sowjetunion habe „zahlreiche negative Folgen eines solchen Systems ziemlich radikal liquidiert“ (E. Kardelj, *Die Wege der Demokratie in der sozialistischen Gesellschaft*, Köln, Frankfurt 1979, S. 65) und die öffentliche Diskussion über das Wesen der Sowjetunion eingedämmt.

an. Die Jugoslawen, anfänglich der sowjetischen Offensive gegenüber äußerst mißtrauisch, hatten dann aber allen Grund, die Belgrader Deklaration vom 2. Juni 1955, mit der die Normalisierung der staatlichen, und die Moskauer Deklaration vom 20. Juni 1956, mit der die Normalisierung der Parteibeziehungen besiegelt wurden, wie eine neue Charta des dezentralisierten Internationalismus zu proklamieren²³⁾. Die Nachfolger Stalins mußten sich auf die Prinzipien der Unabhängigkeit, Souveränität und Gleichheit unter den Staaten ebenso ausdrücklich verpflichten wie auf das Recht jedes Volkes auf einen eigenen sozialistischen Weg. Da die ZK-Mehrheit unter Chruschtschow nicht nur alle grundsätzlichen Auffassungen der jugoslawischen Führung mit den Deklarationen öffentlich legitimierte, sondern auch durch den XX. Parteitag und die Abrechnung mit Stalin ernsthafte Bemühungen um einen inneren Wandel demonstrierte, schien einer grundlegenden Verständigung nichts mehr im Wege zu stehen.

Erneut wurde jedoch schnell offenbar, daß sich die Interessensidentität aus unterschiedlicher Quelle speiste: Der Kreml hatte bereits bei der Gründung des Warschauer Pakts, mit dem die Unterordnung der osteuropäischen Streitkräfte unter ein sowjetisches Oberkommando legalisiert wurde, zu erkennen gegeben, daß er keineswegs gewillt war, sein Erbe zu verschleudern; bald darauf machte eine eigene Moskauer Auslegung der Belgrader Deklaration unmißverständlich deutlich, daß wohl den Jugoslawen, keineswegs aber den Satelliten ein „eigenständiger Weg“ zu konzedieren sei. Mit zunehmendem Mißmut registrierte die sowjetische Führung, daß der Ausgleich mit Jugoslawien den vorher schon latenten ideologischen Einfluß Belgrads noch verstärkt, dem Polyzentrismus den Weg geebnet und nationale Leidenschaften ebenso wie reformatorische Ideen entfacht hatte. Die dramatische Zuspitzung in Polen und Ungarn dokumentierte den Autoritätsverfall des Kreml, dessen Hegemonie sichtlich erschüttert war.

Obwohl Tito vor und nach dem zweiten Einmarsch der Roten Armee in Ungarn mit der Billigung der sowjetischen Intervention einen für Jugoslawien gefährlichen Präzedenzfall schuf²⁴⁾, leiteten die Ereignisse im Herbst 1956

²³⁾ Wortlaut der Deklarationen deutsch in: I. Reuter-Hendrichs, *Jugoslawische Außenpolitik 1948 bis 1968. Außenpolitische Grundsätze und internationale Ordnungsvorstellungen*, Köln/Berlin/Bonn/München 1976, S. 346 ff.

²⁴⁾ Der erste Einmarsch der UdSSR wurde ausdrücklich verurteilt, die zweite Intervention aber billigte

eine neue Konfliktphase ein. Das Kalkül Chruschtschows: den Titoismus zu domestizieren und Jugoslawien unter Konzessionen an seinen Sonderstatus in das sozialistische Lager zurückzuführen, ohne dabei die Kontrolle über Osteuropa zu verlieren, erfüllte sich ebensowenig wie die Hoffnung Titos, es könnten sich vom jugoslawischen Modell inspirierte Systeme im sowjetischen Herrschaftsbereich etablieren. Die Wende Moskaus von der vorsichtigen Lockerung zur Rekonsolidierung der sowjetischen Vorherrschaft in Osteuropa implizierte daher konsequenterweise erneut eine schrittweise Isolierung Jugoslawiens, dessen Einfluß in den anderen Volksdemokratien der Boden entzogen werden sollte. Die Abstempelung des Titoismus als den eigentlichen Schuldigen an den Auflösungserscheinungen eröffnete den neuerlichen Klimasturz.

Klimasturz nach Ungarn: 1957–1961

Auffallendstes Merkmal der jugoslawisch-sowjetischen Auseinandersetzungen in den Jahren 1957–1961 waren die beiderseitigen Bemühungen, den Konflikt in kontrollierbaren Grenzen zu halten. Die sowjetische Führung reaktivierte zwar zur Eindämmung der aufgebrochenen zentrifugalen Tendenzen antijugoslawische Formeln aus Kominform-Zeiten, hielt 1955 versprochene Kredite zurück, bestätigte sogar ausdrücklich die zu keiner Zeit zurückgenommene erste Kominform-Resolution, doch blieben Sanktionen, Pressionen und ideologische Anklagen deutlich unter der 1948 erreichten Schwelle. Frühzeitig signalisierte Chruschtschow, daß in dem Konflikt nicht Jugoslawiens Unabhängigkeit und eigenständiger Weg, sondern deren Übergreifen auf andere osteuropäische Länder zur Disposition standen. Die Reaktion der jugoslawischen Führung war entsprechend zurückhaltend: Sie verteidigte den eigenen Standpunkt, verzichtete aber auf eine Gegenkampagne und forderte zur Kooperation trotz bestehender Meinungsverschiedenheiten auf.

Dennoch erlitten die Beziehungen einen erneuten Rückschlag, als die an der Macht befindlichen kommunistischen Parteien auf einer Konferenz am Rande der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Oktoberrevolution eine quasi verbindliche Generallinie verabschiedete:

Tito mit dem Argument, das sowjetische Eingreifen habe einen Bürgerkrieg, den Untergang des Sozialismus in Ungarn und vielleicht sogar einen dritten Weltkrieg verhindert. Vgl. dazu I. Reuter-Hendrichs, a. a. O., S. 165, und die Wertung S. 334 f., die zu Recht auf den Widerspruch der Stellungnahme zu den jugoslawischen Prinzipien hinweist.

ten, in der die führende Rolle der UdSSR an der Spitze des sozialistischen Lagers festgeschrieben und als ideologisch vorrangig der Kampf gegen den „Revisionismus“ gefordert wurde, was vornehmlich — obwohl nicht ausdrücklich genannt — der KPJ galt. Die Jugoslawen verweigerten natürlich ihre Unterschrift und verabschiedeten im Gegenzug auf dem VII. Parteikongreß ein neues Programm, das die Quintessenz ihrer Sozialismus-Konzeption enthielt. Gleichzeitig intensivierten sie ihre Kontakte zum Westen und initiierten die Formierung der Blockfreien, mit der sich ihre außenpolitische Handlungsfähigkeit erheblich erweitern sollte²⁵).

Der jugoslawischen Herausforderung folgte zwar eine eineinhalbjährige Polemik von Moskau gegen den „Revisionismus“, doch wurden die Häretiker — anders als 1948 — nicht exkommuniziert. Hatte die Annäherung 1955 Chruschtschows Position im innerparteilichen Kampf gegen die Molotow-Fraktion stärken sollen, so dienten die späteren Angriffe nicht zuletzt der Wiederherstellung einer zeitgemäßen Form sowjetischer Dominanz über Osteuropa. Als beides erreicht war und zudem der sowjetisch-chinesische Konflikt offen ausbrach, waren auch sowjetischerseits die Voraussetzungen für einen erneuten Ausgleich gegeben.

Der zweite Honeymoon: 1962—1968

Vor dem Hintergrund wachsender Spannungen in den Beziehungen zwischen Belgrad und Washington auf der einen, Moskau und Peking auf der anderen Seite beginnt die Phase der zweiten Annäherung, die vor allem durch weitgehendes Einvernehmen in der Beurteilung der internationalen Hauptfragen und durch eine Ausweitung und Intensivierung der wirtschaftlichen Kooperation gekennzeichnet war.

Die atmosphärische Veränderung machte sich vor allem zwischen 1962 und 1964 deutlich bemerkbar. Bei den ungewöhnlich häufigen Kontakten auf Spitzenebene hoben beide Seiten demonstrativ die Gemeinsamkeit der Standpunkte als Folge „der gemeinsamen Natur der sozialen Systeme“ hervor. Die Sowjetunion kam den Wünschen der jugoslawischen Führung nach kräftiger Anhebung des Handelsvo-

lumens ebenso entgegen wie sich Belgrad bereit erklärte, unter Wahrung eines Sonderstatus dem RGW beizutreten²⁶). Erhärtet wurde der Eindruck eines zweiten ‚Honeymoons‘ dadurch, daß Tito das Verhalten Chruschtschows während der Kuba-Krise ausdrücklich pries, sich in der rapide steigenden Polemik zwischen Moskau und Peking eindeutig an die Seite der KPdSU stellte und nicht zuletzt engste persönliche Kontakte mit dem sowjetischen Parteichef pflegte.

Da nach dem Sturz Chruschtschows im Oktober 1964 die von Jugoslawien befürchtete Annäherung zwischen Moskau und Peking ausblieb, gestalteten sich die Beziehungen weiterhin betont freundschaftlich. Der Delegation des BdkJ auf dem XXII. Parteitag der KPdSU im März 1966 wurde zum ersten Mal nach 1948 der Status eines Mitglieds des sozialistischen Lagers eingeräumt, ein langfristiges Handelsabkommen für die Jahre 1966—1970 sah eine Steigerung des Warenumsatzes gegenüber den vorangegangenen fünf Jahren um 260 % vor.

Die im Westen mit Unverständnis und wachsendem Mißtrauen konstatierte Kongruenz in internationalen Fragen erreichte beim Ausbruch des Nahost-Krieges im Juni 1967 ihren Höhepunkt. Tito flog unverzüglich nach Moskau, um die sowjetische Führung zu schnellem Eingreifen gegen Israel zu bewegen, räumte der sowjetischen Luftwaffe sogar das Recht zum Überfliegen des jugoslawischen Luft-raums und zur Zwischenlandung auf dem Weg nach Ägypten ein und brach am 11. Juli im Einvernehmen mit Moskau die diplomatischen Beziehungen mit Israel ab²⁷).

Voreilige Befürchtungen einer Integration Jugoslawiens in das sozialistische Lager übersahen (oder unterschätzten) die selbst in der Phase engster Kooperation keineswegs verschwundenen Reibungspunkte und die Gegensätzlichkeit der Intentionen. Die Hinwendung zu Moskau, begünstigt durch eine prekäre innen- und wirtschaftspolitische Situation Anfang der sechziger Jahre in Jugosla-

²⁶) Am 17. September 1964 trat ein Abkommen provisorisch in Kraft, das die Teilnahme Jugoslawiens an RGW-Aktivitäten regelte. Jugoslawien arbeitete Anfang der siebziger Jahre in 12 der insgesamt 24 RGW-Kommissionen mit, lehnte aber den Mitgliedsstatus ab.

²⁷) F. Oldenburg, a. a. O., S. 96, weist zu Recht darauf hin, daß Titos Engagement vor allem der Furcht vor einer Schwächung der blockfreien Länder und den Folgen einer ägyptischen Niederlage entsprang, die die Sowjets ihrer Militärbasen im Mittelmeerraum beraubt und auf Jugoslawien zurückgeworfen hätte.

wien, hinderte Tito nicht daran, eine Einbindung in die Arbeitsteilung des RGW abzulehnen und eine enge Verbindung mit Rumänien einzufädeln, die vor allem auf dem gemeinsamen Standpunkt der Selbständigkeit gegenüber Moskau beruhte.

Die 1965 eingeleitete Wirtschafts- und Strukturreform, in deren Gefolge der prominenteste Vertreter ultrazentralistischer Auffassungen und potentielle Tito-Nachfolger Ranković gestürzt wurde, ließ den unterschiedlichen Charakter der Systeme deutlicher hervortreten und ertete offenkundig Mißmut im Kreml.

Der nahezu vollständige außenpolitische Konsens schließlich gründete sich hauptsächlich auf der übereinstimmenden Mißbilligung der westlichen Politik an den Brennpunkten internationaler Entwicklung — Indochina, Zypern, Naher Osten, Putsch in Griechenland —, ohne daß sich dadurch Jugoslawien in Widerspruch zu den Grundideen und politischen Standpunkten der Blockfreien begeben mußte²⁸⁾. Diesem Konsens konnten die Reibungspunkte untergeordnet werden, solange sich beide Seiten an die elementaren Konzessionen hielten: Die sowjetische Führung tastete den unabhängigen Status Jugoslawiens nicht fundamental an, Belgrad seinerseits verzichtete auf den Anspruch der Verbindlichkeit seines Gesellschaftsmodells für die anderen osteuropäischen Länder.

Prag und die Folgen: 1968—1971

Die Intervention in der ČSSR rief die kürzeste, aber nach 1953 heftigste Konfliktphase hervor. Titos frühzeitige Unterstützung für den Reformkurs Dubčeks und Warnungen vor Versuchen gewaltsamer Lösungen der Probleme an die Adresse Moskaus hatten zu verstärkten Spannungen des seit Anfang 1968 ohnehin belasteten Verhältnisses geführt²⁹⁾. Auf den Einmarsch reagierte die offensichtlich überraschte jugoslawische Führung ebenso unver-

²⁸⁾ Vgl. zur Abgrenzung des Konzepts der Blockfreiheit von den Konzepten der „Neutralität“ und der „Äquidistanz“ V. Matthies, Die Bewegung der Blockfreien. Entwicklung — Probleme — Perspektiven, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37/79, S. 35 ff. Ebenso wichtige Hinweise auf den Unterschied von Balance und Gleichgewicht gibt P. Bender, Jugoslawien zwischen den Blöcken, in: C. Gneuss/K. D. Grothusen (Hrsg.), a. a. O., S. 93: „Balance heißt dagegen, die Gewichte je nach Lage und Partner, also unterschiedlich und wechselnd, verteilen. Manche Irritation im Westen wie im Osten wäre den Betroffenen erspart geblieben, wenn sie diese simple Notwendigkeit verstanden und immer im Auge behalten hätten.“

²⁹⁾ Vgl. dazu J. G. Reißmüller, Jugoslawien und der sowjetische Kommunismus, in: Europa-Archiv 1969, S. 737 ff.

züglich wie vehement. Die Regierungserklärung vom 22. August wie auch die ZK-Resolution einen Tag später geißelten nicht nur den Einmarsch als „flagrante Verletzung der nationalen Souveränität“, sondern stellten die prinzipielle Ablehnung jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten fremder Länder in den Mittelpunkt³⁰⁾ — eine deutliche Akzentverschiebung gegenüber der Stellungnahme zum zweiten Einmarsch in Ungarn, die zugleich auch darauf schließen ließ, daß sich Jugoslawien weitaus ernsthafter bedroht fühlte als zwölf Jahre zuvor.

Die Konzentration sowjetischer Truppen in der ungarischen Tiefebene und die Massierung sowjetischer Flotteneinheiten in der Adria ließen die Alarmsignale in Belgrad noch schriller erklingen. Tito begab sich drei Tage nach dem Einmarsch an die rumänische Grenze, um mit Ceausescu Abwehrmaßnahmen zu koordinieren. Am gleichen Tag wurde eine stille Teilmobilisierung der jugoslawischen Streitkräfte angeordnet, kurz darauf das Budget für Verteidigungsausgaben in den Nachtragshaushalt demonstراتiv erhöht. Massenversammlungen in Betrieben und Gemeinden, die verfassungsmäßige Absicherung der Konzeption der nationalen Verteidigung und das gesetzliche Verbot einer Zustimmung zur Kapitulation oder Okkupation Jugoslawiens ließen keine Zweifel daran, daß sich Führung und Bevölkerung in keinem Fall kampfflos beugen würden.

Besonderen Anlaß zur Sorge bereitete Belgrad die im Anschluß an die Intervention schrittweise formulierte „Breschnew-Doktrin“ über die begrenzte Souveränität sozialistischer Staaten³¹⁾, die den Jugoslawen eindringlich verdeutlichte, welche zweifelhafte Ehre ihnen mit dem von Moskau konzedierte Status eines sozialistischen Landes zuteil geworden war. Erst als zunächst Breschnew noch im November 1968 und zehn Monate später Gromyko zu verstehen gaben, daß sich der Wirkungsbereich der Doktrin „lediglich“ auf die Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts erstreckte, ohne dabei den sozialistischen Charakter Jugoslawiens in Frage zu stellen, konnte die seit Ende 1968 moderater gewor-

³⁰⁾ Wortlaut der Resolutionen in: Yugoslav Survey, November 1968, und Review of International Affairs, 5. September 1968, zit. nach: S. Clissold, a. a. O., S. 295 ff.

³¹⁾ Vgl. dazu B. Meissner, Die „Breschnew-Doktrin“, Köln 1969, ferner R. K. Furtak, Die Aktionskategorien der sowjetischen Außenpolitik im Lichte der „Breschnew-Doktrin“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39/1970, S. 3 ff.

dene Tonlage in ernsthafte Schritte zur Normalisierung der Beziehungen münden.

Doch ungeachtet der Zusicherung Gromykos, die künftigen Beziehungen auf der Grundlage der Belgrader Deklaration zu intensivieren, suchte Tito den anhaltenden sowjetischen Pressionen auch durch eine außenpolitische Offensive zu begegnen. Die verärgerte Reaktion Moskaus auf den demonstrativen Freundschaftsbesuch des Außenministers Tepavac im Juni 1971 in China, der zeitlich mit einem Aufenthalt Ceauscescus in Peking zusammenfiel, und auf die fast gleichzeitige Ankündigung Titos, im November 1971 den Jugoslawien-Besuch Nixons vom Oktober 1970 zu erwidern, schürte erneut Invasionsängste, hervorgerufen durch Manöver in Ungarn und Bulgarien sowie durch eine wieder aufflackernde Pressekampagne. Moskaus Druck zielte aber offensichtlich in erster Linie auf das WPO-Mitglied Rumänien, wohingegen Breschnew bei seinem Besuch im September 1971 den Jugoslawen das Recht auf den eigenen Weg ausdrücklich garantierte und, augenscheinlich um zusätzliche Besänftigung zu schaffen, seine Doktrin als Erfindung des Westens apostrophierte.

Die Visite Breschnews markierte den Wendepunkt zu der bisher längsten Phase der „Normalisierung“ der Beziehungen. Der dritte Konflikt endete auf ähnlicher gegenseitiger Grundlage, wie sie unmittelbar vor seinem Ausbruch bestanden hatte, wenngleich mit deutlichen Gewichtsverlagerungen. Jugoslawiens Position war zwar durch den Widerstand gegen die sowjetischen Pressionen erneut gefestigt worden, doch erschütterte ab Ende 1971 die schwerste innenpolitische Nachkriegskrise das Land und wirkte sich nachhaltig auch auf die Beziehungen zur UdSSR aus.

„Normalisierung“ der Beziehungen nach 1971

Wie 1962 fiel die Annäherung zwischen Moskau und Belgrad zu Beginn der siebziger Jahre zeitlich zusammen mit einem ultrazentralistischen Kurswechsel der jugoslawischen Innenpolitik. Die von der Wirtschafts- und Strukturreform geförderten und sich Anfang des Jahrzehnts besonders in Kroatien und Serbien ausbreitenden zentrifugalen, pluralistischen und separatistischen Tendenzen beantwortete Tito mit einer Serie von Kampagnen gegen die „Abweicher“ und mit deren Ausschaltung aus Partei- und Regierungämtern³²⁾. Wenngleich die

mit außerordentlicher Härte durchgeführten Maßnahmen eher der Furcht vor Auflösungserscheinungen in der Föderation denn unmittelbarem sowjetischen Druck entsprangen, wurden sie in Moskau wohlwollend zur Kenntnis genommen und trugen dazu bei, daß sich die Beziehungen in der ersten Hälfte des Jahrzehnts enger gestalteten.

Die Intensivierung wirkte sich zunächst vor allem in den Wirtschaftsbeziehungen aus, an deren Erweiterung Jugoslawien angesichts der Krisenerscheinungen 1970 und 1972 besonderes Interesse zeigte. Im November 1972 gewährte die Sowjetunion einen langfristigen Kredit in Höhe von 1,3 Milliarden Dollar zu außergewöhnlich günstigen Konditionen; ein Jahr später erhielten die Jugoslawen eine zusätzliche Kreditspritze von 45 Millionen Dollar für illiquide Firmen; das für 1971—1976 geplante Handelsvolumen von 3,6 Milliarden Dollar wurde um 2 Milliarden übertroffen.

Für einen neuerlichen ‚Honeymoon‘ sprachen auch Ton und Ergebnisse der nach 1971 wieder regen Kontakte auf höchster Ebene sowie die weitgehende Übereinstimmung bei der Beurteilung internationaler Probleme. Wie 1967 führte ein Nahost-Krieg zu einem Höhepunkt gegenseitiger Abstimmung, als die Jugoslawen der Sowjetunion zum zweiten Mal Überflug- und Landrechte auf ihrem Territorium einräumten³³⁾. Bereits zu diesem Zeitpunkt aber kündigten sich Konflikte an, die in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts für einen spürbaren Umschwung sorgten. Die Auseinandersetzungen um die Kominformisten, den europäischen KP-Gipfel, Breschnews Forderungen bei seiner Visite 1976 in Belgrad und das Verhältnis der Blockfreien zur Sowjetunion prägten die Phase kontrollierter Abgrenzung.

serbische wegen „Liberalismus“ abgesetzt; der slowenische Regierungschef wurde wegen „Technokratismus“, der mazedonische Parteisekretär wegen „personeller Bereicherung“ gestürzt — letzterer hatte Tito vor zu großer Annäherung an die UdSSR gewarnt. Außenminister Tepavac trat im November 1972 aus Protest gegen Titos Führungsstil zurück. 1973 folgten weitere Säuberungen in Montenegro, Slowenien und Mazedonien, im Januar 1974 das Lehrverbot für acht neomarxistische Professoren und Assistenten aus dem Kreis um die Zeitschrift „Praxis“. Vgl. D. Rusinow, *The Yugoslav Experiment 1948—1974*, London 1977, S. 309 ff.

³³⁾ Tito leiteten dabei ähnliche Überlegungen wie schon 1967 (siehe Anmerkung 27). Nach *Aviation Week & Space Technology* vom 22. 10. 1973, zitiert nach: Sowjetunion 1973. Innenpolitik, Wirtschaft, Außenpolitik, München 1974, S. 142, räumte Jugoslawien der US-Luftwaffe die gleichen Überflugmöglichkeiten für Versorgungsflüge zwischen der Bundesrepublik und Israel ein.

³²⁾ Im Dezember 1971 wurde die kroatische Parteilspitze wegen „Nationalismus“, im Oktober 1972 die

Der seit 1948 schwelende Unmut der jugoslawischen Führung über die sowjetische Unterstützung exilierter Stalin-Anhänger und Neokominformisten entlud sich in einer scharfen öffentlichen Kampagne, nachdem im April 1974 ein „Kongreß der neuen Kommunistischen Partei“ ausgehoben, 32 Mitglieder der illegalen, prosowjetischen KP verhaftet und dabei aus der UdSSR stammende Materialien beschlagnahmt worden waren. Trotz zahlreicher Dementis und Distanzierungen aus Moskau machte Belgrad kein Hehl aus seiner Überzeugung, wer als Urheber anzusehen sei, und leitete eine Prozeßwelle gegen „Kominformisten“ ein, gegen die nach fragwürdigen Verfahren äußerst harte Strafen verhängt wurden. Nicht zufällig entbrannte im Zusammenhang damit erneut der Konflikt um die Geschichtsschreibung, der durch eine neue (die fünfte) Ausgabe der „Geschichte der KPdSU“ zusätzlichen Zündstoff erhielt. Die ungerührt im Licht der ersten Kominform-Resolution gehaltene sowjetische Version über die Auseinandersetzung von 1948 und die scharfen jugoslawischen Repliken dokumentierten ein weiteres Mal die Gegensätze der Geschichtsdeutung und ihre weitreichenden politischen Implikationen.

Wenig nachgiebig zeigte sich die Führung des BdkJ auch in der Vorbereitung und Durchführung des europäischen KP-Gipfels, der im Juni 1976 nach 16 Vorbereitungstreffen zustande kam³⁴⁾. Versuche der KPdSU, das sowjetische Modell als Vorbild und sich selbst als Avantgarde bestätigen zu lassen, scheiterten am gemeinsamen Widerstand der Eurokommunisten, der Rumänen und Jugoslawen, die auch dem Abschlußdokument ihren Stempel aufdrückten. Darin wurde das Recht jeder kommunistischen Partei auf einen eigenen Weg ausdrücklich verankert; der Begriff des „proletarischen Internationalismus“ — Synonym Moskaus für den eigenen internationalen Führungsanspruch — blieb ausgeklammert.

Viereinhalb Monate später unternahm Breschnew bei seinem Besuch in Belgrad einen erneuten Vorstoß³⁵⁾. Wie erst ein Monat nach

dem Besuch durch gezielte Indiskretion jugoslawischer Kreise bekannt wurde, hatte Breschnew einen imposanten Forderungskatalog vorgelegt. Danach sollte Belgrad mehr Wartungsmöglichkeiten für sowjetische Schiffe in den adriatischen Häfen schaffen, der UdSSR Dauerflugrechte über jugoslawischem Territorium gewähren, sich stärker im RGW engagieren, ideologisch und außenpolitisch auf die Positionen der WPO einschwenken, ein sowjetisch-jugoslawisches Freundschaftsabkommen abschließen sowie eine sowjetisch-jugoslawische Freundschaftsgesellschaft gründen. Tito hatte — der gleichen Quelle zufolge — alle Forderungen entschieden zurückgewiesen. Das äußerst zurückhaltende Dementi wie vor allem Reaktionen hoher Funktionäre bestätigten, daß es zu ernsthaften Friktionen gekommen war.

Diese deutliche Abkühlung der Beziehungen nach dem Besuch Breschnews hielt bis zum Tode Titos an. Zusätzliche Reibungspunkte am Ende des Jahrzehnts ergaben sich aus intensivierte Bemühungen Moskaus, der Blockfreien-Bewegung — mit pointierter Unterstützung Kubas und Vietnams — eine ausschließlich gegen den Westen gerichtete Orientierung aufzudrängen und sie als „die natürlichen Verbündeten der sozialistischen Gemeinschaft“ zu instrumentalisieren. Demgegenüber bestanden die Jugoslawen auf dem allseitigen, „gegen alle Formen von Hegemonie“ gerichteten Charakter der Bewegung³⁶⁾. Die exponierte Opposition Titos gegen die von Castro auf dem Blockfreien-Gipfel in Havanna unzweideutig nahegelegte Allianz der Blockfreien mit der UdSSR und die scharfen jugoslawischen Reaktionen auf den vietnamesischen Einmarsch in Kambodscha³⁷⁾ und den sowjetischen in Afghanistan ließen keinen Zweifel am Willen Belgrads, sich den Pressions- und Spaltungsversuchen zu widersetzen.

Titos letzter Besuch in Moskau im Mai 1979 bestätigte die Abkühlung, aber auch das beiderseitige Interesse, die Konflikte nicht über eine irreparable Schwelle geraten zu lassen. Tito konnte schwerlich daran gelegen sein, seinen Nachfolgern die unkalkulierbaren Risiken einer offenen Konfrontation mit der UdSSR zu hinterlassen, die ihrerseits behut-

³⁴⁾ Vgl. dazu insbesondere M. Steinkühler, Einheit und Vielfalt des Kommunismus in Europa, in: Außenpolitik, 4/76, S. 379 ff., und H. Timmermann, Das Tauziehen um eine Konferenz der europäischen Kommunisten, in: Europa-Archiv, 2/1976, S. 35 ff. Für die jugoslawischen Positionen siehe A. Grličkovs Stellungnahmen in: Kommunist, 1. Dezember 1975, und Borba, 24. Februar 1977.

³⁵⁾ Siehe zum Besuch Breschnews D. Schlegel, Jugoslawiens Unabhängigkeit von Moskau, in: Außenpolitik, 2/1977, S. 177 ff.

³⁶⁾ Tanjug vom 16. 12. 1976 schilderte ausführlich die Polemik zwischen dem sowjetischen Parteiorgan „Kommunist“ und der Belgrader „Večerne Novosti“ um den Begriff der Blockfreiheit, der seitdem regelmäßig Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen ist.

³⁷⁾ Vgl. Wissenschaftlicher Dienst Südosteuropa, 1/2, 1979, S. 12 ff.

sam jedes Anzeichen vermied, das erneut hätte Invasionsängste schüren und eine gegen sie gerichtete Front mobilisieren können.

Nach Titos Tod

Bereits im Verlauf von Titos langer Krankheit hatten westliche, jugoslawische und sowjetische Quellen übereinstimmend die häufiger geäußerte Befürchtung einer „nach Titos Ausscheiden aus der aktiven Politik durchaus möglichen Generalabrechnung der UdSSR mit Jugoslawien“³⁸⁾ als „völlig unrealistisch“ zurückgewiesen und demgegenüber eine Phase beiderseitiger Zurückhaltung prognostiziert, mit der in der Zeit nach Titos Tod tatsächlich die Kontinuität der Wechselhaftigkeit gewahrt wurde.

Die neue kollektive Führung Jugoslawiens setzte in der Außenpolitik die eingeschlagene Grundrichtung fort und bemühte sich, bei Aufrechterhaltung ihrer eigenen Standpunkte unnötige Kalamitäten in den Beziehungen zur UdSSR nicht heraufzubeschwören. Außenminister Vrhovec erinnerte in einem grundlegenden Exposé zur Außenpolitik am 26. Juni 1980 an die Belgrader Deklaration von 1955, die unmittelbar zuvor nach erneuten offenkundigen Mißinterpretationen durch die „Prawda“ Gegenstand eines Disputs über die Bewertung der inhaltlichen Grundlagen der Beziehungen geworden war, doch enthielten sich beide Seiten übermäßiger Polemik und Phonstärken³⁹⁾.

Ebenso zeigte sich das Interesse der neuen jugoslawischen Führung an konfliktarmen Beziehungen an den Äußerungen zu den Ereignissen in Polen⁴⁰⁾. Im Tenor warnten die bemerkenswert offene und ausführliche Presseberichterstattung wie auch die Regierungserklärung vom 5. Dezember 1980 vor allem vor den unübersehbaren Konsequenzen einer Verschärfung der Lage, sei es durch „Einmischung oder Druck von außen unter einem beliebigen Vorwand“, sei es durch „Anheizen der Atmosphäre“. In der Presse trat nach anfänglicher Zurückhaltung eine nahezu unverhohlene Sympathie für die Streikenden zutage, wobei ihr Kampf als Folge der „Diskrepanz zwischen dem Regieren im Namen der Arbeiterklasse und den tatsächlichen Interessen der Arbeiterklasse“, die Erschütterungen als Be-

weis für die „Unumgänglichkeit spezifischer und eigenständiger Wege“ gewertet und die sowjetische Informationspolitik über Polen offen kritisiert wurden. Gleichzeitig ließ Belgrads Genugtuung über die Danziger Abmachungen den Wunsch der jugoslawischen Führung nach demokratischer Öffnung in Polen ohne Gefährdung der gegebenen inneren und äußeren Bedingungen für die Stabilität des Landes erkennen. Als unantastbare Faktoren dieser Bedingungen wurden die führende Rolle der Partei sowie der „Rahmen des Sozialismus“ ausdrücklich und die Bündnisverpflichtungen Polens in eindeutigen Hinweisen genannt.

Am gravierendsten erwiesen sich die anhaltenden Meinungsverschiedenheiten in der Beurteilung internationaler Konflikte und der Rolle der Blockfreien-Bewegung. Das jugoslawische Beharren auf den Abzug sowjetischer Truppen aus Afghanistan und der vietnamesischen aus Kambodscha veranlaßte Verbündete Moskaus in der Blockfreien-Bewegung mehrfach zu ungewöhnlich scharfen Ausfällen gegen die jugoslawische Außenpolitik, welche kommentarlos in der sowjetischen Presse wiedergegeben, in der jugoslawischen entsprechend erzürnt zurückgewiesen wurden⁴¹⁾. Die jüngste Gipfelkonferenz der Blockfreien in Neu Delhi, in deren Abschlußdokument nach hitzigen Debatten beide Forderungen nicht zuletzt auf jugoslawisches Drängen hin Eingang fanden (wenngleich die Sowjetunion nicht, wie von den Jugoslawen gewünscht, namentlich erwähnt wurde), sowie das Moskauer Echo bestätigten erneut die Gegensätze⁴²⁾.

Wesentliches Indiz für das beiderseitige Ziel, zumindestens den Status quo zu erhalten, blieben die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, die sich sprunghaft ausweiterten⁴³⁾. Die Rolle der UdSSR als wichtigster Handelspartner Jugoslawiens erhielt durch eine ungewöhnliche Steigerung im Handelsverkehr im Jahre 1980 (die jugoslawischen Exporte kletterten um 64 % gegenüber dem Vorjahr, die Importe um 56 %, während die Exporte in OECD-Länder lediglich um 13 % zunahmen) zusätzliches Gewicht, zumal als Ergebnis dessen der RGW-Anteil an jugoslawischen Exporten erneut den Anteil der OECD-Länder überrundete. Gleichzeitig erwuchs Jugosla-

³⁸⁾ J. K. Hoensch, a. a. O., S. 464.

³⁹⁾ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 3. Juni 1980.

⁴⁰⁾ Vgl. zu den jugoslawischen Reaktionen auf die Ereignisse in Polen W. Erps, Jugoslawien: „Nicht schlecht für den Sozialismus — im Gegenteil“, in: Osteuropa, 2/81, S. 155ff.

⁴¹⁾ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. März 1980.

⁴²⁾ Vgl. ebda., 16. Februar 1981.

⁴³⁾ Vgl. Financial Times, 12. Dezember 1980, und Handelsblatt, 24. November 1980.

wien, das fast die Hälfte seiner Erdöleinfuhren aus der Sowjetunion bezieht, trotz des traditionellen Surplus ein Handelsdefizit von einer Milliarde Devisenrubel gegenüber der Sowjetunion, die im Handel mit Jugoslawien anders als bei den RGW-Mitgliedern Opec-Preise zugrunde legt. Von einer einseitigen Anbindung

III. Perspektiven

Auch in den ersten zehn Monaten nach Titos Tod haben sich die häufig wiederkehrenden Prognosen einer ungestümen sowjetischen Roll-Back-Strategie zur gewaltsamen Heimholung Jugoslawiens oder gar einer freiwilligen Rückkehr der Abtrünnigen als haltlos erwiesen. Wenngleich die Beziehungen seit 1976 wieder ernsthaft, aber nicht unwiderruflich getrübt sind, kristallisieren sich Konturen eines möglichen *modus vivendi* auf folgender Basis gegenseitiger Konzessionen heraus⁴⁴): Die UdSSR gesteht Jugoslawien seinen „eigenständigen Weg“ zu, die Pflege guter Beziehungen zum Westen, die Proklamierung der essentiellen Bedeutung der Blockfreiheit für seine Außenpolitik sowie das propagandistische Eintreten für die Gleichberechtigung zwischen sozialistischen Staaten entsprechend den Vereinbarungen beim Ost-Berliner KP-Gipfel. Die Jugoslawen ihrerseits sollen nicht auf die Verbindlichkeit ihres Gesellschaftsmodells für sozialistische Länder bestehen, auf aktive Propaganda für die nationale Unabhängigkeit unter den Mitgliedern des Warschauer Pakts verzichten und ihr Konzept von Blockfreiheit nicht gegen fundamentale sowjetische Interessen richten.

Die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Status wird dadurch erleichtert, daß die bilateralen Beziehungen für beide Seiten nicht im Brennpunkt der jeweiligen außenpolitischen Prioritäten stehen. Die Sowjetunion, durch Afghanistan, Polen, die Blockfreien und den amerikanischen Regierungswechsel mit ernsthafteren Problemen befrachtet, beschränkt sich darauf, Jugoslawien durch den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen enger an den RGW zu binden und ideologischen Einfluß auf die Blockfreien geltend zu machen. Die Bemühungen der neuen jugoslawischen Führung um eine stabile Basis in der schwierigen Übergangsphase nach Titos Tod konzentrieren sich in der Außenpolitik auf eine Festigung der krisen- und spaltungsbedrohten Blockfreien-Bewegung einerseits und die Verbreiterung des

⁴⁴) Vgl. D. Wilson, *Tito's Yugoslavia*, Cambridge 1979, S. 257.

oder gar ökonomischen Abhängigkeit kann aber kaum die Rede sein, zumal das am 2. April 1980 abgeschlossene Wirtschaftsabkommen mit der EG und die Verstärkung bilateraler wirtschaftlicher Kontakte mit westeuropäischen Ländern dem offenkundig entgegensteuerten.

Handlungsspielraums durch Stärkung bilateraler Kontakte zum Westen wie zu RGW-Ländern andererseits.

Inwieweit sich die gegenwärtig getrübt Balance in den Beziehungen verlagern wird, dürfte daher in hohem Maße von der internationalen Großwetterlage im allgemeinen und dem sowjetischen Vorgehen gegenüber Osteuropa und den Blockfreien im besonderen abhängen. Eine schärfere amerikanische Gangart gegenüber Europa und der Dritten Welt würde eine engere außenpolitische Kooperation Belgrads mit Moskau ebenso begünstigen wie eine massive sowjetische Einmischung in Polen einen tiefen Klimasturz zur Folge hätte. Jugoslawien, das vitales Interesse an guten Beziehungen zu beiden Blöcken hat wie auch an einer konfliktarmen Balance zwischen ihnen, wird sich jeder einseitigen Veränderung entgegenstellen, sei es in Abstimmung oder im Konflikt mit der UdSSR. Beides wird nicht als Hinwendung zu einem der beiden Blöcke zu werten sein. Es entspricht dem auf die jeweiligen internationalen Gegebenheiten reagierenden Lavieren zwischen den Fronten, das durch alle Wandlungen hindurch eine erstaunliche Kontinuität und Beharrlichkeit zur Aufrechterhaltung des unabhängigen und blockfreien Status des Landes aufweist.

Ein weiterer Indikator für das Verhältnis zwischen Moskau und Belgrad wird die innen- und wirtschaftspolitische Situation Jugoslawiens sein. Wenngleich die Annahme eines untrennbaren kausalen Zusammenhangs übertrieben erscheint, fällt doch auf, daß Phasen der „Versöhnung“ und des „Honeymoons“ stets mit einer innenpolitischen Versteifung und häufig mit wirtschaftspolitischen Krisen einhergingen — und umgekehrt. Moskaus Interesse an ultrazentralistischen, orthodoxen Strukturen und Methoden im Innern Jugoslawiens ist naheliegend und keinesfalls nur ideologischer Natur, da sie die Ausstrahlungskraft der jugoslawischen Sozialismus-Konzeption erheblich einschränken und zugleich partikularistische Tendenzen im Land durchaus fördern könnten. Die gegenwärtigen Diskus-

sionen in Jugoslawien haben zwar Divergenzen innerhalb der Führung über den innenpolitisch einzuschlagenden Kurs erkennbar werden lassen, aber keine Anzeichen für eine unmittelbar bevorstehende Zentralisierung oder gar ein Auseinanderfallen der Föderation.

Unklar bleibt, auf welche endogenen Kräfte die UdSSR nach der weitgehenden Ausschaltung der Kominformisten setzt. Wenngleich ein scharfer, allseitiger Konflikt nicht unmittelbar bevorzustehen scheint, darf nicht übersehen werden, daß die Grundlagen der Beziehungen eine Kontinuität instabiler Ambivalenzen und Wechselfälle geradezu programmieren. Das Kernstück des Konflikts von 1948 existiert bis zum heutigen Tage fort, zum Teil sogar vertieft. Nationale Unabhängigkeit und Souveränität, Blockfreiheit, die langfristig gar auf Auflösung der Blöcke zielt, und Selbstverwaltung als systembezogener Beleg der Eigenständigkeit und Emanzipation werden sich auch weiterhin schwerlich mit den Implikationen eines vorrangig zu stärkenden sozialistischen Lagers, des „proletarischen Internationalismus“ Moskaus und der Vorbildrolle des sowjetischen Systems ausbalancieren geschweige denn harmonisieren lassen. Das jugoslawische Beispiel — selbst wenn Belgrad auf eine aktive Propagierung seines Wegs als Modell verzichtet — wirkt nach wie vor als permanenter Katalysator zur Diversifikation

im sowjetisch dominierten Block wie auch in der gesamten kommunistischen Bewegung. Die Übereinstimmung in der „Ideologie“, sofern überhaupt existent, erleichtert allenfalls punktuelle Identität, kann aber weder gravierende Differenzen politischer Konzeption verdrängen noch gar Jugoslawien im sowjetischen Sinne instrumentalisieren⁴⁵⁾.

Qualitativ geändert haben sich aber die Ausgangspositionen und Rahmenbedingungen. Wenn auch keine ernsthaften Anzeichen dafür zu finden sind, daß die UdSSR jemals von ihren maximalen Ambitionen abgerückt wäre⁴⁶⁾, dürfte auch der sowjetischen Führung nach mehr als dreißigjähriger Intransigenz der Jugoslawen deutlich geworden sein, daß deren Entschlossenheit zur Verteidigung ihrer Unabhängigkeit mit allen Mitteln keineswegs nur auf dem Papier steht. Zudem haben der inzwischen weitgehend anerkannte Status Jugoslawiens als europäische Besonderheit zwischen den Blöcken, seine Rolle in der Blockfreien-Bewegung und nicht zuletzt der Einfluß Jugoslawiens unter den Autonomisten in der kommunistischen Weltbewegung ein historisch gewachsenes *fait accompli* geschaffen, das ohne unübersehbare weltweite Konsequenzen nicht angetastet werden kann: Keine Garantie für dauerhaft konfliktarme Lösungen, aber wichtige Stütze für eine — aus jugoslawischer Sicht — annehmbare Balance.

Exkurs: Die Entwicklung der Beziehungen Jugoslawiens zu den Ländern des RGW

Mit der schrittweise erfolgten Orientierung der außenpolitischen Tätigkeit auf die Blockfreiheit als Grundsäule veränderten sich auch

⁴⁵⁾ Vgl. die Abgrenzung der jugoslawischen Sozialismus-Konzeption vom sowjetischen Einparteiensystem in: E. Kardelj, a. a. O., S. 61 ff. Trotz der Abgrenzung bleibt die Auffassung Kardeljs über die innere Entwicklung der Sowjetunion offensichtlich bewußt verschwommen, zumindestens zwiespältig. Die Widersprüchlichkeit ist um so auffälliger, als verschiedene jugoslawische Autoren — darunter vor allem die oben bereits erwähnte Gruppe um die Zeitschrift „Praxis“ — aus marxistischer Sicht auf hohem theoretischem Niveau stehende Analysen der sowjetischen Gesellschaft vorgelegt haben. Siehe dazu insbesondere S. Stojanović, Kritik und Zukunft des Sozialismus, München 1970², S. 41 ff. Der Autor weist alle Auffassungen zurück, die die sowjetische Gesellschaft als sozialistisch kennzeichnen, einschließlich der Theorie vom bürokratisierten Sozialismus, und entwickelt die These von der „Degeneration der Oktoberrevolution in ein neues, ausbeuterisches Klassensystem“, das er in bewußter Gegenüberstellung zum Sozialismus und Kapitalismus als Etatismus charakterisiert.

Stellenwert und Zuordnung der bilateralen Beziehungen zu den Ländern des RGW im Rahmen der internationalen Lagebeurteilung und Zielvorstellung Jugoslawiens. Politik und Auffassungen der jugoslawischen Führung lassen keinen Zweifel daran, daß im Falle eines Zielkonflikts die Wahrung der Unabhängigkeit und Blockfreiheit des Landes Priorität gegenüber der Anerkennung als sozialistischer Staat und seiner Mitarbeit in der kommunistischen Weltbewegung genießt, Jugoslawien aber, solange beides miteinander vereinbar bleibt, starkes Interesse an guten und freundschaftlichen Beziehungen hat⁴⁷⁾. „Wir

⁴⁶⁾ Im Oktober 1975 bestätigte Henry Kissinger auf Sulzbergers Anfrage hin, daß die Sowjetunion noch nie den USA gegenüber die Versicherung ausgesprochen habe, in keiner Weise nach Titos Tod gegen Jugoslawien vorzugehen. Vgl. dazu International Herald Tribune, 11. Juli 1980.

⁴⁷⁾ Vgl. I. Reuter-Hendrichs, a. a. O., S. 321; außerdem die Thesen von Grlickov in Borba vom 24. Fe-

müssen in Rechnung stellen, wie sie sich uns gegenüber benehmen und welche Standpunkte diese Parteien (gemeint sind die kommunistischen Parteien in den RGW-Ländern — M. H.) zu den wichtigsten internationalen Problemen einnehmen.⁴⁸⁾

Weil dieser Standpunkt — wenngleich zunächst unausgesprochen — seit 1949 vertreten und praktiziert wurde, entwickelten sich die Beziehungen bis zum Ende der fünfziger Jahre angesichts der weitgehenden Konformität im sozialistischen Lager nahezu analog zum jeweiligen Stand der jugoslawisch-sowjetischen Beziehungen. Lediglich in Nuancen deuteten sich Differenzierungen an. Auch in der ersten Versöhnungswelle 1956 blieben z. B. die Beziehungen zu Ost-Berlin kühl, zu Tirana ausgesprochen schlecht. Enver Hoxha war es auch vorbehalten, den Feldzug gegen Jugoslawien nach den Ereignissen in Ungarn zu eröffnen, dem sich besonders vehement die Führung der ČSSR unter Novotny anschloß, wohingegen Rumänien und Ungarn zurückhaltend blieben⁴⁹⁾.

Erst nach dem zweiten Schisma in der kommunistischen Weltbewegung und dem damit einhergehenden Prozeß der Diversifikation im sozialistischen Lager kristallisierten sich Konturen differenzierter bilateraler Beziehungen heraus, zumal sich Jugoslawien nach 1956 weitgehende Enthaltensamkeit in der pointierten Beurteilung der inneren Strukturen im sozialistischen Lager auferlegte. Nach wie vor blieb die Interdependenz zu der jeweiligen Konstellation im sowjetisch dominierten Block erhalten, doch setzten die spezifisch bilateralen Interessen zunehmende Akzente.

Das bis heute besonders enge Verhältnis mit Rumänien nahm Anfang der sechziger Jahre Konturen an, nachdem Bukarests Ablehnung einer supranationalen Autorität im RGW und die neutrale Haltung im sino-sowjetischen Konflikt zu einer nur mühsam im Zaum gehaltenen Konfrontation mit Moskau geführt hatte⁵⁰⁾. Tito versuchte zwar, zwischen Chruschtschow und Gheorghiu Dej zu vermitteln, ließ aber zugleich trotz Widerstand im RGW im Juni 1963 eine Vereinbarung über den gemeinsamen Ausbau des Eisernen Tores unterzeichnen, die ebenso wie der Besuch Gheorghiu Dejs fünf Monate später in Belgrad eine

bruar 1977, wo er ausdrücklich eine Priorität internationaler vor nationalen Interessen zurückweist.

⁴⁸⁾ Kommunist, Mai 1963, zit. nach: S. Clissold, a. a. O., S. 291.

⁴⁹⁾ Vgl. Fejtö, a. a. O., Bd. II, S. 135 ff.

⁵⁰⁾ Vgl. J. K. Hoensch, a. a. O., S. 234 ff.

Beziehung allianz-ähnlicher Kooperation einleitete. Eine Trübung durch die unterschiedlichen Standpunkte zum Nahost-Krieg 1967 konnte den Ausbau der Sonderbeziehungen nicht wesentlich aufhalten, die aus Anlaß der Intervention in Prag demonstrativ verstärkt wurden.

Die gegenseitige Abstimmung auf ideologischem und außenpolitischem Gebiet erreichte in den letzten Jahren vor Titos Tod einen Höhepunkt, nachdem der Ost-Berliner KP-Gipfel, Rumäniens Teilnahme an Blockfreien-Aktivitäten als Beobachter, die Balkan-Visite Hua Guofengs und die scharfe Verurteilung der vietnamesischen Intervention in Kambodscha das hohe Maß an Übereinstimmung manifestiert und entsprechend verärgerte Reaktionen Moskaus hervorgerufen hatten⁵¹⁾. Der Besuch Ceaucescus auf Partei- und Staatsebene vom 22. bis 24. Oktober 1980 dokumentierte erneut die außenpolitische Kongruenz und das beiderseitige Interesse, die Beziehungen nach Titos Tod zu festigen.

Auch die nach 1956 beinahe unmerklich, aber kontinuierlich konsolidierten Beziehungen zu Ungarn — die nach den Ereignissen in Prag nur geringe Reibungen erfuhren — sind im Laufe der siebziger Jahre ausgebaut worden. Seit 1970 verdoppelte sich der jugoslawisch-ungarische Warenverkehr alle fünf Jahre und überstieg im letzten Jahrfünft sogar das Plansoll. Der für 1981—1985 verabschiedete Rahmenplan sieht eine weitere Steigerung des Gesamtvolumens auf 4,2 Milliarden Dollar vor, ebenso wurde beschlossen, beide Länder mit einer Adria-Öl- und Gaspipeline zu verbinden. Beim Besuch von Ministerpräsident Djurano- vić am 14. und 15. Juli in Ungarn wurde die Ursache für die weitgehend reibungslosen Beziehungen sehr offen genannt: „Die beiden Seiten beachten gegenseitig die Unterschiede der inneren Entwicklung und der internationalen Lage beider Länder.“⁵²⁾

Problematischer gestalten sich die Beziehungen zur ČSSR und zur DDR. Obwohl nach dem Besuch des tschechoslowakischen Parteichefs Husak vom 23. bis 26. Oktober 1973 in Belgrad der nach dem Einmarsch erreichte Tiefpunkt in den Beziehungen überwunden und die wirtschaftliche Kooperation ausgeweitet wurde, blieben die Beziehungen bis zum Tode Titos

⁵¹⁾ Vgl. Sowjetunion 1978/79, Ereignisse, Probleme, Perspektiven, München, Wien 1979; zu der rumänischen Reaktion auf den Einmarsch in Kambodscha siehe insbesondere Wissenschaftlicher Dienst Südosteuropa, 1/2, 1979, S. 15 ff.

⁵²⁾ Internationale Politik, 728-9/1980, S. 24.

kühl, zumal nach dem Ost-Berliner KP-Gipfel die weitestgehenden Vorstöße zur Nachbesserung der Ergebnisse aus Prag kamen. Der Besuch von Außenminister Vrhovec vom 30. Juni bis 3. Juli 1980 in der ČSSR brachte ebenso wenig nennenswerte Fortschritte wie die Visite Djuranovičs wenige Monate vor Titos Tod in Ost-Berlin, wo zudem die Gegensätze über den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan nicht verdeckt wurden⁵³⁾.

Erstaunliche Akzente wurden in den historischen und politisch belasteten Beziehungen zu *Bulgarien* und *Albanien* gesetzt. Beim Vrhovec-Besuch in Sofia⁵⁴⁾ im November 1980 wurde die Makedonien-Frage⁵⁵⁾ — als schwelender und in Krisenzeiten stets eingesetzter Konfliktgegenstand zugleich wichtiger Indikator für die jugoslawisch-sowjetischen Beziehungen — von beiden Seiten gänzlich ausgeklammert. Bulgarien gewährte Kredite in

Höhe von 20 Millionen Dollar für den Ausbau von Transportwegen; über einen weiteren 40 Millionen Dollar-Kredit wurden Verhandlungen aufgenommen.

Bedeutender noch fielen die Ergebnisse des Besuchs einer Staats- und Wirtschaftsdelegation Albaniens im Juli aus⁵⁶⁾. Das für den Zeitraum bis 1985 abgeschlossene Abkommen über Warenaustausch sieht eine Steigerung des Gesamtvolumens um 320 % auf 720 Millionen Dollar vor. Zum erstenmal nach langer Zeit waren durch den Besuch die Kontakte auf Regierungsebene gehoben worden, was zusätzliches Gewicht durch den Beschluß erlangte, gegenseitige Wirtschaftsvertretungen einzurichten.

Wenngleich die offenkundige Bewegung in den Beziehungen Belgrads zu Sofia und Tirana weder den latenten Konflikt um Makedonien noch die weiterhin gravierenden ideologischen Kontroversen mit Albanien beiseite schieben kann, so deutet sie doch im Verhältnis zu Sofia auf beiderseitiges Interesse an eine begrenzte Annäherung, im Verhältnis zu Tirana auf Möglichkeiten zur schrittweisen Normalisierung der Beziehungen hin, die aber angesichts der historisch gewachsenen Versteifung nicht in ungewöhnlich kurzer Frist zu bewerkstelligen sein wird.

⁵³⁾ Siehe zum Besuch in der ČSSR ebda., S. 21; zum Besuch in der DDR vgl. Frankfurter Rundschau, 15. Februar 1980.

⁵⁴⁾ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 20. November 1980.

⁵⁵⁾ Zur historischen Entwicklung siehe insbesondere E. Barker, *Macedonia. Its Place in Balkan Power Politics*, London 1950; J. Kuehl, *Föderationspläne im Donaauraum und in Ostmitteleuropa*, München 1958; zur Bedeutung der Makedonien-Frage für Jugoslawiens Verhältnis zu den Nachbarländern siehe *Macedonian Nationalism and the Communist Party of Yugoslavia*, Washington 1954.

⁵⁶⁾ Vgl. *Internationale Politik*, a. a. O.

Jugoslawien am Scheideweg

Eine Bilanz jugoslawischer Politik nach Titos Tod

Die politisch interessierte Weltöffentlichkeit wurde am Nachmittag des 4. Mai 1980 informiert: Partei- und Staatschef Tito, die vierzig Jahre unangefochtene Symbolfigur Jugoslawiens, war gestorben. Die Anteilnahme der Welt war offensichtlich. Staatsdelegationen aus nicht weniger als 121 Ländern reisten zu den Trauerfeierlichkeiten nach Belgrad, darunter allein 38 Staatsoberhäupter, zehn Ministerpräsidenten und elf Außenminister — ein Aufgebot, das bisher in der Geschichte staatlicher Beziehungen nicht bekannt war und höchstens mit den Begräbnissen von Adenauer und de Gaulle verglichen werden konnte. Auf der anderen Seite zeigte die pompös arrangierte Begräbniszeremonie dem ausländischen Betrachter, wie sehr alle innen- und außenpolitischen Aktivitäten Jugoslawiens auf diesen einen Mann ausgerichtet waren. Gleichzeitig wiesen Landeskenner darauf hin, daß eine in diesem Ausmaß von Geschichte und Tradition legitimierte Persönlichkeit auf keinen Fall zu ersetzen sei. Gleich im Anschluß folgte dann die obligate Frage nach der Zukunft des Landes, eines Staates, der seit Dutzenden ein Staat der Ausnahmeerscheinungen ist:

Aus eigener Kraft befreiten seine Partisanen das Land von deutschen und italienischen Okkupatoren. Wie selbstverständlich legte man sich nach der volksdemokratischen Umgestaltung von Staat und Gesellschaft mit den Vereinigten Staaten an. Überraschend folgte dann das Zerwürfnis mit der sowjetischen Führungsmacht. Von den Weltmächten zunächst belächelt wurde auch die Schaffung der Blockfreien-Bewegung zu Beginn der sechziger Jahre. Wirtschaftspolitisch beschritt das Land ebenso neue wie originelle Wege. Aber alle diese Initiativen waren stets mit der Person Titos verbunden. Er allein besaß auch die Autorität, im Jahre 1971 den zerfallenden Staatsverband und die zerstrittene Partei in einem Gewaltstreich zu konsolidieren. Um so drängen-

der stellt sich die Frage nach der Zukunft des Landes ohne Tito. „Nach Tito — kann Jugoslawien überleben?“, so der Titel eines Buches, das freilich schon zu Lebzeiten des Präsidenten erschien¹⁾.

Unmittelbar nach dieser Zäsur in der modernen jugoslawischen Geschichte beeilten sich Politiker in zahlreichen Staaten, die Modalitäten der Beziehungen ihrer Länder zu Jugoslawien festzulegen. So sollte z. B. der Besuch von Bundesaußenminister Genscher am 17. und 18. Juli 1980 in Belgrad die Kontinuität der deutschen Jugoslawien-Politik unterstreichen²⁾. Der sowjetische Staats- und Parteichef Breschnew ließ durch einen hohen Emissär der jugoslawischen Führung einen Brief übermitteln, in dem er Vorschläge zu weiteren zwischenstaatlichen Konsultationen unterbreitete. Selbst Präsident Jimmy Carter kam im Juni 1980 zu einem Kurzbesuch in die Landeshauptstadt, um den Tito-Erben amerikanische Solidarität zu versichern. Schon regen sich jedoch kritische Stimmen, die eine nahtlose Fortsetzung der bisherigen Politik verwerfen. Als ein Beispiel sei der konservative deutsche Journalist Graf Razumovsky zitiert, der hofft, „daß unsere Politiker ... möglichst bald verstehen, wer ihre Partner in Belgrad, Zagreb, Ljubljana und Sarajevo sind. Bestimmt nicht die Titoisten, die Nachfolger, die Erben“³⁾.

Will man die Perspektiven Jugoslawiens für die nächste Zukunft auch nur annähernd neutral abschätzen, so führt der Weg nur über eine Bestandsaufnahme der ideologischen, außenpolitischen und innenpolitischen Szene.

¹⁾ Carl Gustav Ströhm, *Ohne Tito. Kann Jugoslawien überleben?*, Graz 1976.

²⁾ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. Juli 1980.

³⁾ Aus der Verlagsankündigung zu Andreas Razumovsky, *Ein Kampf um Belgrad. Tito und die jugoslawische Wirklichkeit*, 1980.

I. Das ideologische Fundament

In den fünfziger und sechziger Jahren hing die ideologische Entwicklung stets hinter der politischen Praxis zurück. Die marxistische Theorie jugoslawischer Provenienz hatte im nachhinein die politischen Schritte zu rechtfertigen, die sich aus den tagtäglichen Sachzwängen infolge der Wirtschaftsblockade und militärischen Pressionen seitens der Sowjetunion ergaben. Heute indes steht ein vollständiges ideologisches Gebäude auf sicheren Fundamenten. Die einstige Ideologiekritik an Moskau ist in einen „eigenen Weg zum Sozialismus“ umgeschlagen. Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ) erhielt sogar Schützenhilfe durch die eurokommunistischen Parteien Italiens und Spaniens⁴⁾, so daß sich der Kreml erneut auf der Gipfelkonferenz der Kommunistischen- und Arbeiterparteien 1976 in Berlin genötigt sah, verschiedene Wege zum Sozialismus anzuerkennen⁵⁾. Die Sensibilität des BdKJ in dieser Frage — in der Ablehnung jedes ideologischen Zentrums, jeder Art ideologischer Dogmen und Modelle — zeigt sich Jahr für Jahr in der einheimischen Presse, wenn neuerliche Versuche der KPdSU zur Zurücknahme ihrer Berliner Konzession angeprangert werden.

Der jugoslawische Marxismus stützt sich im wesentlichen auf drei Säulen: politische Selbstverwaltung, wirtschaftliche Selbstverwaltung und außenpolitische Blockfreiheit⁶⁾. Darin enthalten sind eine im Vergleich zur Sowjetunion abweichende Auffassung von der Rolle des Staates, der Partei bzw. der Massenorganisationen⁷⁾ sowie die Ablehnung des Staatseigentums als höchste Form des sozialistischen Eigentums⁸⁾. Ebenso wird die Zielvor-

stellung „Weltrevolution“ durch „aktive Koexistenz“ ersetzt⁹⁾. Der Staat wird in der offiziellen Sprachregelung nicht mehr als Machtmittel der Partei gesehen, der über den Bürgern steht und diese für seine Ziele einspannt. Hieraus entspringt die Absicht einer Entflechtung von Partei- und leitenden Staatsfunktionen; in der Praxis sind in dieser Hinsicht schon einige Fortschritte gemacht worden.

Auch die Partei erscheint nicht mehr als Kommandozentrale jenseits der Arbeiter, sondern bemüht sich um eine zunehmende Verankerung in der Basis. Zögernde Erfolge dieser Zielvorgabe sind an dem z. T. offen ausgetragenen „Kampf der Meinungen“ innerhalb von Partei und Staat ablesbar. Daß im Zweifelsfall immer noch der Dirigismus vorherrscht, zeigen die Ereignisse um die Beilegung der Staatskrise 1971/72 ebenso¹⁰⁾ wie die widerrechtliche Entfernung radikal linker Professoren von der Belgrader Universität sowie die Einstellung der philosophischen Zeitschrift „Praxis“ 1975¹¹⁾. Das Prinzip des sowjetischen Staatseigentums wird als letztlich ausbeuterisch durch das des jugoslawischen Gesellschaftseigentums ersetzt, das den Mitgliedern der Betriebskollektive zur Nutzung übertragen wird.

All diese Teilgebiete der neuen Ideologie sind heute in der Bevölkerung weithin akzeptiertes Allgemeingut geworden, das auch in den tagtäglichen Sprachgebrauch sichtbaren Eingang gefunden hat. Das gesamte theoretische Konzept genießt den Vorteil, daß es viel besser mit der modernen industrialisierten Welt in Einklang zu bringen ist als die unflexible sowjetische Doktrin, die ja selbst sprachlich noch im 19. Jahrhundert verharret. Die stabilisierende Funktion einer so detailliert ausgearbeiteten Ideologie ist in einem sozialistischen Staat nicht hoch genug einzuschätzen.

⁴⁾ Vgl. auch Abschlußkommunique über den letzten Jugoslawienbesuch von Santiago Carrillo, *Tanjug* v. 20. August 1980.

⁵⁾ Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas in Berlin (Ost), in: *Europa-Archiv* 31 (1976), S. D 432—D 449; besonders die Rede von Breschnew mit der Anerkennung verschiedener Wege, S. D 438.

⁶⁾ Siehe den ausführlichen Überblick bei Thomas Brey, *Die Ideologie des „Eurokommunismus“ und der jugoslawische Marxismus*, in: *Der Donauraum*, Wien 24 (1979).

⁷⁾ Sava Zivanov, *Sovjetska gledišta o odumiranju države i razvoju samoupravljanja*, in: *Zbornik radova Fakulteta Političkih Nauka*, knj. 2, Beograd 1974, (Die sowjetischen Ansichten über das Absterben des Staates und über die Entwicklung der Selbstverwaltung).

⁸⁾ Vučina Vasović, *Društvena svojina i samoupravljanje (Gesellschaftliches Eigentum und Selbstverwaltung)*, in: *Teorija i praksa samoupravljanja u Jugoslaviji*, Beograd 1972, S. 149—165.

⁹⁾ Die jugoslawische Argumentation bei Thomas Brey, *Der „jugoslawische Weg zum Sozialismus“ und die Bundesrepublik Deutschland. Ein Beitrag zur Auslandsberichterstattung deutscher Presseorgane*, Bochum 1980, S. 71—74.

¹⁰⁾ Johann Georg Reißmüller, *Der neue Zentralismus in Jugoslawien*, in: *Europa-Archiv* 22 (1972), S. 767 ff.; Slobodan Stanković, *Die kroatische Krise. Triebkräfte und Perspektiven*, in: *Osteuropa* 22 (1972) 6, S. 409 ff.

¹¹⁾ Mihailo Marković and Robert Cohen, *Yugoslavia. The Rise and Fall of Socialist Humanism. A History of the Praxis Group*, Nottingham 1975.

II. Jugoslawiens Nachbarn

Erheblich differenzierter stellt sich das weite Feld außenpolitischer Aktivitäten dar. Entspannt und problemlos zeigen sich die Beziehungen zu den Nachbarstaaten¹²⁾. Regierungschef Veselin Džuranović unterstrich bei seinem letzten Besuch Ungarns die Notwendigkeit einer weiteren engen Zusammenarbeit¹³⁾. Das Verhältnis zu Italien ist seit dem Osimo-Abkommen in stetigem Aufschwung begriffen¹⁴⁾, und für Außenminister Vrhovec besitzt die augenblickliche zwischenstaatliche Zusammenarbeit Modellcharakter¹⁵⁾. Die Streitigkeiten mit Österreich wie mit dem Vatikan gehören inzwischen der Geschichte an¹⁶⁾. Dokumentiert werden die besonderen nachbarschaftlichen Beziehungen zu Italien auch durch die Tatsache, daß der erste Besuch des „Präsidenten des Präsidiums der Sozialistischen Republik Jugoslawiens“ (also des Staatsschefs) im Ausland diesen nach Rom führte¹⁷⁾.

Nicht zufällig stattete der österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky als erster ausländischer Staatschef Belgrad nach Afghanistan einen offiziellen Besuch ab. Es handelte sich offensichtlich um eine Demonstration der guten Nachbarschaft zwischen zwei Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen. Die bewußte Betonung der festen Einbindung Jugoslawiens im weiteren Südosteuropa kann man als Stärkung der Tito-Nachfolger in einer komplizierten internationalen Situation interpretieren¹⁸⁾. Ein wenig unterentwickelt bleiben die Kontakte zu Griechenland. Jedoch waren beide Staaten bemüht, durch den Austausch von Parlamentarierdelegationen neue Akzente zu setzen. Belgrad kommentierte den Besuch des griechischen Präsidenten Karamanlis in Rumänien nachdrücklich positiv; schließlich konferierte das griechische Staatsoberhaupt Anfang November 1980 in Belgrad mit den zuständigen jugoslawischen Spitzenpolitikern. Bei dieser Gelegenheit kam erneut

die bereits historische Idee zur Sprache, eine engere Zusammenarbeit aller Balkanländer jenseits der politischen Gegensätze anzustreben, um durch diese Verzahnung den Balkan zu einer stabilen europäischen Zone zu entwickeln. Als Meilenstein auf diesem Weg regten beide Seiten die Einberufung einer weiteren Expertenrunde im Frühjahr 1981 an, die von allen Ländern dieser Region paritätisch besetzt werden soll¹⁹⁾.

Die wohl erstaunlichste — von keinem Experten vorausgesagte — Wende hat sich in den albanisch-jugoslawischen Beziehungen ergeben. Während jahrzehntelang nur polemische Kritik und gegenseitige Vorwürfe diesseits und jenseits die Grenze passierten, besuchte erstmals der albanische Außenhandelsminister Nedin Hodža den jugoslawischen Grenz-nachbar. Nach 33 Jahren war dies der erste offizielle Besuch auf Ministerebene. Die Gelegenheit wurde von beiden Seiten genutzt zur Unterzeichnung eines längerfristigen Handelsabkommens, dessen Wert mit 720 Mill. Dollar um 320 v. H.(!) über den alten Vereinbarungen liegt²⁰⁾. Bis 1982 ist der Bau einer Eisenbahnstrecke zwischen Titograd und dem albanischen Skadar geplant, und auch die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Elektrowirtschaft, der Wasserwirtschaft und dem Luftverkehr soll intensiviert werden²¹⁾. Belgrad und Tirana scheinen nunmehr einen Weg gefunden zu haben, jenseits andauernder ideologischer Feindseligkeit zwischen der Partei der Arbeit Albaniens und dem BdkJ den tagtäglichen Interessenaustausch zu regeln.

Größere Schwierigkeiten gibt es allein mit Bulgarien. Aber auch hier belasten die Gegensätze wegen bulgarischer Ansprüche auf Teile von Mazedonien die Beziehungen nicht direkt. Sie finden vielmehr lediglich ihren Niederschlag in der geschichtswissenschaftlichen und politologischen Literatur beider Länder sowie von Zeit zu Zeit in den Massenmedien²²⁾. Indes dürfte Moskau in dem Fortbestand eines latenten Streits zwischen Sofia und Belgrad ein diplomatisches und propagandistisches Druckmittel sehen, das im Interesse des Kremls jederzeit aktiviert werden kann.

¹²⁾ Die neueste Bewertung der jugoslawischen Außenpolitik in: Nedeljne Informativne Novine (NIN), Beograd v. 20. Juli 1980.

¹³⁾ Politika, Beograd v. 16. Juli 1980.

¹⁴⁾ Siehe den deutschen Wortlaut und die Bewertung des Osimo-Abkommens in: Internationale Politik, Belgrad 28 (1977), H. 647, S. 1—4, 15—21.

¹⁵⁾ Borba v. 27. Juni 1980.

¹⁶⁾ Politika v. 17. Mai 1980 sowie Tanjug v. 6. August 1980 über die erfolgreiche Wirtschaftskooperation, Politika v. 14. Juli 1980.

¹⁷⁾ Am 17. und 18. Dezember 1980. Siehe Politika v. 18. 12. 1980.

¹⁸⁾ Diese Sicht auch in: Internationale Politik 31 (1980) 721, S. 3—6.

¹⁹⁾ Zur Vorbereitung dieses Besuchs siehe Tanjug v. 1. Oktober 1980. Das offizielle Kommuniqué in: Internationale Politik 31 (1980) 735, S. 15—17.

²⁰⁾ Politika v. 15. Juli 1980.

²¹⁾ Internationale Politik, Belgrad 31 (1980) 728/9, S. 47 f.

²²⁾ Tanjug vom 13. August 1980 über die neueste Kontroverse dieser Art.

III. Jugoslawien und die Bewegung der Blockfreiheit

Im Gegensatz zu den freundschaftlichen Bindungen gegenüber den Nachbarstaaten ist die Position Jugoslawiens in der weiteren internationalen Politik zunehmend mit Problemen befrachtet. Das gilt in besonderem Maße für die Stellung Belgrads innerhalb der Bewegung der Blockfreien, zu dessen Hauptprotagonisten das Land seit der Konstituierung dieser „Dritten Kraft“ im Jahre 1961 zählt.

Die Schwierigkeiten zwischen den nichtpaktgebundenen Ländern reichen bis in das Jahr 1978 zurück, als sich die Außenministerkonferenz der blockfreien Länder in Belgrad traf (25.—30. 7. 1978). Im Vorfeld dieses Treffens hatte Kuba verstärkt seine These vertreten, die beiden Militärböcke nähmen in den Augen der Blockfreien nicht die gleiche Qualität ein. Vielmehr trafen die Charakteristika „imperialistisch, aggressiv, expansionistisch“ nur auf die westlichen Länder zu, während die Sowjetunion samt ihrer Verbündeten wegen ihres friedliebenden sozialistischen Charakters in keinem Fall irgendeinen Expansionismus verfolgen würde²³⁾. Daher hätten die Blockfreien die UdSSR als ihren „natürlichen Verbündeten“ zu betrachten.

Diese Interpretation der Rolle osteuropäischer Länder mit der Sowjetunion an der Spitze stand auch beim Vorbereitungstreffen für die VI. Konferenz der blockfreien Länder im Mittelpunkt. Anfang Juni 1979 tagte das Koordinationsbüro der Blockfreien auf Ministersebene in Colombo. Hier galt es, die Abschlusserklärung der VI. Konferenz in Havanna vorzubereiten. In einer programmatischen Rede zu Beginn der Tagung wies auf jugoslawischer Seite Miloš Minić den kubanischen Vorstoß als unannehmbar zurück: Innerhalb der Blockfreien könne man die „Entstehung solcher Gruppen, die sich auf den einen oder anderen Block stützen“, nicht hinnehmen. Jugoslawien werde sich „der Aufspaltung der Bewegung in ‚Progressive‘ und ‚Konservative‘ widersetzen“, man werde „die Bewegung nicht zum Anhängsel eines Blocks oder einer Großmacht werden lassen“: „Kein blockfreies Land und keine Gruppe von Blockfreien hat das Recht ... die Bewegung zu drängen, sich auf die Seite einer Großmacht zu schlagen ... oder für den einen gegen den anderen

Block Partei zu nehmen, da das die bündnisfreie Bewegung zerschlagen könnte.“²⁴⁾

Damit war die gegensätzliche Position zum kubanischen Standpunkt klar formuliert und ein prinzipieller Konflikt offensichtlich. Konkrete Problempunkte waren die Situation in Südostasien und die Nahostfrage.

In Südostasien sah die überwiegende Mehrheit der Blockfreien unter Führung Jugoslawiens Vietnam als Aggressor gegenüber Kambodscha an. Die Rolle Moskaus als Stütze Vietnams wurde gleichfalls negativ gesehen. In diesem Zusammenhang bestand Jugoslawien auf der Teilnahme von Vertretern des alten Pol-Pot-Regimes, während der Delegation des neuen Heng-Samrin-Regimes die Mitarbeit verweigert werden sollte. Der sowjetfreundliche Flügel unter kubanischer Ägide, der etwa 15 Länder umfaßt, forderte dagegen den Ausschluß Ägyptens aus der Bewegung. Kairo sollte damit für den Separatfrieden von Camp David bestraft werden.

Im Schlußkommuniqué dieses Ministertreffens wurde dem jugoslawischen Standpunkt voll Rechnung getragen. Die „Äquidistanz“ zu beiden Militärböcken sollte auch fernerhin Prinzip der Blockfreiheit sein. Die beiden anderen Streitfragen wurden verschoben. Die Frage der rechtmäßigen Kambodscha-Vertreter sollte in Havanna entschieden werden. Für eine Entscheidung über den Ausschluß Ägyptens fühlte sich die Ministerrunde nicht kompetent²⁵⁾.

Trotz dieser Kompromißlösung glaubte man in Belgrad nicht an eine endgültige Beilegung des offenen Streits. Vielmehr befürchteten die jugoslawischen Politiker eine verstärkte Werbung für die Vorstellungen der Minderheit, da Kuba für drei Jahre die Rolle des Sprechers der Blockfreien zugefallen war. Auch die Ausrichtung der VI. Gipfelkonferenz in Havanna (5.—9. 9. 1979) bot Gelegenheit zur Determinierung der Mehrheit durch die von Kuba geführte Minderheit. So schien der große Konflikt bereits vorprogrammiert.

Die Reden der Vertreter Kubas und Jugoslawiens in der Generaldebatte fielen unerwartet moderat und zurückhaltend aus. Dafür entbrannte die Auseinandersetzung um das

²³⁾ Eine Zusammenfassung des kubanischen Standpunktes in: Wissenschaftlicher Dienst Südosteuropa (WDSOE), München 28 (1979), S. 103 ff.

²⁴⁾ Internationale Politik, Belgrad 30 (1979) H. 702/3, S. 1—6, hier S. 4f.

²⁵⁾ Die gesamte Schlußerklärung in: Internationale Politik, Belgrad 30 (1979), H. 702/3, S. 25—50.

Schlußdokument hinter den Kulissen in voller Schärfe. Der von Havanna präsentierte Vorentwurf wurde zweimal völlig umgeschrieben²⁶⁾. Schließlich übernahm man den Kompromiß des vorangegangenen Ministertreffens: Die Blockfreienbewegung wurde auf jugoslawischen Wunsch sowohl gegenüber Washington als auch gegenüber Moskau deutlich abgegrenzt. Bezüglich Kambodscha und Ägypten wurden die endgültigen Entscheidungen erneut vertagt.

Trotz dieses Teilerfolges mußte die jugoslawische Delegation auf einem anderen Gebiet eine klare Niederlage einstecken. Indien und Jugoslawien hatten im Vorfeld der Gipfelkonferenz einen Antrag eingebracht, dem Tagungspräsidenten Castro drei Vizepräsidenten zur Seite zu stellen. Daneben sollten die Außenministerkonferenzen der Blockfreien künftig jährlich statt wie bisher alle drei Jahre stattfinden, um die politischen Ziele der Bewegung festzulegen. Schließlich sollte das Koordinierungsbüro, das zwischen zwei Gipfelkonferenzen das höchste Gremium darstellt, in seinen Kompetenzen beschnitten werden. Mit diesen Änderungsvorschlägen zielte man offensichtlich auf eine Einbindung Kubas, dem man während seiner dreijährigen Sprecherrolle eigenwillige Interpretationen der Blockfreiheit unmöglich machen wollte. Alle diese Anträge wurden indes abschlägig entschieden, so daß Kuba in Zukunft seinen Vorsitz nach eigenen Interessen ausgestalten kann. Neue Verwicklungen sind dadurch bereits sichtbar²⁷⁾. Mittelfristig wird Jugoslawien daher bestrebt sein, die exponierte Stellung Kubas zu beschneiden. In diesem Sinne äußerte sich auch Tito bei seiner Rückkehr aus Havanna²⁸⁾.

Kaum waren die Klippen der VI. Gipfelkonferenz umschifft, brachte die sowjetische Intervention in Afghanistan neue Zwietracht in die Reihen der Blockfreien-Bewegung. Während sich Länder wie Indien, Vietnam und Kuba in dieser Frage dem Kreml gegenüber wohlwollend verhielten, stieß die sowjetische Militäraktion in Jugoslawien auf eine unzweideutige Verurteilung. Offensichtlich befürchtete man den Modellcharakter dieser Intervention auch für Jugoslawien²⁹⁾. Indessen unterstützte Jugoslawien die Forderung der Blockfreien nach bedingungslosem Rückzug der sowjetischen

Truppen sowohl im Sicherheitsrat als auch in der Vollversammlung der UNO. Die Annahme dieser Resolution durch die überwältigende Mehrheit der UN-Staaten war für Belgrad die Widerlegung der kubanischen These von der natürlichen Allianz zwischen den Blockfreien und der Sowjetunion³⁰⁾.

Die jugoslawische Führung beharrt heute nach wie vor auf einem Rückzug der sowjetischen Interventionsarmee ohne Vorbedingungen. Außenminister Vrhovec ließ bei seinem außenpolitischen Lagebericht im Parlament keinen Zweifel an dieser kompromißlosen Haltung seines Landes aufkommen³¹⁾.

Für die jugoslawische Stellung unter den Blockfreien gab es indes in dieser Frage eine erneute Schwächung durch die Anerkennung des von Vietnam installierten Heng-Samrin-Regimes in Kambodscha durch die indische Regierung³²⁾. Damit hatte Belgrad seinen wichtigsten Verbündeten in der prinzipiellen Auseinandersetzung mit Kuba verloren. Schließlich ist es aufgrund des militärischen Konfliktes zwischen den blockfreien Ländern Iran und Irak berechtigt, von einer tiefen Krise innerhalb der Bewegung der Blockfreiheit zu sprechen.

Als sich die Bewegung der Blockfreien Ende Oktober 1980 endlich auf die Bildung eines „Good-will-Komitees“ zur Beilegung der iranisch-irakischen Auseinandersetzung geeinigt hatte, wurde dieser bescheidene Fortschritt von Belgrad mit Genugtuung aufgenommen³³⁾ und als erste positive Aktion seit der Afghanistan-Krise gelobt³⁴⁾. Auch das anschließende Treffen der Außenminister von Kuba, Indien, Pakistan, Jugoslawien und Sambia in Belgrad wurde in dieser Richtung interpretiert³⁵⁾. Daß die inneren Probleme durch solche formellen Akte jedoch kaum einer Lösung nähergebracht wurden, zeigen die skeptischen Anmerkungen des „Architekten der jugoslawischen Außenpolitik“, Miloš Minić, zum Jahresende: Er gestand ein, daß die Blockfreien heute wegen ihrer inneren Zerwürfnisse praktisch handlungsunfähig seien³⁶⁾.

³⁰⁾ Die ersten jugoslawischen Stellungnahmen zu Afghanistan in: WDSOE 29 (1980), S. 5—9.

³¹⁾ Borba v. 27. Juni 1980. Siehe auch: Franjo Cetinić, Afghanisches Mosaik, in: Internationale Politik, Belgrad 31 (1980), H. 721, S. 25—28.

³²⁾ Die jugoslawische Stellungnahme zum indischen Schritt in: Tanjug v. 10. Juli und v. 17. Juli 1980.

³³⁾ Tanjug v. 28. Oktober 1980.

³⁴⁾ Tanjug v. 6. November 1980.

³⁵⁾ Das offizielle Kommuniqué in: Internationale Politik 31 (1980) 735, S. 17.

³⁶⁾ Politika und Borba v. 18. 12. 1980.

²⁶⁾ Politika v. 9. September 1979.

²⁷⁾ Alle Dokumente der VI. Gipfelkonferenz in: Internationale Politik, Belgrad 30 (1979) H. 707, S. 14—83.

²⁸⁾ Politika v. 11. September 1979.

²⁹⁾ Borba v. 6. Januar 1980.

Eine Außenministerkonferenz der Blockfreien bemühte sich erneut vom 9.—12. Februar 1981 in Neu Delhi um eine Beilegung der Streitigkeiten.

Im vergangenen Jahrzehnt sah die politische Führung Jugoslawiens in einer aktiven Mitarbeit innerhalb der Bewegung der Blockfreiheit die sichere Garantie für den Erhalt der jugoslawischen Integrität und Selbständigkeit. Es ist daher verständlich, daß ein Land, das seit langem im Spannungsfeld zwischen Ost und West agiert, besonders empfindlich auf die nachhaltige Störung der Funktionsfähigkeit der Blockfreien reagiert. Mittelfristig begegnet Belgrad dieser Bedrohung auf drei Ebenen:

Zum einen verfolgen wir seit kurzem eine intensiviertere Auseinandersetzung zwischen Belgrad und Kuba, wobei Jugoslawien heute eher eine defensive Rolle zufällt. Nachdem Havanna im Juli 1980 erneut seine auf der VI. Gipfelkonferenz abgewiesene Sicht der Sowjetunion als natürlichen Partner der Blockfreien präsentierte³⁷⁾, entzündete sich Anfang August eine schwere publizistische Kontroverse um die kubanischen Flüchtlinge. Kuba sprach den jugoslawischen Medien das Recht ab, sich über dieses Problem zu äußern, da die jugoslawischen Gastarbeiter mit den kubanischen Flüchtlingen gleichzusetzen wären. Diese Identifizierung von politischen Emigranten mit vorübergehend im Ausland beschäftigten Staatsbürgern wurde von jugoslawischer Seite empört zurückgewiesen³⁸⁾. Offenkundig ist Kuba inzwischen von der Auseinandersetzung um Sachfragen in der Bewegung der Blockfreien zur offenen Stimmungsmache gegen Jugoslawien übergegangen.

Daneben unterstützt Jugoslawien als Reaktion auf den Zerfall der Blockfreien-Bewegung einen Vorschlag Indonesiens zur Einberufung einer Sonderkonferenz, auf der die zahlreichen aktuellen Konflikte zwischen den einzelnen Mitgliedsländern gelöst werden sollen. Indes stieß diese Anregung bisher auf nur geringe Resonanz³⁹⁾. In diesem Zusammenhang bemüht sich Belgrad um die Intensivierung seiner bilateralen Kontakte zu den wichtigsten Mitgliedsländern: Indien, Sri Lanka und Indonesien waren Ziele des jugoslawischen Außenministers. Ende September 1980 weilte Regierungschef Djuranović erneut in Neu

Dehli, um die Verstimmung zwischen beiden Ländern aus dem Weg zu räumen⁴⁰⁾.

Sollten die Bemühungen um eine nachhaltige Reaktivierung der Einheit unter den blockfreien Ländern fehlschlagen, müßte sich Jugoslawien nach neuen Bündnispartnern umsehen, um seine Unabhängigkeit langfristig zu gewährleisten. Als dritte Antwort auf seine geschwächte Stellung unter den Blockfreien registrieren wir daher ein verstärktes Interesse Belgrads, den angeschlagenen KSZE-Prozeß zu retten. Nach Belgrader Ansicht darf das Afghanistan-Problem nicht als Vorwand dienen, das KSZE-Nachfolgetreffen in Madrid zu behindern. Gerade in einer Zeit gefährlicher internationaler Spannungen sei eine Diskussion der europäischen Staaten auf Ministerbene besonders nützlich⁴¹⁾. So mißt Jugoslawien der Kontinuität der KSZE große Bedeutung bei und präsentierte bereits mehrere konkrete Vorschläge zum weiteren Abbau der Spannungen und des Mißtrauens in Europa⁴²⁾.

Neben der forcierten politischen Zusammenarbeit sucht Belgrad seit einiger Zeit sehr intensiv eine Kooperation auf wirtschaftlichem Sektor. Auf diesem Gebiet wird der EG und der Bundesrepublik Deutschland große Priorität eingeräumt⁴³⁾. Jedoch gerieten die Bemühungen Belgrads im Sommer des Jahres 1978 ins Stocken, als die deutsche Regierung ihre Unterstützung Jugoslawiens bei der Durchsetzung eines günstigen Handelsvertrages mit der EG zurückzog. Anlaß war die Verärgerung Bonns über die Freilassung von vier deutschen Terroristen, die in Jugoslawien inhaftiert waren und welche die jugoslawischen Sicherheitsbehörden nur gegen den in Deutschland lebenden Exilkroaten Stjepan Bilandžić austauschen wollten. Als deutsche Gerichte eine Auslieferung von Bilandžić ablehnten, setzten die jugoslawischen Behörden die deutschen Terroristen ohne Prozeß auf freien Fuß.

Jugoslawien war jedoch in hohem Maße am Abschluß eines langfristigen Handelsabkommens mit Brüssel interessiert, um sein chronisches Defizit in der Handelsbilanz auszuglei-

⁴⁰⁾ Politika v. 28. 9. 1980.

⁴¹⁾ Tanjug v. 2. September und v. 10. September 1980.

⁴²⁾ Der stellvertretende jugoslawische Außenminister Milorad Pešić, in: Internationale Politik 31 (1980) H. 728/9, S. 1—9.

⁴³⁾ Zu den deutsch-jugoslawischen Beziehungen siehe: Thomas Brey, Bonn und Belgrad. Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Jugoslawien seit dem Zweiten Weltkrieg, in: Osteuropa 29 (1979) 8, S. 632ff.

³⁷⁾ Tanjug v. 14. Juli 1980.

³⁸⁾ Tanjug v. 6. August 1980.

³⁹⁾ Tanjug v. 19. Juni und v. 24. Juni 1980.

chen. Der jugoslawische Saldo betrug nämlich 1977 schon 2,45 Mrd. Dollar. Davon entfielen auf den Warenaustausch mit der Bundesrepublik allein 1,18 Mrd. Dollar⁴⁴). Zwei Jahre später war das jugoslawische Außenhandelsdefizit mit den Ländern der EG bereits auf 3,77 Mrd. Dollar geklettert. Von diesem Saldo kamen allein 2,14 Mrd. Dollar auf das Konto des Handels mit der Bundesrepublik⁴⁵). Belgrad bemühte sich daher verstärkt um die Verbesserung des politischen Klimas zu Bonn, die in verschiedenen Spitzengesprächen angestrebt wurde. Im April 1980 schließlich kam es zur Unterzeichnung eines langfristigen Kooperationsvertrages zwischen Belgrad und Brüssel⁴⁶). Hier wird Jugoslawien neben der Meistbegünstigungsklausel eine erleichterte Einfuhr vor allem landwirtschaftlicher Produkte in das Wirtschaftsgebiet der EG eingeräumt⁴⁷).

Neben der Einbindung Jugoslawiens in die Bewegung der Blockfreiheit und neben der Entwicklung der KSZE bildet die Garantie territorialer Integrität seitens der beiden Supermächte die dritte Säule jugoslawischer Unabhängigkeit. Auch hier steht die jugoslawische Außenpolitik nicht auf absolut zuverlässigen Fundamenten. Washington hat zwar mehr als einmal Erklärungen über die Unverletzbarkeit der jugoslawischen Grenzen abgegeben. Zuletzt hat Präsident Carter bei seinem Besuch in Belgrad (24./25. Juni 1980) das Interesse seines Landes an jugoslawischer Eigenständigkeit unterstrichen. Eine unzufriedenstellende Stellungnahme Moskaus blieb indes bisher aus. Zwar gibt es die unverbindlichen Erklärungen Chruschtschows aus den Jahren 1955 (Belgrader Deklaration) und 1956 (Moskauer Deklaration) — eine feste Absichtserklärung ohne Wenn und Aber war den Kremlgewaltigen bisher jedoch nicht zu entlocken. Zum letzten Mal hatte sich der greise Tito aufgerafft, um

anlässlich eines Besuchs in Moskau doch noch eine solche Zusicherung zu erreichen. Diese Mission endete jedoch mit einem diplomatischen Mißerfolg. Vor diesem Hintergrund fiel die Verurteilung der sowjetischen Intervention in Afghanistan ebenso kompromißlos aus wie schon die Kritik am Einmarsch in die Tschechoslowakei. Das Recht zur Anwendung der außenpolitischen Doktrin Moskaus auf Jugoslawien, sei es in Form der Breschnew-Doktrin, sei es in Form der „internationalistischen brüderlichen Hilfe“, wurde von jugoslawischer Seite entschieden in Abrede gestellt.

Nun gehört Jugoslawien nicht zum Warschauer Pakt bzw. zum engeren Einflußgebiet der sowjetischen Führungsmacht. Seine eurostrategische Lage mit der Nachbarschaft zum NATO-Mitglied Italien besitzt jedoch ohne Zweifel einen so hohen Stellenwert, daß hier bei einer Veränderung des Status quo die Supermächte aufeinanderprallen würden. Wenn auch eine sowjetische Intervention in Jugoslawien aufgrund der internationalen Lage nicht aktuell zu sein scheint, so bleibt doch die latente Furcht vor einer solchen Einmischung in seine inneren Angelegenheiten bestehen. Hier gibt es eine starke Interessensidentität zwischen Jugoslawien und Rumänien. Mit keinem anderen Balkanland arbeitet Belgrad daher politisch so eng zusammen. Ein regelmäßiger Informationsaustausch auf allerhöchster Ebene ist bereits seit Jahren institutionalisiert. Auch nach Titos Tod wollen beide Seiten diese außenpolitische Kooperation beibehalten. Dieses Bemühen unterstrich der letzte offizielle Besuch Ceauscescu in Belgrad⁴⁸). Die letzten Konsultationen auf höchster Ebene fanden am 2. Februar 1981 in Temeswar statt. Ein solcher Konsensus hat als flankierende Maßnahme zum Schutz der jugoslawischen Eigenständigkeit sicherlich sein Gewicht.

IV. Zur Problematik der Tito-Nachfolge

Wenn das Geflecht außenpolitischer Beziehungen trotz aller Verästelungen noch relativ gut zu überschauen ist, so gilt dies in weitaus geringerem Maße für die komplexe innenpoli-

tische Szenerie. Naturgemäß gestaltet sich die innere Stabilität eines Landes besonders schwierig, wenn die normale Pluralität von Teilinteressen in offene Interessensgegensätze umschlägt. Der offene Kampf zwischen extrem divergierenden Positionen um die Vormachtstellung im ganzen Land hat Jugoslawien mehr als einmal in den vergangenen

⁴⁴) Wissenschaftlicher Dienst Südosteuropa 27 (1978) 11, S. 268.

⁴⁵) *Ekonomska Politika* v. 3. 3. 1980.

⁴⁶) Ein historischer Rückblick in *Tanjug* v. 26. August 1980, S. 7—11.

⁴⁷) Das EG-Abkommen mit Jugoslawien, in: *WDSOE* 29 (1980), S. 50—54.

⁴⁸) Vom 22. bis 24. Oktober 1980. *Politika und Borba* v. 25. 10. 1980.

dreißig Jahren an den Abgrund einer Staatskrise geführt.

Von allen innenpolitischen Fragen scheint die Tito-Nachfolge formal noch am leichtesten zu beantworten⁴⁹⁾. Tito selbst hatte bereits Ende der sechziger Jahre eingesehen, daß kein „Kronprinz“ in der Lage sein würde, eine eindeutig von allen Seiten akzeptierte Führungspersönlichkeit zu verkörpern. Im September 1970 gab er daher selbst den Anstoß zur endgültigen Regelung dieses Problems: Zu Beginn der siebziger Jahre wurde ein kollektives Gremium installiert und 1974 wurde diese Institution in die neue Verfassung aufgenommen. Art. 313 bis Art. 332 der Verfassung weisen das Staatsprsidium als höchstes politisches Organ im Lande aus. Ihm gehören je ein Vertreter aus den sechs Teilrepubliken sowie je ein Abgesandter aus den beiden Autonomen Provinzen an. Jeder einzelne Vertreter wird vom Parlament seiner Heimatrepublik bzw. -provinz in geheimer Wahl delegiert. Die heutigen Mitglieder wurden im Mai 1979 für fünf Jahre gewählt: Vladimir Bakari (SR Kroatien), Stevan Dorojnski (AP Vojvodina), Fadil Hoda (AP Kosovo), Lazar Kolievski (SR Mazedonien), Sergej Krajgher (SR Slowenien) Cvijetin Mijatovi (SR Bosnien/Herzegowina), Petar Stamboli (SR Serbien) und Vidoje arkovi (SR Montenegro).

Am 6. Februar 1980 beschloß das Staatsprsidium die Erweiterung seiner Mitglieder bei besonders wichtigen Beratungen um den Parlamentspräsidenten (Dragoslav Markovi), den Regierungschef (Veselin Djuranovi), den Sekretär des ZK-Präsidiums der Partei (Duan Dragosavac), den Außenminister (Josip Vrhovec), den Innenminister (Franjo Herljevi) und den Verteidigungsminister (Nikola Ljubii). Diesen insgesamt 14 Mitgliedern tritt noch der Vorsitzende des ZK-Präsidiums der Partei zur Seite. Seit Oktober 1980 bekleidet dieses Amt der Altfunktionr Lazar Mojsov für die Dauer eines Jahres.

Mit dem Tod Titos erlosch die Funktion des Präsidenten der Republik (Art. 333 bis Art. 345). Seine Aufgaben gingen ausnahmslos auf das Staatsprsidium über. Das Gremium ist nicht nur der höchste Reprsentant des Staates nach innen und außen, sondern besitzt neben dem Oberbefehl über die Streitkräfte weitgehende Richtlinienkompetenz gegen-

⁴⁹⁾ Alle Zeitungen des Landes brachten unmittelbar nach Titos Tod ausführliche Berichte über die verfassungsmäßige Regelung der Nachfolge des Staatspräsidenten. Siehe *Politika* und *Borba* v. 14. Mai 1980 v. 16. und 17. Mai 1980.

ber den legislativen und exekutiven Körper-schaften des Landes (Art. 313 bis Art. 315). Den Vorsitz im Staatsprsidium hält wechselnd jede Republik bzw. Autonome Provinz für die Dauer eines Jahres besetzt, wobei die Reihenfolge festgelegt ist. Seit Mai 1980 leitet Cvijetin Mijatovi aus Bosnien-Herzegowina das Staatsprsidium. Die weitere Reihenfolge der Vorsitzenden bzw. Vizevorsitzenden lautet: Der heutige stellvertretende Vorsitzende aus Slowenien, Sergej Krajgher, übernimmt 1981 den Vorsitz. Ihm folgen in diesem Amt die Vertreter aus Serbien, Kroatien, Montenegro, Vojvodina, Kosovo, Mazedonien⁵⁰⁾. Der Willensbildungsprozeß innerhalb dieses höchsten Staatsorgans folgt in der Regel dem Konsensusprinzip. Ist eine Übereinstimmung der Standpunkte unerreichbar, so werden Beschlüsse mit Zweidrittelmehrheit gefaßt.

Die acht Vertreter dieser kollektiven Staatsführung (ohne die nur zeitweise hinzugezogenen Mitglieder) sind ausnahmslos Funktionäre, die ihre Laufbahn meist schon vor dem Krieg begonnen haben. Infolgedessen ist der Altersdurchschnitt mit 65 Jahren relativ hoch. Hinzu kommt noch, daß die meisten Mitglieder in gut drei Jahren ausscheiden müssen, weil sie bereits zwei Wahlperioden (je fünf Jahre) amtiert haben und eine Verlängerung des Mandats ausgeschlossen ist. Die Männer des heutigen Staatsprsidiums werden also in absehbarer Zeit alle ihre Positionen räumen müssen. Ihre Nachfolger werden sich aus dem Fhrungskollektiv der heutigen Parteispitze rekrutieren. Das Parteiprsidium — hnlich organisiert wie die Staatsspitze — besitzt 23 Mitglieder, unter ihnen jüngere Leute, so daß der Altersdurchschnitt dieses Gremiums mit 55 Jahren deutlich positiver ausfllt.

Bei einem Vergleich beider Spitzenpositionen wird man das Staatsprsidium als die einflureichere Institution einschätzen, dessen Mitglieder auch den Kern des oberen Parteimanagements stellen. Für die jüngeren Mitglieder der Parteiführung, die heute nicht im Staatsprsidium vertreten sind, bildet die jetzige Parteifunktion eine ausgezeichnete Startposition für einen Sprung ins höchste Staatsamt in etwa drei Jahren. Die zukünftigen Nachfolger im Staatsprsidium werden für eine erfolgreiche Kandidatur drei Voraussetzungen haben müssen:

Sie bedürfen eine starke und verlbliche Hausmacht in ihren Heimatrepubliken und breite Erfahrung im Apparat der Belgrader

⁵⁰⁾ *Tanjug* v. 20. Mai 1980.

Zentrale. Daneben zeichnet sich immer deutlicher das Vordringen der Fachleute mit einschlägigen theoretischen und praktischen Kenntnissen (Wirtschaftswissenschaftler, Juristen u. ä.) auf Kosten der reinen Parteifunktionäre ohne spezielle berufliche Qualifikation ab⁵¹). Diese Bedingungen erfüllen vor allem die heutigen Parteichefs der Republiken (Bakali, Čemerski, Planinc, Popit, Srzentić Stojanović, Vlaškalić, Alimpić), die z. T. noch nicht einmal fünfzig Jahre alt sind. Hinzu treten aus der Belgrader Zentrale Stane Dolanc, der als langjähriger Parteimanager sich mittels der Personalpolitik einen starken Rückhalt unter den Funktionären in Belgrad verschaffen konnte, daneben Regierungschef Djuranović, Verteidigungsminister Ljubičić, dessen Ministeramt von der sonstigen Personalrotation ausgenommen ist, Innenminister Herljević sowie Branko Mikulić, Miloš Minić und nicht zuletzt der Slowene Andrej Marinc, der in den letzten Jahren kometenhaft aufgestiegen ist und erst vierzig Jahre zählt. Diese Namensli-

ste darf als Kern der mittelfristigen Führung von Staat und Partei angesehen werden.

Dabei stellt der Wechsel von der jetzigen zur zukünftigen Staatsspitze gar nicht das eigentliche Problem dar; dieser Wechsel dürfte sich ohne Hindernisse vollziehen. Negativ wird sich dagegen die Festschreibung des Vorsitzendenmandats, d. h. des Staatschefs, auf nur ein Jahr auswirken⁵²). Welcher ausländische Spitzenpolitiker wird sich auf Dauer der Mühe unterwerfen, persönliche Kontakte zu einem Staats- bzw. Parteichef aufzubauen, der nach einem Jahr wieder ins zweite Glied tritt? Ohne personenbezogene Kontakte unterbleibt aber auch weitgehend der inoffizielle Informationsaustausch, auf den jede politische Führungselite angewiesen ist. Die bestehende Regelung ist infolge dieser Sachzwänge also nicht als endgültig zu betrachten. Neuere Kommentare in den jugoslawischen Massenmedien deuten darauf hin, daß es gegen die geplante Ausdehnung des einjährigen Mandats auf alle politischen Gremien erheblichen Widerstand gibt⁵³).

V. Die nationale Frage

Das zweite große Problemfeld der Innenpolitik wird von der Entwicklung der nationalen Beziehungen innerhalb des jugoslawischen Vielvölkerstaates beschrieben. Es gibt in der Vergangenheit genügend Beispiele, die Jugoslawiens Labilität in diesem Punkte offenlegen.

Die Komplexität der nationalen Frage ist mit wenigen Stichworten abgesteckt: Die erst seit sechzig Jahren in einem Staat vereinten „Völker und Völkerschaften Jugoslawiens“ blicken auf eine jahrhundertealte Zugehörigkeit zu grundverschiedenen gesellschaftspolitischen Systemen zurück. Die Grenze zwischen Abendland und Orient lief stets quer durch Jugoslawien und spaltete das Land. Der Norden wurde als Teil der Habsburger Monarchie von Wien und Budapest, der Süden als Provinz des Osmanischen Reiches von Istanbul geprägt. Daneben hinterließ auch der Einfluß Venedigs starke Spuren an der adriatischen Küste Jugoslawiens. Drei der Staatsvölker weisen eine eigenstaatliche Tradition auf (Serbien, Kroatien, Montenegro). Nach dem Krieg

wurden zwei neue Nationen aus der Taufe gehoben, zunächst die der Mazedonier, für die in langer Kleinarbeit sogar eine Literatursprache entwickelt wurde, und schließlich die der Mohammedaner, der Muslime. In der Vergangenheit wurden die Einwohner der heutigen mazedonischen Teilrepublik von bulgarischer Seite als „Westbulgaren“, von serbischer Seite aber als „Südserben“ bezeichnet. Der mazedonische Dialekt ist innerhalb der jugoslawischen Sprachpalette in der Tat etwa zwischen Serbokroatisch und Bulgarisch anzusiedeln. Um den bulgarischen Ansprüchen zu begegnen, wurden die Einwohner Jugoslawisch-Mazedoniens nach dem Kriege als eigenständige Nation bezeichnet.

Auch die mohammedanischen Bevölkerungsgruppen Jugoslawiens kamen erst spät in den Genuß, als gleichberechtigte eigenständige Nation anerkannt zu werden. Bis in die sechziger Jahre hinein wurden sie nur als religiöse Sondergruppe angesehen, die sich ethnisch den „Kroaten“ oder „Serben“ zuzuordnen hatte. Die Muslime sind vorwiegend in Bosnien und

⁵¹) Zum veränderten Sozialprofil der Parteileitungs-kader seit 1948 siehe: Thomas Brey, Das Zentralkomitee des BdKJ 1948 und 1978, in: Südosteuropa-Mitteilungen, Vierteljahresschrift der Südosteuropa-Gesellschaft, München 20 (1980) 3, S. 32—44.

⁵²) Diese neue Regelung der Kurzmandatszeit soll für alle Ebenen der Legislative und Exekutive bis zur Jahreswende eingeführt werden. Über diese Diskussion vgl. Tanjug v. 25. August 1980.

⁵³) Vgl. Tanjug v. 8. September 1980.

der Herzegowina beheimatet. Schließlich treffen wir in der Autonomen Provinz Kosovo auf ein in Europa einmaliges Phänomen: Ein Drittel der albanischen Nation lebt außerhalb Albaniens im jugoslawischen Staatsverband. Auf die zahlreichen Minderheiten (vor allem die Ungarn in der Vojvodina) kann hier nicht näher eingegangen werden.

In einem so sensiblen Nationengeflecht echte Parität bzw. Proportionalität auszuloten, gleicht der Quadratur des Kreises. Schließlich erlitt die Politik der Partei, die nationale Gleichberechtigung und Eigenständigkeit betonte, in der Staatskrise 1971/72 nahezu vollständigen Schiffbruch. Im Zuge der Auseinandersetzung um eine Demokratisierung und Föderalisierung von Staat und Partei hatte Kroatien Ende 1971 sogar eine eigene UNO-Vertretung und eigene nationale Streitkräfte gefordert. Ein Auseinanderbrechen des jugoslawischen Staatsverbandes wurde damals von Tito unter Androhung eines militärischen Eingreifens verhindert⁵⁴). Es klingt paradox, daß gerade die Nationalitätenpolitik, die das Ansehen der KPJ in breitesten Kreisen der Bevölkerung während des Krieges begründete, der Partei dreißig Jahre später zum Verhängnis wurde.

Unter dem Schock des Mißerfolges wurde eine völlig neue Marschrichtung konzipiert. Zunächst einmal schlug sich diese Kehrtwendung in Vorwürfen gegenüber den alten Parteikadern nieder, denen man völliges Versagen ankreidete. Radikal setzte sich nun das Personalkarussell in Bewegung: Die Führungsspitzen in Kroatien, Serbien, Slowenien und Mazedonien wurden ersetzt und Säuberungen an der Parteibasis waren an der Tagesordnung. Von den 163 Mitgliedern des Zentralkomitees verloren nicht weniger als 87 ihren Posten.

Auch die Kriterien für die Aufnahme neuer Mitglieder wurden neu überdacht. Zunächst einmal fiel die Entscheidung für den Aufbau einer Massenpartei, da die elitäre Kaderpartei kläglich versagt hatte. Zwischen 1972 und 1980 stieg die Mitgliederzahl von 1 009 947 auf 1 965 132 — eine Vergrößerung der Basis um 94 v. H.⁵⁵). Daneben setzte die Parteispitze verstärkt auf die junge Generation. Der Anteil der Jüngeren (bis 27 Jahre) erhöhte sich seit 1970 sprunghaft von 20,9 v. H. auf 32,6 v. H. Die In-

tention dieser Neuorientierung ist offensichtlich: Der BdKJ versucht, die jungen Menschen schon früh in seine Reihen einzubinden, um hier — von Tradition und Elternhaus unbelastet — ein gesamtjugoslawisches Bewußtsein zu wecken. Ob dieser Versuch gelingt, ist nicht vorherzusagen. Das vergangene Jahrzehnt verlief ohne größere nationale Konflikte, auch wenn die heimischen Medien immer wieder über Auswüchse von regionalem Chauvinismus berichten⁵⁶). Der reibungslose Übergang zur Nach-Tito-Ära ohne regionale Egoismen scheint einen Erfolg der neuen Nationalitätenpolitik auf lange Sicht möglich zu machen. Auf der anderen Seite wäre es eine Illusion zu glauben, daß die breiten Bevölkerungskreise außerhalb der Partei, die 1971 die nationalen Emotionen aufwühlten, ihren damaligen Standpunkt aufgegeben hätten. Denn der kroatische Nationalismus wurde vor einem Jahrzehnt für den gesamten jugoslawischen Staatsverband erst dann zur existenzbedrohenden Gefahr, als sich die Parteiorganisation dieser Teilrepublik an die Spitze der nationalistischen Welle setzte. Sie wurde so zum Werkzeug außerparteilicher Kräfte, wohingegen die Partei bisher diese Kräfte selbst unter Kontrolle hatte. Hier liegt nach wie vor ein latentes Konfliktpotential, das bei ungeschickter Behandlung in kürzester Zeit einen Kulminationspunkt erreichen könnte.

Beweis für diese Hypothese ist ein neuerer programmatischer Aufsatz des ZK-Präsidiumsmitglieds Hamdija Pozderac zum Thema „Nationalitätenpolitik in Jugoslawien“. Darin räumt der Autor ein, daß selbst im BdKJ noch ein „Mißverstehen“ der nationalen Probleme anzutreffen sei. Teile der Partei behaupteten, erst der Demokratisierungsprozeß seit dem Ende der sechziger Jahre habe die nationale Frage an die Oberfläche gebracht: „Es gibt nämlich Versuche, unter dem Deckmantel des Klassenstandpunktes die nationale Komponente unserer Befreiungsbewegung zu abstrahieren, um der sozialistischen Gesellschaft unter diesem Begriff ein bürokratisch-etatistisches Modell aufzudrängen“⁵⁷). Als Rezept gegen solche Bestrebungen empfiehlt Pozderac die konsequente Achtung der nationalen Gleichberechtigung.

⁵⁴) Alvin Z. Rubinstein. Nach Tito — was dann?, in: Osteuropa 22 (1972), S. 420—429; Slobodan Stanković, Die kroatische Krise. Triebkräfte und Perspektiven, in: ebenda, S. 409—419.

⁵⁵) Vgl. Parteizeitung „Komunist“ v. 20. Juni 1980, S. 10.

⁵⁶) Sogar beim letzten Besuch Titos in Kosovo kam es zu Demonstrationen albanischer Nationalisten und noch im Juni 1980 wurden in der mazedonischen Hauptstadt Skopje drei Albaner wegen nationaler Propaganda verurteilt; vgl. WDSOE 29 (1980) 4, S. 84—86.

⁵⁷) Tanjug v. 9. September 1980.

Problem Nr. 1 der jugoslawischen Innenpolitik bleibt jedoch zweifellos die katastrophale wirtschaftliche Lage. Jugoslawien begann nach dem Krieg als unterentwickeltes Agrarland wie die anderen volksdemokratischen Länder mit einem stürmischen Ausbau der Schwerindustrie auf Kosten aller anderen Wirtschaftszweige. Als diese Politik bereits im ersten Fünfjahresplan 1951 Schiffbruch erlitt, öffnete sich das Land durch seine politische Abwendung von Moskau auch den westeuropäischen und amerikanischen Managementmethoden. Umfangreiche Kredithilfen des westlichen Auslandes ergänzten die Kooperationsabkommen einzelner Unternehmen. Die Folge war seit den frühen sechziger Jahren die Öffnung des jugoslawischen Binnenmarktes gegenüber Westeuropa. Mit dieser Hinwendung zu den industrialisierten Konsumgesellschaften wurden jedoch in der Bevölkerung Bedürfnisse wachgerufen, die die eigene Wirtschaft noch über Jahre hinaus nicht befriedigen kann.

Die Gründe für dieses Zurückbleiben liegen vor allem in der ungünstigen Ausgangslage der jugoslawischen Wirtschaft: Das Land verfügt noch heute über eine nur sehr mäßige Infrastruktur, die Betriebe können kaum auf landeseigene Rohstoffressourcen zurückgreifen, und durch die Tradition als Agrarland ist das Know-how der Leitungskader beschränkt. Zahlreiche weltweit anerkannte Spezialisten, die ihr Wissen in Europa oder den USA erworben haben, bleiben aufgrund der besseren Forschungs-, Arbeits- und Lebensbedingungen lieber im Ausland, als daß sie ihre Tätigkeit in Jugoslawien fortsetzen. Zu diesen objektiven Hindernissen tritt der subjektiv-menschliche Faktor. Nur ein kleiner Teil der erwerbsfähigen Bevölkerung hat sich bisher zu einer disziplinierten und zielstrebigem Arbeitnehmerschaft entwickelt. Nicht selten sind Bürger zu treffen, die der offiziellen Arbeit nur der Werkswohnung wegen nachgehen, ihren eigentlichen Verdienst aber mit privaten Nebenbeschäftigungen erzielen — und das zum guten Teil während der Arbeitszeit in ihrem Hauptberuf. Im allgemeinen wird auch von einheimischen Managern mangelnde Arbeitsbereitschaft (sehr hoher Krankheitsstand) und eine schleppend wachsende Arbeitsproduktivität kritisiert.

Um die Kluft zwischen den objektiven Möglichkeiten der Volkswirtschaft und den Konsumansprüchen der Bevölkerung zu überbrücken, wurde der Import enorm ausgeweitet und

mit Hilfe ausländischer Kredite im Lande selbst investiert. 1979 belief sich das Handelsbilanzdefizit bereits auf schwindelerregenden 11,5 Milliarden DM. Die jugoslawische Zahlungsbilanz, die bisher vor allem durch den deutschen Tourismus und die Überweisungen von 700 000 jugoslawischen Gastarbeitern ausgeglichen werden konnte, rutschte 1979 erstmals in die roten Zahlen. Die Inflation nähert sich der 30 v. H.-Marke und die ohnehin hohe Arbeitslosigkeit steigt durch eine allmähliche Rückkehr der Auslands-Jugoslawen⁵⁸⁾ und vor allem durch den Zustrom junger Arbeitskräfte aus dörflichen Regionen in die überfüllten Großstädte⁵⁹⁾. Schließlich kommt es immer häufiger zu Verknappungen und Versorgungslücken, wie sie bisher seit Mitte der fünfziger Jahre unbekannt waren: Öl, Kaffee, Waschmittel, Arzneien, Zucker — um nur einige wenige Artikel zu nennen⁶⁰⁾. Diese Güter sind in zahlreichen Städten — vor allem in Serbien und Bosnien-Herzegowina — sogar nur noch auf Bezugsscheine bzw. Lebensmittelkarten zu erhalten⁶¹⁾. Bereits im Sommer gab es für jeden jugoslawischen Autofahrer zwei staatlich verordnete autofreie Tage in der Woche wegen der anhaltenden Benzinknappheit. Aufgrund der durch den Krieg zwischen Iran und Irak verursachten Ausfälle an Öllieferungen ist die jugoslawische Versorgung mit Erdölprodukten grundsätzlich in Frage gestellt, da Belgrad bisher die Hälfte seiner Ölimporte aus dem Irak bezog⁶²⁾. Zwar scheinen nach den jüngsten Konsultationen die irakischen Öllieferungen auch in Zukunft gesichert⁶³⁾, doch will die jugoslawische Bundesregierung auch 1981 das Fahrverbot aller privaten Kraftfahrzeuge an 72 Tagen im Jahr aufrechterhalten⁶⁴⁾.

Die Regierung hat sich inzwischen für ein drastisches Sanierungskonzept der einem Kollaps zusteuernenden Wirtschaft entschieden: Im-

⁵⁸⁾ Alle Angaben nach Berichten der OECD, zitiert nach Politika v. 9. Juni 1980.

⁵⁹⁾ Offiziell wird die Zahl der Arbeitslosen mit 700 000 angegeben: Tanjug v. 14. Oktober 1980.

⁶⁰⁾ In diesem Zusammenhang beklagt die Wochenzeitung NIN v. 20. Juli 1980, S. 20f., daß die jugoslawischen Bürger diese Mangelprodukte gegen teure Devisen im Ausland erwerben. Politika v. 24. Juli 1980 berichtet von großangelegtem Kaffeeschmuggel aus dem italienischen Triest.

⁶¹⁾ WDSOE 29 (1980) 9, S. 218f., bringt einen Überblick.

⁶²⁾ Tanjug v. 14. Oktober 1980.

⁶³⁾ Tanjug v. 16. Oktober 1980.

⁶⁴⁾ Tanjug v. 25. November 1980.

porte sollen kontingentiert und Exporte erhöht werden. Einige Grundnahrungsmittel wurden durch Preiserhöhungen dem realen Preisniveau angepaßt. Der Dinar wurde Anfang Juni 1980 um über 30 v. H. abgewertet — eine Folge des Defizit-Ungleichgewichts der heimischen Zahlungsbilanz⁶⁵). Der neue mittelfristige Wirtschaftsplan läßt die privaten Einkommen bedeutend langsamer wachsen als die der Unternehmen. Für das Jahr 1980 wurden sogar reale Einbußen in den persönlichen Einkommen in Kauf genommen⁶⁶). Schließlich wird die Freisetzung unproduktiver Arbeitskräfte durch Rationalisierungen ermöglicht — ein relativ neues Phänomen für eine sozialistische Gesellschaft und Wirtschaft⁶⁷). Auch soll die private Landwirtschaft angekurbelt werden. So beraten alle Republikparlamente über die Vergrößerung des privaten Landesbesitzes von 10 ha (seit 1953) auf bis zu 65 ha (z. B. in Slowenien⁶⁸). Überhaupt wird der Landwirtschaft im Programm der wirtschaftlichen Gesundung eine Schlüsselposition eingeräumt. Der Gesellschaftsplan 1981, der die wirtschaftspolitischen Eckdaten vorgibt, strebt in der Landwirtschaft ein stärkeres Wachstum als in der Industrie an. Jugoslawien will sich zu einem klassischen Nahrungsmittelexportland entwickeln, um durch verstärkten Devisenzufluß den Ausgleich seiner defizitären Zahlungsbilanz sicherzustellen. Die Agrarwirtschaft wird daher heute als „die große Chance und Hoffnung Jugoslawiens“ begriffen⁶⁹). Der mittelfristige Plan für die Periode 1981—1985 sieht daneben als zweiten Kernpunkt des ökonomischen Sanierungskonzepts eine Ausweitung des Exports um 8 v. H. vor, wohingegen der Import nur um 1,1 v. H. zunehmen soll⁷⁰).

Schließlich sind zwei interessante Trends anzuführen, die heute erst ansatzweise zu erkennen sind: Zum einen baut die Partei- und Staatsführung verstärkt auf die Hilfe von Spezialisten (Juristen, Ökonomen, Ingenieuren) im Wirtschaftsmanagement. Diese Schwerpunktverlagerung wird dokumentiert durch die Tatsache, daß auf dem XI. Parteikongreß (1978) in einem bisher unbekanntem Ausmaß Spezialisten ins Zentralkomitee des BdKJ gewählt wurden. Noch im November kamen darüber hinaus alle Teilrepubliken überein, daß

bei der zukünftigen Besetzung von Spitzenfunktionen „Fachkenntnisse mehr berücksichtigt werden sollen“⁷¹). Die hauptberuflichen Politfunktionäre, deren Legitimation oftmals allein in „moralisch-politischen Fähigkeiten“ wurzelte, geraten offenbar gegenüber den Spezialisten immer mehr ins Hintertreffen.

Als zweiter neuer Trend kann die Bemühung um eine Liberalisierung des komplizierten und unflexiblen Entscheidungssystems in der Wirtschaft bezeichnet werden. Allein bei der Erstellung des letzten Plans waren 52 000 verschiedene „Wirtschaftssubjekte“ beteiligt — von der einzelnen Fabrik bis zu den Gewerkschaften und Staatsorganen. Wie weit die Notwendigkeit einer Systemreform schon ins Bewußtsein der politischen Elite gedrungen ist, zeigen die Ausführungen des Exekutivsekretärs im ZK-Präsidium, Pavle Gaži, der selbst dem Wirtschaftsflügel der Partei zuzurechnen ist. Gaži forderte Anfang Dezember 1980 vor dem Plenum des Zentralkomitees eine rigorose Verminderung des immer noch entscheidenden staatlichen Einflusses in der Wirtschaft, den er als „Hauptschuldigen für die Inflation“ bezeichnete⁷²).

Ob alle diese beherzten Maßnahmen Erfolg zeitigen, wird schon bald beurteilt werden können. Heute zeigt sich erst ein widersprüchliches Bild: Die im November 1980 veröffentlichten Zahlen sprechen von einem nominalen Exportwachstum von 32 v. H. gegenüber dem Vorjahreszeitraum, was einer bereinigten realen Zunahme um 10 v. H. entspricht⁷³). Gleichzeitig stieg der Import um nur 8 v. H., was einer realen Importstagnation gleichkommt⁷⁴). Damit hätte sich die Kluft zwischen der jugoslawischen Ein- und Ausfuhr merklich verbessert. Andererseits beläuft sich das jugoslawische Defizit im Handel mit der Bundesrepublik Deutschland, dem bedeutendsten Handelspartner, in den ersten acht Monaten des Jahres 1980 immer noch auf 1,7 Mrd. Dollar⁷⁵). Regierungschef Djuranović sondierte daher — allerdings vergeblich — bei Bundeskanzler Schmidt die Bedingungen für einen Dreimilliardenkredit Bonns: ein Zeichen, daß die heimische Wirtschaft immer noch kräftiger ausländischer Finanzspritzen bedarf. Allein zwei Milliarden dieser Summe waren für den aktuellen Schuldendienst Jugoslawiens vorgesehen⁷⁶).

⁶⁵) Politika und Borba v. 19. Juli 1980.

⁶⁶) Tanjug v. 30. Juli 1980, *Ekonomika Politika* v. 27. Juli 1980.

⁶⁷) Alle Angaben nach Politika v. 11. Juni 1980.

⁶⁸) NIN v. 4. Mai 1980, S. 17—19.

⁶⁹) Tanjug v. 20. November 1980.

⁷⁰) Politika v. 15. Dezember 1980.

⁷¹) Tanjug v. 13. November 1980.

⁷²) Tanjug v. 2. Dezember 1980.

⁷³) Tanjug v. 25. November 1980.

⁷⁴) *Vjesnik* v. 30. Dezember 1980.

⁷⁵) Tanjug v. 30. Oktober 1980.

⁷⁶) *Frankfurter Allgemeine Zeitung und Süddeutsche Zeitung* vom 3. September 1980.

Auch wenn Belgrad seine ursprünglichen Wünsche merklich reduzieren mußte, gelang es der jugoslawischen Regierung im Januar dieses Jahres doch noch, von Bonn einen Kredit in Höhe von 1,1 Milliarden DM zu erhalten. 600 Mill. DM sind für den Kauf von Ersatzteilen für Maschinen und für den Erwerb von dringend benötigten Rohstoffen vorgesehen. Für diese Summe hat die deutsche Bundesregierung eine Bürgschaft übernommen. Die restlichen 500 Mill. DM werden von einem Bankenkonsortium unter Leitung der Deutschen Bank als ungebundener Finanzkredit bereitgestellt. Der gesamte Kredit hat eine Laufzeit von sieben Jahren⁷⁷⁾.

Bei den wirtschaftlichen Problemen nimmt der Ausgleich zwischen dem relativ industrialisierten Norden (Slowenien, Kroatien, Vojvodina) und dem nach wie vor völlig unterentwickelten Süden (Bosnien/Herzegowina, Kosovo, Mazedonien) eine herausragende Stellung ein. Seit zwei Jahrzehnten existiert ein gesamtjugoslawischer Fond, über den die reichen Nordrepubliken Investitionen im zurückgebliebenen Süden tätigen. Die schon immer geringe Neigung eines Investitionsträfers ist in der letzten Zeit offenbar noch stärker zum Vorschein gekommen. Fast täglich bringen die Fach- und Publikumszeitschriften

Analysen und Kommentare zu dieser Frage. Besonders die Parteipresse wirft der Wirtschaft vor, sich in der Vergangenheit mit allerlei buchungstechnischen Feinessen vor Geldanlagen im Süden gedrückt zu haben. Die Kluft zwischen Nord und Süd sei dadurch in den letzten Jahren noch größer geworden⁷⁸⁾. Gleichzeitig wird die Solidarität der Republiken beschworen, ihren südlichen Gliedrepubliken aus der wirtschaftlichen Misere zu helfen, um einen einheitlichen jugoslawischen Binnenmarkt zu schaffen. Auf der anderen Seite sind besonders Slowenien und Kroatien kaum daran interessiert, die durch Außenhandel und Auslandstourismus erwirtschafteten Devisen außerhalb ihrer eigenen Republiken in ein „Faß ohne Boden“ zu stecken⁷⁹⁾. Aufgrund dieser Antagonismen wurde im August 1980 in allen zuständigen Gremien des Staatsapparates um jede Zehntel-Prozentzahl gefeilscht, als es darum ging, neue Investitionsmarken für den Süden festzulegen.

Die hier erzielten Eckdaten, die den bisherigen Quoten entsprechen, haben vor allem Kroatien und Slowenien verärgert. Die Republik Slowenien hat daher im Belgrader Bundesparlament einen Gesetzentwurf eingebracht, der eine Verminderung des staatlich verwalteten Entwicklungsfonds zum Inhalt hat⁸⁰⁾.

VII. Zukunftsszenario

Das Wirtschaftschaos stellt sich somit als Schlüsselproblem der jugoslawischen Gesellschaft dar. Denn es ist kaum denkbar, daß die nationalen Gegensätze bei Einhaltung des gegenwärtigen Proporzprinzips auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen offen ausbrechen. Ebenso undenkbar ist derzeit ein militärisches „Engagement“ der Sowjetunion, die sich weder auf ausländische noch auf einheimische Unterstützung berufen könnte. Einzig ist folgendes Szenario denkbar:

Bei der Erstellung und Beratung des nächsten mittelfristigen Wirtschaftsplans kommt es 1984/85 zu unüberbrückbaren Gegensätzen. Der Norden weigert sich kategorisch, noch einen Dinar im Süden zu investieren. Diese Brückierung wird in Bosnien und im Kosovo mit einer Welle nationaler Empörung beantwortet. Die serbischen Spitzenpolitiker besinnen sich als Vertreter der größten Teilrepu-

blik auf ihre gesamtstaatliche Verantwortung. Mit Hinweis auf die Armee, deren Offizierskorps nach wie vor zum größten Teil von Serben gestellt wird, üben sie Druck auf den Norden aus, um diesen zum Einlenken zu bewegen. Der jetzt vor allem in Kroatien breite Bevölkerungskreis auch außerhalb der Partei ergreifende Nationalismus fordert den Austritt aus dem jugoslawischen Staatsverband. Slowenien und die Vojvodina schließen sich an. An diesem Kulminationspunkt, wo die Krise nicht mehr mit innenpolitischen Mitteln zu lösen ist, kommen ausländische Interessen ins Spiel: die beiden Supermächte, Europa, die Bewegung der Blockfreien und schließlich die UNO (auch in dieser Gewich-

⁷⁸⁾ Vgl. *Komunist* v. 11. Juli 1980, S. 17.

⁷⁹⁾ So hat z. B. der slowenische „Gorenje“-Konzern die bayerischen „Körting“-Werke übernommen und erfolgreich auf dem europäischen Markt Fuß gefaßt.

⁸⁰⁾ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 27. Dezember 1980, S. 8.

⁷⁷⁾ *Tanjug* v. 19. Januar 1980 und *FAZ* v. 21. Januar 1980.

tigkeit). Strategische, wirtschaftliche und ideologische Einflßzonen prallen aufeinander (auch in dieser Reihenfolge).

Die weitere Entwicklung ist auch nicht ansatzweise vorherzusagen, da wegen möglicher auswärtiger Einflüsse eine Vielzahl von Kombinationsmöglichkeiten gegeben sind. Eines ist allerdings sicher zu prognostizieren: Der jugoslawische Staatsverband in seiner heutigen Form hätte sich dann überlebt. Beispiele, die ein solches Szenario realistisch erscheinen lassen, bieten die Auseinandersetzung um die Verteilung von Straßenbaukrediten im Jahre 1969 und die Konflikte zwischen den Republiken 1969 bis 1971.

Weder die USA noch Europa können Interesse an einer solchen möglichen Entwicklung haben. Kleinststaaten, die sich dann als Nachfolger Jugoslawiens konstituierten, wären im Zeitalter wirtschaftlicher und politischer Konzentration nicht lebensfähig. Die vorher durchzustehenden politischen, vielleicht sogar militärischen Komplikationen bergen unkalkulierbare Risiken, die sehr schnell zu einem internationalen militärischen Konflikt eskalieren können. Eine großzügige Hilfe westlicher Staaten für Jugoslawiens angeschlagene Wirtschaft stellt sich daher vor diesem konflikträchtigen Hintergrund als europäisches Problem dar.

Weiterführende Literatur zu den hier angesprochenen Themenkreisen:

Alexander, Stella: Church and state in Yugoslavia since 1945, London, New York, Melbourne 1979;

Brey, Thomas: Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens: Organisationsaufbau, Sozialstruktur und gesellschaftliche Funktion, erscheint im Juni 1981);

Drulović, Milojko: Arbeiterselbstverwaltung auf dem Prüfstand. Erfahrungen in Jugoslawien, Berlin, Bonn 1976;

Haberl, Othmar Nikola: Parteiorganisation und nationale Frage in Jugoslawien, Berlin 1976;

Kontetzki, Hein: Agrarpolitischer Wandel und Modernisierung in Jugoslawien: Zwischenbilanz einer sozialistischen Entwicklungsstrategie, Nürnberg, München 1976 (Südosteuropa Studien 24);

Kooperation mit Jugoslawien: Symposion der Universitäten Novi Sad und Regensburg sowie der Industrie- und Handelskammer Regensburg am 24./25. Oktober 1978 über aktuelle Rechts- und Wirtschaftsprobleme bei der Kooperation von deutschen Unternehmen und jugoslawischen Organisationen assoziierter Arbeit, Regensburg 1978 (Schriftenreihe der Industrie- u. Handelskammer Regensburg 4);

Künne, Wilfried: Die Auswanderung jugoslawischer Arbeitskräfte. Ein Beitrag zur Analyse internationaler Arbeitskräftewanderungen, Königstein/Ts. 1979;

Singleton, Fred: Twentieth-Century Yugoslavia, London 1976;

Soergel, Wolfgang: Arbeiterselbstverwaltung oder Managersozialismus? Eine empirische Untersuchung in jugoslawischen Industriebetrieben, München 1979 (Untersuchungen zur Gegenwartskunde Südosteuropas 14)

Arbeitsbeziehungen und Produktivität in sowjetischen Betrieben

I. Die sowjetische Macht und die Interessenorganisation der Arbeiter

Angesichts der politischen Streiks in Polen und der wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der Sowjetunion stellt sich eindeutiger als zur Zeit Chruschtschows die Frage nach den Grenzen der Steuerbarkeit der „unten“ ablaufenden Prozesse nach von „oben“ gesetzten Zielen. Stellt man vor allem die Frage nach der Wahrscheinlichkeit einer Wiederholung polnischer Streikerfahrungen in der UdSSR, so stößt man schon bei oberflächlicher Analyse auf ganz anders geartete Voraussetzungen:

In der UdSSR fehlten bisher jegliche kollektiven und klassenmäßigen Streikerfahrungen; sieht man von einer politisch bewußten Arbeiterschaft ab, die unter Anleitung von Gewerkschaftsgrößen in den zwanziger Jahren noch als „Arbeiteropposition“ Aufsehen erregte, und deutet man mit gewissem Recht Nachrichten von auflodernden punktuellen Streiks z. B. im Baltikum als nicht sehr repräsentativ, so scheint das Konfliktpotential der Arbeitsbeziehungen in der UdSSR weitaus geringer zu sein als in Polen. Auch haben sich — historisch gesehen relativ „neue“ — Teile der Arbeiterschaft in recht entlegenen Gebieten abgekapselt, und eine Aufrechterhaltung der Kommunikation zur kollektiven Koordination von Bewegungen scheint überaus schwierig. So erklärt sich, daß auch in den westlichen Nachrichtenmedien der Diskussion über die „Dissidentenbewegung“ ein relativ weiter Raum eröffnet wurde, die Veränderungen in den Arbeitsbeziehungen und die strukturell bedingte Verschlechterung der Produktion sich dagegen weitgehend unbemerkt vollzogen. Anders als in Polen scheint auch eine Überbrückung der sozialen Distanz zwischen der weitgehend von der sogenannten Intelligenzija getragenen Dissidentenbewegung und der Masse der Arbeiterschaft heute unwahrscheinlich.

Dennoch: Neben der „Stimme der Stummen“, wie Cornelia Gerstenmaier einmal die Bewegung der sowjetischen Kritiker genannt hat, ist heute ein anderes Störgeräusch zu hören:

die Stiefel der Arbeiter, die ihren Betrieb verlassen und nicht mehr zurückkehren oder ihre volle Produktivitätsleistung nicht mehr erbringen. Fluktuation zwischen den Betrieben¹⁾, geringe Gruppennormen und informelle Senkung der Arbeitsproduktivität im Rahmen der betrieblichen Minigesellschaften ist auf dem Wege über Verwaltungsmaßnahmen kaum zu verhindern. Statt in Streiks schlagen sich Unzufriedenheit und Entfremdung in Betriebswechsel, häufigem Fernbleiben von der Arbeitsstätte und in Alkoholismus nieder — mit weitreichenden strukturellen Folgen für die hochgesteckten Entwicklungsziele.

Zum Teil wird sogar in sowjetischen sozialwissenschaftlichen Studien die „Legitimationskrise“ des Systems, besonders des Systems der staatlichen Administration, angesprochen. Dies hängt sicherlich mit dem von staatlicher Seite langjährig gepflegten Glauben zusammen, man könne Ungleichheiten im Verteilungssystem und daraus resultierende Konflikte auf administrativem Wege beseitigen. Jetzt, da das Versagen staatlicher Globalsteuerung allgegenwärtig wird, macht die Bevölkerung besonders den Staat und dessen Vertreter in der Administration für die Diskrepanz zwischen zunächst geweckten Erwartungen und ihrer Einlösung verantwortlich. Dafür sind die Konflikte beispielhaft, die dadurch entstanden sind, daß einer zu großen Zahl gut ausgebildeter junger Leute keine angemessene Zahl von Arbeitsplätzen entspricht, auf der die erworbenen Qualifikationen einsetzbar wären.

¹⁾ Vgl. W. Teckenberg, Labour turnover and job satisfaction: Indicators of industrial conflict in the USSR, in: Soviet Studies 30 (1978) Nr. 2, S. 193—211. Vgl. hierzu auch ders., Arbeitsbeziehungen, informelle Kontakte und Produktivität in sowjetischen Betrieben. Neuere Umfrageergebnisse. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien Nr. 19/1980. (Hier werden auch die vollständigen Originalfassungen der für diese Arbeit übersetzten und gekürzten Titel aufgeführt.)

In einem System wie dem sowjetischen richtet sich auch Unzufriedenheit mit der Zuteilung von Lebenschancen in der staatlich organisierten Produktionssphäre direkt gegen die Organisatoren der Produktion, mithin gegen den Staat oder die Administration; sie bleiben nicht auf Konflikte in der privaten Sphäre beschränkt.

Über die Ursachen des daraus folgenden direkten Legitimationsdruckes äußert sich der polnische Soziologe W. Wesolowski folgendermaßen: „Groups with unequal earnings have less resentment towards each other and more towards the state as regulator of their income. Paradoxically, the socialist state ... may appear more often as an 'antagonist' to the people than a state which does not watch at all over their interests.“²⁾ („Gruppen mit unterschiedlichen Einkommen hegen weniger Groll gegeneinander als gegen den Staat, der ja die ungleichen Löhne festlegt. Paradoxerweise

mag der sozialistische Staat ... den Leuten eher feindlich vorkommen als einer, der sich überhaupt nicht um ihre Interessen kümmert.“)

Die wesentlichen Unterschiede zwischen den sozialen Systemen von UdSSR und Bundesrepublik Deutschland sind bekannt³⁾ und spiegeln sich auch in unterschiedlichen Erwartungshaltungen der Individuen wieder: Sowjetische Spätaussiedler stellen „gewöhnheitsmäßig“ höhere Anforderungen an den Staat und rügen die „Laissez-faire“-Haltung westlicher Administrationen und deren Unübersichtlichkeit. Auf etwas überspitzte, aber für die weiteren Betrachtungen aufschlußreiche Begriffe gebracht, herrscht im Westen das Leistungs- und im Osten das Versorgungsprinzip; die westlichen Gesellschaften können als Antrags- und die östlichen als Zuteilungsgesellschaften bezeichnet werden.

II. Betriebe als „Minigesellschaften“

Betriebe in der UdSSR sind vergleichsweise groß und werden durch Zusammenschlüsse zu Betriebsvereinigungen noch größer. So gab es 1970 ungefähr 600 Großbetriebe, die ca. 7 Prozent der Produktion erwirtschafteten, Ende 1977 dagegen 3 600 Großbetriebe mit 43 Prozent der Produktion und 13 Mill. Beschäftigten⁴⁾. Einige sowjetische Soziologen haben inzwischen auf die verschlechterten sozialen Kontakte in den Großbetrieben hingewiesen und empfehlen als Gegenstrategie eine gewisse Selbstorganisation der Untereinheiten. Daß dies ohnehin geschieht, wenn auch auf dem Wege informeller Gruppenbildung, wird noch zu zeigen sein.

Sozial relevant ist noch eine andere Feststellung über das Infrastruktursystem der Großbetriebe: Die normalerweise von der Gemeinde übernommenen Dienstleistungs- und Verteilungsaufgaben werden meist dem Betrieb übertragen. So gehörten 1977 in der RSFSR 50% der gesamten zur Verfügung stehenden Wohnfläche zu den Betrieben. Das Stadt-Exekutivkomitee (ispolkom) hatte oft im Vergleich zum Betrieb gar keine Macht, die Belange auf dem eigenen Gebiet zu regeln. Produktions- und Standorterwägungen waren für die Planung neuer Städte ausschlagge-

bend; die Städte ähnelten, um eine sowjetische Quelle zu zitieren, „Schlafplätzen in der Nähe der Betriebe“⁵⁾.

Wird auf der gesamtgesellschaftlichen Seite, wie erwähnt, die Produktion der politisch-staatlichen Administration unterstellt, so wird auf der Ebene des Betriebs der kommunale Sektor quasi der Produktion zugeteilt. Dies begünstigt natürlich die Herausbildung von teils autarken Minigesellschaften, die um „ihren“ Betrieb und dessen Sozialleistung herum gruppiert sind. Aus diesem Grunde schließen betriebssoziologische Studien in der UdSSR häufig einzelne Aspekte der westlichen „Gemeindesoziologie“ mit ein. Vor allem bewirkt die Übernahme von sozialfürsorgischen Dienstleistungen durch die Betriebe eine hohe Verknüpfung von Sozialbeziehungen innerhalb der Produktion mit denen außerhalb der Produktion. Untersuchungen in Leningrad und Kazan' zeigten, daß Arbeiter, die schon zehn Jahre und länger dem Betrieb angehörten, ihre Freunde zu 70—75 % unter Arbeitskollegen wählten⁶⁾. Dies wirkt sich oft *ungünstig auf die Produktion aus: Die informellen*

²⁾ Zit. nach W. Teckenberg, Die soziale Struktur der sowjetischen Arbeiterklasse im internationalen Vergleich, München/Wien 1977, S. 137.

³⁾ K. von Beyme, Sozialismus oder Wohlfahrtsstaat?, München 1977, v. a. S. 30—61 und 72—77.

⁴⁾ O. I. Schkaratan, Der Industriebetrieb, Moskau 1978, S. 60f.

⁵⁾ Ebd., S. 122f.

⁶⁾ Ebd., S. 81.

Kontaktsysteme werden als Korrektiv der öffentlichen Steuerung verstanden. Innerhalb der Kontaktsysteme wird mit der Münze gegenseitigen Vertrauens getauscht.

In der sowjetischen Soziologie ist es durchaus kontrovers, welche Aktivitäten an den Betrieb gebunden sein sollen (Sport in Verbindung mit dem Betrieb oder dem Wohnort, Diskutierzirkel etc.) und inwiefern sich die „schöpferischen“ Aktivitäten auch außerhalb des Betriebes entfalten sollen. Dahinter steht, überspitzt formuliert, die *Konzeption der Gesellschaft als „Betrieb“* mit dem vorrangigen Ziel der Produktion und der Unterordnung aller Bedürfnisse unter rationale Betriebsziele, wie es auch in neueren Versuchen der Erstellung eines „rationalen Zeitbudgets“ als normativer Vorgabe für den „werktägigen Menschen“ zum Ausdruck kommt.

Eine andere Richtung kritisiert diese Ingenieurperspektive des technokratischen Verständnisses von Gesellschaft und weist darauf hin, daß sich nicht alle Entwicklungen im Betrieb abspielen müssen. Diese Richtung versteht *Gesellschaft* schon eher als *Ensemble von Individuen* mit unterschiedlichen Interessen. So zitieren die Soziologen Gordon und Klopov ihren Kollegen Schubkin und betonen, daß die Leninsche Formel für das Ziel des Kommunismus nicht nur die allseitige, sondern auch die freie Entfaltung aller Mitglieder der Gesellschaft betont⁷⁾.

Persönliche Bezugssysteme und informelle Kontakte

In ihrer Funktion als theoretische Basis rationaler betrieblicher Planung betont die „Leitungswissenschaft“ zwar den negativen Aspekt informeller Netzwerke, doch erfüllen diese durchaus eine positive Funktion. Spätestens seit R. K. Merton wissen Gesellschaftswissenschaftler, daß Dysfunktionalität auf der einen Ebene durchaus zur Stabilität auf anderen Ebenen führen kann. So sind diese informellen Systeme vor allem in dem Bereich wirksam, der von der staatlichen Planung nur ungenügend oder in einer nicht allen individuellen Wünschen gerecht werdender Weise organisiert werden kann. Der Versorgungsstaat Sowjetunion stößt dort an die Grenzen seines Systems, wo völlige Planung zu kostspielig oder aufgrund zu vieler Unbekannter in der Gleichung nicht durchführbar ist. Das ist vor allem bei der Anpassung individueller Wün-

sche und Erwartungen an ein vorgeplantes ökonomisches System der Fall.

Sowjetische Studien zeigen z. B., daß die Vermittlung von individuellem Qualifikationsangebot und betrieblicher Nachfrage eher nach einem arbeitsmarktähnlichen Modell verläuft als nach geplanter Zuweisung, weil die Mehrzahl der Arbeitskräfte individuell angeworben wurden und die staatliche Arbeitsvermittlung eine geringere Rolle spielt als vergleichbare Institutionen im Westen⁸⁾.

Die Wahl des Betriebes war bei den meisten der Befragten einer anderen Studie nach dem Rat der Freunde und Eltern getroffen worden (35%).

Im Betrieb bleiben die Kontakte zu Arbeitskollegen auf die unteren, überschaubaren Einheiten des Betriebes beschränkt — sogar bei den wissenschaftlich-technisch interessierten Arbeitern und Technikern oder Ingenieuren (ITR).

Das mangelnde Interesse der Leitungsebene gegenüber Anregungen aus der Vollzugsebene oder deren internen Problemen fordert die Entwicklung informeller Gruppierungen heraus. So ergab eine Befragung, daß man der Berücksichtigung von Vorschlägen auf der Ebene der Zeche noch eine gewisse Chance einräumte, die Befragten aber skeptisch waren hinsichtlich des Einflusses ihrer Vorstellungen auf Betriebsebene⁹⁾. Die Arbeiter verlassen sich hinsichtlich der Lösung ihrer Probleme im wesentlichen auf ihren räumlich und statusmäßig engeren Bereich. Offenbar wird von ihnen die Möglichkeit, übergeordnete Stellen der Administration des Betriebes zu beeinflussen, als besonders gering angesehen. Auch zwecks Vermeidung „unnötiger“ Komplexität bleibt man an seinem informellen Freundschaftsbereich orientiert. Außerdem ist der Informationsstand über Prozesse, die den gesamten Betrieb betreffen, nicht groß. Ca. drei Viertel der Arbeiter wissen nicht einmal, ob ihr Betrieb mit Gewinn oder Verlust arbeitet¹⁰⁾.

Erstaunlich gering wird auch die Möglichkeit effizienter Partizipation in den Organen der Selbstverwaltung eingeschätzt, die auch in Betriebsuntersuchungen meist nur im Zusam-

⁸⁾ E. G. Antosenkov u. a., Tendenzen der Arbeitskräfteluktuation, Novosibirsk 1977, S. 206. Nur knapp ein Prozent der Arbeitskräfte wurden über die staatliche Arbeitsvermittlung verteilt.

⁹⁾ A. K. Orlov, Der sowjetische Arbeiter und die Produktionsleitung, Moskau 1980, S. 181f.

¹⁰⁾ E. V. Andreev u. a., Das Produktionskollektiv und die Sozialplanung, Moskau 1976, S. 115f.

⁷⁾ L. A. Gordon, E. V. Klopov, Skizzen der sozialistischen Lebensweise, Moskau 1977, S. 116.

menhang mit der Disziplinierung von Arbeitern genannt wird.¹¹⁾ Häufig wird der Wunsch nach größerer Publizität der administrativen Maßnahmen geäußert. Es interessieren vor allem Fragen des Lohns und der Arbeitsorganisation, weniger propagandistische Artikel über Bestleistungen, wie eine Untersuchung von zehn Zeitungen im Moskauer Gebiet 1976 zeigte. Vor allem wollte man etwas über den eigenen Betrieb erfahren (24%) und auch das Betriebsleben in den Nachbarbetrieben kennenlernen (19%)¹²⁾.

In der laufenden Produktion wird von seiten der Administration und auch von den leitenden Ingenieuren und Technikern wenig Hilfe erwartet; die soziale Distanz wird als zu groß angesehen¹³⁾.

In schwierigen Situationen reichen die Kontaktnetze bis zum Brigadier der eigenen Arbeitsgruppe; eventuell werden noch Leiter öffentlicher Organisationen einbezogen, wobei aus der Untersuchung nicht hervorgeht, ob es sich dabei vor allem um Gewerkschaftsvertreter handelt.

Auch in den Freizeit- und Kulturinteressen sind Arbeitskollegen für die Meinungsbildung relevant und werden in diese individuellen Sphären einbezogen. Neben Mitarbeitern aus dem Betrieb gewinnen Verwandte und Familienangehörige verstärkten Einfluß¹⁴⁾.

Hieran mag sich die Frage anschließen, die nur vergleichend beantwortet werden kann, ob nicht erst die Zusammenlegung von Freizeitinteressen und Produktion zu einer Überhandnahme von Freizeitkommunikation in der Produktion führt, die die Durchsetzung betrieblicher Normen teilweise oder völlig verhindert. Die Arbeitsproduktivität wird dadurch nicht erhöht, während man ursprünglich hoffte, sie durch die betriebliche Organisation von Freizeitinteressen anzuheben. Dies scheint nicht in befriedigender Weise gelungen zu sein, denn man hat bei einer soziologischen Untersuchung in Estland festgestellt,

daß besonders unzufriedene Arbeiter häufig mit Freunden zusammen sind und mit ihnen über ihre Situation im Betrieb sprechen — wodurch sie jedoch keineswegs zufriedener werden¹⁵⁾.

Die Einbeziehung von Bezugssystemen des Alltags in die Produktion führt nicht, so könnte man zusammenfassend salopp formulieren, zu gestiegenem Produktionsbewußtsein während der Freizeit, sondern führt eher Elemente freizeithlicher Kommunikationsformen in die Produktionswelt ein. Bezeichnenderweise sind dann Ansprechpartner für Diskussionen über Filme, Bücher etc. weniger Nachbarn oder Personen, die mit der eigenen Arbeit wenig zu tun haben, sondern vor allem Arbeitskollegen und auch Familienmitglieder, die aber, wie wir sehen werden, auch dann häufig im selben Betrieb arbeiten.

Traditionelle Elemente in den Sozialbeziehungen

Verschiedene Versuche, durch kommunistische Jugendverbände und organisierte Freizeitangebote die zwischenmenschlichen Primärbeziehungen umzugestalten, z. B. die Bindungen an die Eltern oder an die Jugendfreundschaftsgruppen (peer groups) aufzulösen, haben keine deutlichen Erfolge gehabt. Das Zusammentreffen in Clubs bleibt weitgehend auf die 18- bis 23jährigen beschränkt (20% dieser Altersgruppe), wobei auch in dieser Altersgruppe Treffen mit Freunden in häuslicher Umgebung bevorzugt werden (ca. 40%). Mit zunehmendem Alter geht dann das Interesse an den Clubs ganz zurück¹⁶⁾. Treffen mit Freunden zu Hause werden trotz der beengten Wohnverhältnisse bevorzugt. Die Wohnverhältnisse sind sicher mitbestimmend für die starke Beeinflussung der Kinder durch die Eltern, weil sie mit ihnen in der Regel zusammenwohnen. Im Vergleich zum Elterneinfluß und dem Einfluß der engeren Freunde kommt den Jugendorganisationen und gesellschaftlichen Clubs also nur wenig Bedeutung zu.

Neuere Daten zeigen, daß auch der Sozialisation in Arbeiterwohnheimen keine große Bedeutung zukommt; ein längerer Aufenthalt in Wohnheimen hat sogar einen negativen Ein-

¹¹⁾ V. D. Vojnova u. a., Die Erforschung der Rolle von Versammlungen im Leben der Arbeitskollektive, in: V. S. Korobejnikov, Soziologische Probleme der öffentlichen Meinung und die Massenkommunikationsmittel, Moskau 1975, S. 160—169, hier S. 163f.

¹²⁾ O. Ja. Kolesnitschenko, Der Einfluß der Presse auf das moralische Klima in den Produktionskollektiven, in: Fragen der Theorie und Methode der ideologischen Arbeit, Moskau, Band 7 (1977), Bd. 7, S. 204—218.

¹³⁾ A. K. Orlov, a. a. O., S. 180.

¹⁴⁾ M. T. Iovtschuk, L. N. Kogan, Das sozialistische Arbeiterkollektiv — Probleme des geistigen Lebens, Moskau 1978, S. 269 und 164f.

¹⁵⁾ T. A. Kitvel, Soziale Normen, Haltung zur Arbeit und Freizeit, in: Ju Ja. Kachk, Sozialstruktur, Arbeit, Freizeit, Tallin 1975, S. 104 und 109.

¹⁶⁾ V. P. Odinzov, Die Versorgung der Bevölkerung mit Clubs, in: Soziologische Forschungen 1976, Nr. 1, S. 125.

fluß auf die 20—30jährigen zur Folge. Je nach Art der vorherrschenden Industrie in der Stadt leben jeweils ein Viertel bis zur Hälfte der arbeitenden Jugendlichen in Heimen. Bei einer Untersuchung in Pskov stellten Heimbewohner und Personen, die ein Zimmer auf Zeit nahmen, 6 Prozent der erwachsenen Bevölkerung. Das machte 40% der ledigen jungen Leute in Pskov 1965 (im Alter von 20—30 Jahren) aus¹⁷⁾. In dieser Studie wird auch darauf hingewiesen, daß der übermäßige Alkoholkonsum unter den Jugendlichen in Arbeiterwohnheimen sehr verbreitet ist und die Entfernung von den Eltern die Anpassungsprobleme der Jugendlichen noch verstärkt. Tatsächlich zeigt eine andere Studie, daß 51,5% der befragten Heimbewohner unmittelbar aus dem Elternhaus kamen, 20,7 Prozent aus anderen Heimen (meist aus Heimen der Schulen), 11,9% aus der Armee und 4% aus Kinderheimen¹⁸⁾. Unzufrieden sind mit dem Wohnen im Arbeiterheim vor allem die besser gebildeten jungen Leute, von denen sich 53 Prozent (mit 9—10 Klassen) bzw. 64,5% (mit höherer Bildung) negativ äußern.

So kann man sagen, daß die Gruppe der Gleichaltrigen ebenso wie die Familie ihre Integrationsfunktionen nicht verloren hat und in den Arbeiterheimen alternative Formen der Anpassung an das Berufsleben noch nicht gefunden worden sind.

Vor diesem Hintergrund wird die positive Bewertung der Berufsarbeit der Eltern verständlich, die sich in verschiedenen Studien ausdrückt¹⁹⁾. Mangels anderer funktionierender Orientierungshilfen sind die Eltern Bezugspunkt für eine Integration im Betrieb.

Die Umfrage über den Einfluß der Eltern auf Einstellungen und Verhaltensweisen der nachwachsenden Generationen im Sverdlovsker Oblast' 1974/75 wird noch mit den Worten kommentiert, daß die Entwicklung von Arbeiterdynastien die Integration der Betriebskollektive fördert — eine Forderung, die allen Angleichungstendenzen der Lebenschancen

und damit auch den Prinzipien der Mobilität widerspricht. Tatsächlich wird aber nicht nur die Schichtzugehörigkeit in fast gleich starkem Ausmaß wie in westlichen Industriegesellschaften „vererbt“, wie bereits nachgewiesen wurde²⁰⁾, sondern auch der Arbeitsplatz, was vermutlich am Fehlen eines wirklich funktionierenden Systems überregionaler Arbeitsvermittlung liegt²¹⁾.

Durch den starken Einfluß der Eltern, der meist einhergeht mit fehlender räumlicher Trennung, wird die Tradierung von informellen und hergebrachten Normen des Verhaltens wesentlich erhöht.

Fassen wir die vorliegenden zwei Abschnitte kurz zusammen, so läßt sich sagen, daß informelle Beziehungen gegen und in Konkurrenz zu — oft nur ungenügend funktionierenden — staatlichen Steuerungsmechanismen entstehen und wirksam sind. Sie werden außerdem in den Großbetrieben für den einzelnen und seine informellen Bezugsgruppen besonders wichtig wegen der mangelnden Überschaubarkeit der gesamten Produktionseinheit und wegen der großen Distanz zu den nächsthöheren Ebenen, von denen die Arbeiter im übrigen recht wenig Hilfe erwarten. Reglementierung und Vorschriften über Freizeit auf der einen Seite und mangelnde Attraktivität des Freizeitangebots außerhalb der betrieblichen Sphäre andererseits veranlassen den Arbeiter zur Festlegung von informellen Gruppennormen. „Kollektivismus“ wird dann von ihnen eher als komplizierendes Zusammenhalten gegen die Forderungen der Administration gesehen und nicht, wie von der Propaganda beabsichtigt, als besonderer Wert der „neuen sozialistischen Lebensweise“.

Die beschriebenen traditionellen Bindungen an die Familie und die Beachtung persönlicher Ratschläge und Verhaltensempfehlungen für den Eintritt ins Berufsleben können zur Erhaltung solcher informellen Normen über Generationen hinweg führen.

III. Integration und Konflikt im Betrieb

Anhand von Sverdlovsker Industriebetriebsuntersuchungen lassen sich einige der bisher

angestellten Vermutungen bekräftigen und weitere Aussagen über die Konfliktstruktur erläutern. Die Belegschaften kritisierten vor allem die Hektik bei der Planerfüllung. Auch

¹⁷⁾ Gordon, Klopov, a.a.O., S. 145.

¹⁸⁾ V. Zajkin, Arbeiterwohnheime, Moskau 1976, S. 9.

¹⁹⁾ G. M. Korostelev, Arbeiterdynastien und die Erziehung der jungen Generation, in: Soziologische Forschungen 1978, Nr. 4, S. 130.

²⁰⁾ W. Teckenberg 1977, a.a.O., Kapitel 4.2.

²¹⁾ E. K. Vasileva, Die Familie und ihre Funktion, Moskau 1975, S. 141.

ungünstige Arbeitseinrichtungen und das Fehlen von Werkzeug wurden bemängelt.

Die eingespielten Gruppennormen werden durch die plötzlich einsetzenden besonderen Anstrengungen des Betriebes zur Planerfüllung natürlich besonders strapaziert. Viele Konflikte resultieren auch aus schlecht abgestimmten Interessenkonkurrenzen zwischen den Brigaden, die durch das System des sozialistischen Wettbewerbs eher noch gefördert werden, wie auch häufige Klagen über das ungerechte und undurchschaubare System der Prämierung beweisen²²⁾.

In einer Untersuchung aus dem Jahre 1974 wurde das Stimulierungs- und Prämierungssystem von ca. 45 % der Befragten als bei weitem nicht gerecht eingestuft²³⁾. Auch werden die Klagen über Konflikte infolge ungünstiger Arbeitsorganisation oft mit dem dahinter stehenden Wunsch nach mehr Pausen und Freizeit während der Arbeit erklärt²⁴⁾.

Wie bei den Forderungen der westlichen Gewerkschaften, so erweist sich auch in der UdSSR das Eintreten für mehr Lohn als wichtigster integrierender Faktor und allgemeinsten Nenner der Interessen der Arbeitenden: Ein integratives Klima wird nach Meinung von 80% der Befragten durch eine Verbesserung des Einkommens herbeigeführt. Arbeitsbedingungen und ein gerechteres System der Arbeitsstimulierung (Prämie) stehen an zweiter und dritter Stelle²⁵⁾.

Nur darf man bei diesen Angaben — ähnlich bei vergleichbaren westlichen — nicht davon ausgehen, daß die Einkommenshöhe die allein oder immer bestimmende Variable bei der Beeinflussung von Arbeitsbeziehungen sei. So werden z. B. die Zufriedenheit mit der Arbeit oder die allgemeine Haltung zur Arbeit eher durch die Arbeitsinhalte beeinflusst und die Resultate (Produktivität) häufig durch eine über berufliche Qualifikation vermittelte Selbständigkeit bei der Arbeit verbessert, die durch zu starke Reglementierung eher beeinträchtigt wird, wie jetzt auch neuere sowjetische Studien zeigten²⁶⁾.

²²⁾ Iovtschuk / Kogan, a.a.O., S. 255.

²³⁾ I. I. Tschangli, Sozialistischer Wettbewerb, Moskau 1978, S. 56.

²⁴⁾ Antosenkov, a.a.O., S. 209.

²⁵⁾ E. P. Ovtschinnikova, Der sozialistische Industriebetrieb als Typ der sozialen Umwelt. Autoreferat der Dissertation, Sverdlovsk 1969, S. 14f.

²⁶⁾ A. V. Tichonov, Der Einfluß der Selbständigkeit des Arbeiters in der Produktion auf die Haltung zur Arbeit, in: Soziologische Forschungen 1976 Nr. 1, S. 31—44.

Für den Grad der Solidarität in der Brigade wurde aber auch in einer neueren Studie wiederum die Zufriedenheit mit dem Einkommen als bestimmender Faktor bei der Analyse ermittelt²⁷⁾. Subjektive Zufriedenheit mit dem Einkommen, so wurde gesagt, sei allerdings noch wichtiger als die objektive Höhe des Gehalts. Die solidarischeren Kollektive zeichneten sich dann durch eine höhere Arbeitsdisziplin und weniger Fluktuation aus. Bei einer anderen Untersuchung stellte man fest, daß die Arbeiter bei Fehlverhalten ihrer Kollegen eher dazu neigten, dies lediglich dem Vorgesetzten zu melden. Allenfalls sprach man sich dafür aus, persönlich eine helfend eingreifende Bemerkung zu machen²⁸⁾.

Sowjetische Arbeiter sind im großen und ganzen mit den allgemeinen Zielen der Entwicklung einverstanden; so werden z. B. die Erhöhung der Arbeitsproduktivität und die Verbesserung der Qualität der Produktion auf die Frage nach den wichtigsten Zielen der sozioökonomischen Entwicklung in einer großen Untersuchung allgemein anerkannt²⁹⁾. Für die Durchsetzung wird allerdings vor allem die Administration verantwortlich gemacht und nicht so sehr der Arbeitskollege, mit dem man durch gemeinsame Gruppennormen verbunden ist; ein Ausscheren einzelner Kollegen würde zum einen von der Gruppe nicht geduldet, wie wir auch aus den traditionellen westlichen Studien über informelle Gruppen wissen, zum anderen unter den besonderen Bedingungen des sowjetischen Systems vermutlich mit einer Erhöhung der allgemeinen Arbeitsnormen quittiert werden — bei gleichbleibendem Lohn. Veränderung der Arbeitsproduktivität wird durch Gruppennormen abgebremselt.

So überlassen Arbeiter auch gerne die Sanktion bei Verstößen gegen die Arbeitsdisziplin der Administration, statt sie selbst zu übernehmen³⁰⁾.

In einer anderen Untersuchung — im Minsker Traktorenwerk — wurde zunächst eine Beurteilung während der Versammlung des Arbeitskollektivs befürwortet³¹⁾. Auf die Frage, was das wirksamste Mittel sei, variierten die

²⁷⁾ V. D. Patruschew u. a., Der Einfluß der sozioökonomischen Arbeitsbedingungen auf Solidarität und gegenseitige Hilfe im Produktionskollektiv, in: Soziologische Forschungen 1975 Nr. 4, S. 85.

²⁸⁾ O. V. Romaschov, Der Einfluß der Informiertheit der Arbeiter über die Produktion auf ihre gesellschaftliche Aktivität und Arbeit, in: Soziologische Forschungen 1976 Nr. 4, S. 70.

²⁹⁾ Tschangli, a.a.O., S. 189.

³⁰⁾ Orlov, a.a.O., S. 176f.

³¹⁾ Andreev u. a., a.a.O., S. 187f.

Antworten je nach Art des Verstoßes, legten aber einen Verlust der Prämie allgemein nahe³²⁾.

Beim Betrachten anderer Studien wird klar, wieso die um ökonomische Effizienz bemühte Richtung in der sowjetischen Soziologie die Entwicklung von freundschaftlichem Beisammensein oft mit Mißtrauen verfolgt: Der gemeinsame „Frust“ des Arbeitslebens wird häufig entsprechend begossen und die so verbrachte Freizeit als Kompensation angesehen. Dies war besonders bei denjenigen der Fall, die häufig die Arbeitsdisziplin verletzten³³⁾.

Ganz allgemein sind jedoch Arbeit und Beruf auch nach sowjetischem Selbstverständnis zentral für die Lebensgestaltung. Arbeit wird nicht gänzlich als „Zwang“ angesehen. Auf die Frage an Arbeiter in Perm: „Wenn man ihnen jetzt regelmäßig eine Summe in Höhe ihres Gehaltes zahlen würde, was würden Sie dann vorziehen?“ antworteten: „arbeiten“ 61,6 %, „nicht mehr arbeiten“ 12,2 % und „schwer zu sagen“ 26,2 %. Hier spielen auch die im ganzen positiv erlebten Verhältnisse zu den Kollegen eine große Rolle.

Diese Einstellungen lassen sich gut mit einer Befragung in der Bundesrepublik vergleichen: Hier stimmten 33 % der Arbeitnehmer dem Ausspruch zu: „Wenn ich genug Geld hätte, würde ich nicht mehr zur Arbeit gehen“³⁴⁾.

Die in der UdSSR etwas größere Zahl derjenigen, die weiter arbeiten wollen, läßt sich auf die unterschiedliche Fragestellung zurückführen: Offenbar bedeutet für die sowjetischen Befragten eine Summe in Höhe des Gehalts noch nicht „genug Geld“, wie es in der deutschen Formulierung hieß. In der westdeutschen Untersuchung zeigten sich große Zustimmungen zu den Aussagen: „Ohne Arbeit wäre mir das Leben langweilig“ (78 %) und „Ohne Arbeit wäre das Leben sinnlos für mich“ (71 %).

In drei sowjetischen Städten (einschließlich Moskau) beurteilten Werktätige auf einer Fünf-Punkte-Skala die Bedeutung der Arbeit „als Bedürfnis des Menschen, als Basis seiner Selbstbestätigung“ und „als Quelle des nationalen Reichtums und des persönlichen Wohl-

ergehens“, wobei der zentrale Stellenwert von Arbeit und Beruf wieder deutlich wurde; generell wurden in Moskau noch höhere Werte erzielt als in den Provinzstädten³⁵⁾.

Interessant erscheint in diesem Zusammenhang, daß offenbar in der UdSSR die Bedeutung der Arbeit für das Leben mit steigender Professionalisierung nicht zunimmt, wie das im Westen der Fall ist, sondern eher etwas sinkt, wenn auch Genaueres wegen der jeweils wechselnden Fragestellung nicht zu sagen ist.

Ähnliches läßt sich der Studie von I. I. Tschangli entnehmen. Sie untersucht die Einstellung zu den Bewegungen des „sozialistischen Wettbewerbs“ und der „kommunistischen Haltung zur Arbeit“. Von den in verschiedenen Städten befragten Arbeitern beteiligten sich etwa 87-97 % auf unterschiedliche Weise. Mit steigender Bildung scheint das Interesse eher rückläufig zu sein. In den 1975/76 untersuchten wissenschaftlichen Forschungsinstituten eines Moskauer Rajons nahmen nur 66 % an den propagandistisch geförderten Bewegungen teil³⁶⁾.

Insgesamt dürfte heute in Industriegesellschaften eine Haltung vorherrschend sein, bei der Arbeit zumindest nicht rein instrumentell beurteilt wird; insofern müssen auch Studien über relativ hohe Disziplinlosigkeit und geringe Arbeitsmotivation in der UdSSR relativiert werden. Bei den meisten Menschen herrscht wohl die Einsicht vor, individuelles Wohlergehen könne nur durch individuelle Arbeitsbeiträge zu allgemeinen gesellschaftlichen Zielen erreicht werden. Offenbar spielt dabei in der UdSSR die reine Existenzsicherung noch eine größere Rolle als in westlichen Gesellschaften, was auch aus folgender Überlegung ersichtlich werden mag: In einer soziologischen Studie in Kazan stellte man eine wesentlich höhere Korrelation der Arbeitsintensität mit dem Familienstand (und dem Vorhandensein von Kindern) fest als mit der Zufriedenheit im Beruf (0.83 gegenüber 0.62)³⁷⁾.

An diesem Beispiel erkennt man die Wichtigkeit der Lebensplanung und Lebensperspektive für die Erklärung der Variation der Arbeitsmotivation. Offenbar bleibt in Anbetracht der Einkommen, die kaum für den Unterhalt einer Familie ausreichen — geht man von

³²⁾ V. P. Kotschikjan, Planung der sozialen Entwicklung der Betriebe in den Maschinenbaubranchen, Moskau 1976, S. 147.

³³⁾ G. M. Podorov, Erfahrungen mit der soziologischen Erforschung der Arbeitsdisziplin in den Betrieben des Gorkij Gebietes, in: Soziologische Forschungen 1976 Nr. 4, S. 74.

³⁴⁾ E. Ballerstedt, W. Glatzer, Soziologischer Almanach, Frankfurt 1975, S. 271.

³⁵⁾ Tschangli, a.a.O., S. 185.

³⁶⁾ Tschangli 1978, a.a.O., S. 148, 163—167.

³⁷⁾ M. A. Nugaev, Die Arbeitsaktivität der Arbeiterklasse der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, Kazan 1975, S. 240.

neueren sowjetischen Familienbudgetstudien aus, die etwa 200 Rubel pro Kopf als angenehmen Lebensstandard der Familie ansetzen³⁸⁾ —, gar nichts anderes als harter Arbeitseinsatz übrig. So ergab auch eine Arbeiterstudie keinen klaren Zusammenhang zwischen tatsächlicher Arbeitsleistung (beurteilt nach Normerfüllung und Produktivität) und übergeordneten Motiven für die Arbeit, die sich in der Wertschätzung der schöpferischen Seiten der Tätigkeit und deren Wert für das Gemeinwohl ausdrücken sollten³⁹⁾. Erst reale Notwendigkeiten wirken sich arbeitssteigernd aus.

Bei der Berufswahl allerdings oder in bezug auf die Erwartungen eines neuen Berufs herrschten eher nicht-materielle Bewertungen vor. Hier ist aber aus den oben geschilderten Gründen besonders zu betonen, daß es sich bei den Befragten um Jugendliche handelt, die noch nicht für den Unterhalt einer Familie sorgen müssen. Bei ihnen tritt der materielle Aspekt der Erwerbstätigkeit noch nicht so in den Vordergrund, da sie häufig noch bei den Eltern leben oder von deren materiellem Status zehren⁴⁰⁾.

Schulabsolventen, Studenten und Arbeiter wurden auch gefragt, was bei der Berufswahl besonders beachtet werden solle. In unspezifischer Weise wurde dabei dem allgemeinen Interesse an der Arbeit der Vorzug gegeben. Arbeiter tendierten eher als die soeben von der Schule Entlassenen dazu, auch noch den eigenen Fähigkeiten und Kenntnissen Rechnung zu tragen. Natürlich ist für die Wahl eines Lebensentwurfs, als ein Teil dessen der Beruf angesehen wird, auch ein spezifisches Interesse von Bedeutung. Leider wurde die Bedeutung des Einkommens in dieser Umfrage nicht geprüft⁴¹⁾. Sie spielte aber bei der Berufsbewertung, die die Eltern für ihre Kinder vornahmen, eine gewichtige Rolle⁴²⁾.

Eine geringe Bedeutung wurde von den Befragten in diesen Studien der Demokratisierung der Produktion zugesprochen: Die Möglichkeit zur Partizipation wird nur von 3,3 Prozent der Befragten für relevant bei der Wahl

des Arbeitsplatzes angesehen. Es ist zu vermuten, daß sich hier — historisch bedingt — Unterschiede z. B. zu Polen ergeben; aber das Ergebnis ist auch für westliche Soziologen nicht weiter verwunderlich, die schon des öfteren feststellten, daß für die subjektive Bewußtseinslage der Arbeiterschaft eher konkrete Bedingungen der materiellen Situation oder der direkt arbeitsrelevant werdenden Gestaltung des Arbeitsplatzes ausschlaggebend sind. Auch sei angemerkt, daß mangelnde Demokratisierung vom sowjetischen Arbeiter vermutlich solange nicht als handlungsrelevant erlebt wird, wie ein gewisses Lebensniveau und Arbeitsplatzsicherheit gewährleistet bleiben.

Unter den Bedingungen des gegenwärtigen Arbeitskräftemangels besitzen die Arbeiter in der Drohung, den Betrieb zu verlassen, ein Druckmittel.

Der Entschluß zum Betriebswechsel wird von Erwartungen beeinflusst, die sich auf den Lebensstandard und die Arbeitsorganisation beziehen. V. A. Jadov hat das einmal gezeigt, indem er auf die hohen Bewertungen der Arbeitsinhalte während der Tätigkeit hinwies und sie einer „Konfliktsituation“ gegenüberstellt, die den Arbeiter motiviere, den Betrieb zu verlassen. Der Betriebswechsel sei häufig Folge eines zu niedrigen Einkommens oder des Gefühls, unter Wert zu arbeiten⁴³⁾. So verwundert es nicht, daß Betriebswechsler vor allem materielle Erwartungen mit ihrer neuen Arbeitsstelle verknüpften⁴⁴⁾. Auch die Dringlichkeit von Wohnungsbauprojekten in Verbindung mit der spezifischen Attraktivität eines Betriebes und seinen Bestrebungen, die Fluktuationsrate möglichst gering zu halten, wird in anderen Studien erhärtet⁴⁵⁾.

Im Hinblick auf die Bewertung der eigenen sozialen Lage sind auch Umfragen interessant, die die Einschätzung der Möglichkeiten zur Veränderung der eigenen Lebensbedingungen erkunden. Unqualifizierte Arbeiter meinen, besonders wenig Möglichkeiten für den sozialen Aufstieg zu haben⁴⁶⁾.

In der UdSSR wünscht ein Großteil der Beschäftigten vor allem einen Wechsel des Berufs. Vermutlich wegen der ungesicherten Wohnverhältnisse, der Notwendigkeit, den

³⁸⁾ Gordon, Klopov, a. a. O., S. 109.

³⁹⁾ V. A. Smirnov u. a., Erfahrungen bei der Typologisierung von Arbeitern aufgrund des Zusammenwirkens objektiver und subjektiver Faktoren ihrer Arbeitsaktivität, in: Soziologische Forschungen 1977 Nr. 1, S. 31—39.

⁴⁰⁾ Ebd., S. 36.

⁴¹⁾ M. Ch. Titma, Die Wahl des Berufs als soziales Problem, Moskau 1975, S. 173—175.

⁴²⁾ B. N. Kolodish, Das Prestige des Betriebs in der öffentlichen Meinung der Stadtbewohner, in: Soziologische Forschungen 1978 Nr. 3, S. 116.

⁴³⁾ V. A. Jadov, Über die Frage des Verhältnisses der Arbeitsstimuli, in: Politische Fortbildung 1976 Nr. 4.

⁴⁴⁾ Antosenkov, a. a. O., S. 209.

⁴⁵⁾ Kotschikjan, a. a. O., S. 123.

⁴⁶⁾ N. N. Mokljak, Sozial-berufliche Mobilität im sozialistischen Industriebetrieb, Kiev 1977, S. 128.

Wohnort zu wechseln und damit vor allem auch die für das alltägliche Leben so wichtigen Kontaktnetze zu verlieren, stellt sich allerdings die Mehrzahl der Arbeiter dies als einen Wechsel innerhalb des Betriebes vor. Ähnliche Beweggründe zum Wechsel der Tätigkeit konnten in der Bundesrepublik laut Umfragen von INFAS nicht festgestellt werden. Hier wollten nur 38 % der an- und ungelehrten Arbeiter und nur 20 % der Angestellten eine andere Tätigkeit vorziehen⁴⁷⁾.

Offenbar fordern sowjetische Arbeiter vor allem eine stärkere Bemühung der Behörden zur Verbesserung der Arbeitsplätze. Auch richten sich die Erwartungen derjenigen, die schon eine relativ hohe Schulbildung haben, zunächst auf Qualifikations- und Positionsverbesserungen, die die Administration vornehmen soll. Die mehr oder weniger monotonen Tätigkeiten in der Produktion erfordern bisher im Grunde genommen keine Qualifikationserhöhungen⁴⁸⁾.

Da diese Vorbedingungen noch nicht gegeben sind, die Umwandlung der Arbeitssphäre hinter den durch Allgemeinbildung gestiegenen Ansprüchen der Arbeiter zurückbleibt, wendet man sich lieber der Familie zu, anstatt die zeitaufwendige (35-40 Stunden pro Woche — laut Gordon/Klopov) Möglichkeit einer Verbindung von weiterem Studium und Arbeit aufzugreifen.

Als Fazit hatten wir schon aus einigen Studien festgehalten, daß durch eine Verbesserung der Arbeitsinhalte die Zufriedenheit steigt. Außerdem wirkt allein schon die Wahrnehmung, daß es überhaupt Aufstiegsmöglichkeiten gibt, Frustrationen entgegen, die aus der Konfrontation beruflicher Ideale relativ hoch gebildeter Jugendlicher mit der Wirklichkeit des Arbeitslebens entstanden. Anreiz für weitere Leistung und damit tatkräftigen Einsatz für die Ziele der Organisation „Großbetrieb“ kann aber nur über das generalisierte Belohnungsmedium „Geld“ erfolgen, wie die Antworten auf die Frage „Wenn Sie unter Aufwendung aller Kräfte arbeiten wollen, höchsten Output erzielen wollen und bestens ihre Arbeitsverpflichtungen erfüllen wollen, was treibt Sie dazu?“ zeigen. Das „Streben, viel zu verdienen“, nannten die meisten (27,6 Prozent) als Motiv, gefolgt von der Antwort „das Gefühl der Verantwortung vor dem Kollektiv und der Gesellschaft“ (17,8 Prozent)⁴⁹⁾.

Im Gegensatz zu westlichen Gesellschaften, wo die Entlohnung in stärkerem Maße einen „Sprung“ zwischen manueller und geistiger Arbeit macht, wenn auch hier ungefähr das obere Drittel der Arbeiterschaft mehr verdient als das untere Drittel der Angestellten, sind es in der UdSSR vor allem die Angestellten, Techniker und Ingenieure, die sich durch die staatliche Einkommenssteuerung benachteiligt fühlen. Eindeutiger als die Arbeiter nannten die Mitglieder von Forschungsinstituten vor allem die Notwendigkeit, die materielle Stimulierung zu erhöhen, wenn die Bewegung für den sozialistischen Wettbewerb Früchte tragen soll⁵⁰⁾. Die wissenschaftlich-technische Effizienz wird durch diese weitverbreitete Unzufriedenheit unter den Kadern nicht gerade gefördert.

Vorläufig bemühen sich Techniker und Ingenieure auch verstärkt um „Arbeit nach Feierabend“. Die Skala reicht von Institutsberichten bis zur Schwarzarbeit, und da diese besser bezahlt wird als die Lohnarbeit im Betrieb, können die Kader oft dadurch ihren Einkommensvorsprung vor den Arbeitern wieder wahren. Neuere Studien über diese „informellen Nischen“ des Systems können damit auch einen Schlüssel liefern für die für westliche Beobachter oft erstaunliche Kaufkraft Moskauer oder Leningrader Bürger bei Monatsdurchschnittseinkommen um die 170 Rubel. 1966 schon hatte man festgestellt, daß ca. 8 % einen Nebenerwerb hatten, in den Städten statistisch ausgeprägter als auf dem Lande, da die ländliche Privatwirtschaft nicht hinzugezählt wurde.

Im Gegensatz zu einer früheren Freizeitstudie von Gordon und Klopov erwies sich wieder die Arbeitsbeschäftigung in der Freizeit keineswegs als gleichverteilt. Unter der Intelligenz fand sich ein Viertel mit Nebenverdiensten beschäftigt, unter den Kolchozniki 19 %, den Angestellten 17 % und den Arbeitern 16 %. Etwas andere Zahlen, aber die gleiche Tendenz, ergab eine Untersuchung von Gruschin 1967, die für die UdSSR eher repräsentativ war. Überstunden von mehr als 60 Minuten machten dabei täglich 6,5 % der Arbeiter, 17,3 % der technischen Intelligenz und 12,1 % der Angestellten⁵¹⁾.

Wissenschaftliche Arbeiten des Sverdlovsker pädagogischen Instituts, Band 264, 1976, S. 34f.

⁴⁷⁾ Tschangli, a.a.O., S. 170—173 und 214.

⁴⁸⁾ B. F. Slavin u. a., Die Freizeit des Produktionskollektivs, in: Die wissenschaftliche Leitung der Gesellschaft. Moskau 1977, Bd. II, S. 226.

⁴⁹⁾ Ballerstedt, Glatzer, a.a.O., S. 271.

⁵⁰⁾ Mokljak, a.a.O., S. 121.

⁵¹⁾ Ju. Ja. Tschervjakov, Das Gefühl, „Herr der Produktion“ zu sein beim sowjetischen Arbeiter, in:

Die Arbeiter erwarben ihren Nebenverdienst in der Mehrzahl durch Leistungen, die sie Privatleuten erbrachten (39 %), die Intelligenz hat häufig Nebenverträge mit den Instituten (ca. 52 % der Nebenerwerbstätigen). In großen Arbeitsgruppen war der Anteil der Nebenverdiener geringer (18 %) als in kleinen Arbeitsgruppen mit nur zwei Arbeitern (24 %). Die Nebenverdienstler beteiligten sich insgesamt weniger an politischen und gesellschaftlichen Aktivitäten. Befragt, ob ein ihren Betrieb kritisierender Artikel in der Zeitung sie persönlich berühren würde, fühlten sich diejenigen, die sowohl Nebenverträge hatten als auch für Privatleute arbeiteten, weniger betroffen (55 % im Gegensatz zu 68 % der Arbeiter ohne Nebenverdienst). Besonders signifikant waren die Unterschiede bei den Arbeitern mit nur geringer Bildung: Hier fühlten sich 73 % der betrieblich stärker Abhängigen betroffen und nur 48 % der Nebenerwerbstätigen⁵²⁾.

Durch die Mehrarbeit steigt das Einkommen von Arbeitern, Angestellten, Technikern durchschnittlich um 22 bis 31 Rubel (1 Rubel = 3,50 DM). Dabei zahlten Privatleute für die Arbeitsstunde mehr (1,4 Rubel) als Institute und Institutionen (0,8 Rubel). Allerdings wird dieser Durchschnitt durch eine Gruppe von Spitzenverdienern beträchtlich angehoben. Die meisten Erwerbstätigen mit Nebenbeschäftigung, nämlich 55 %, konnten monatlich nicht mehr als 20 Rubel dazuverdienen und verwandten darauf 8,3 Stunden wöchentlich⁵³⁾.

Es liegt sicherlich auch an dem z.T. sehr schlecht funktionierenden Dienstleistungs- und Handwerksbereich in der UdSSR, daß sich dort eine Art „Do-it-yourself“-Bewegung erkennen läßt, die in vielem Ähnlichkeit mit westlichen Entwicklungen hat, zusätzlich aber noch eine materielle Unterstützungskomponente aufweist.

Was sind nun zusammengefaßt die Aussagen über Integration und Konflikt im Produktionssektor?

Für junge Arbeiter ist zunächst die Bedeutung des Einkommens bei Eintritt ins Berufsleben noch nicht ganz klar, zumal die Informationen über die zu erwartende Lohnhöhe recht diffus sind. So konnten in einer Studie 79 % der

Befragten nicht einmal annähernd die Lohnhöhe angeben, die sie erwartete⁵⁴⁾. Die Eintrittsmotivation ist also gekennzeichnet durch recht verworrene Vorstellungen über eine „interessante“ Arbeit. Dies ist der kleinste gemeinsame Nenner, auf den sich die Vorstellungen bei vorauszusetzender weitgehender Uninformiertheit bringen lassen. Die Motivation wandelt sich dann im Verlauf des Berufslebens einmal durch die Konfrontation mit realen Arbeitsbedingungen, die jenseits der durch die Allgemeinbildung geprägten Erwartungen liegen, zum anderen durch die Notwendigkeit des Lebensunterhalts, die besonders akut bei der Familiengründung wird. Im weiteren Verlauf des Arbeitslebens spielen dann informelle Kanäle der Meinungsbildung und persönliche Beziehungen für den Grad des Dispositionsspielraums am Arbeitsplatz, für die Chance, die eigene Soziallage etwa durch Betriebswechsel zu verbessern, und nicht zuletzt für die kleinen individuellen Freiheiten des Alltags eine entscheidende Rolle, besonders da staatliche Lenkungsmechanismen in diesem Bereich entweder ganz fehlen, zu schwerfällig sind oder an den Bedürfnissen der Arbeitenden vorbei planen.

Für einen stärkeren Einsatz im Sinne der betrieblichen Ziele fordern die Erwerbstätigen zusätzlich materielle Anreize. Ist dies im eigenen Betrieb nicht zu erreichen, so versuchen viele ihr Einkommen durch Nebentätigkeiten (um den hier auch nur für einen Teil gültigen Ausdruck „Schwarzarbeit“ zu vermeiden) zu erhöhen, was der betrieblichen Integration und Identifikation mit dem Betrieb nicht gerade zugute kommt.

Sowohl die Erwartungen der Arbeiter als auch die der sich häufig unterprivilegiert fühlenden technisch-wissenschaftlichen Intelligenz sind vor allem durch materielle Ansprüche an die Administration geprägt; und diese gerät nur solange nicht in Legitimationsschwierigkeiten, wie sie die gesamtgesellschaftlichen Ziele der Produktivitätssteigerung mit individuellen Zielen der Steigerung des Lebensstandards harmonisieren kann.

Gewiß wird nicht nur des Geldes wegen gearbeitet; ähnlich wie in westlichen Gesellschaften ist auch in der Sowjetunion durchaus eine Arbeitsmoral verbreitet, die der Arbeit einen zentralen, lebensbestimmenden Wert zuweist.

⁵²⁾ Chancen, a.a.O., S. 125f.

⁵³⁾ Ebd., S. 123.

⁵⁴⁾ Teckenberg 1978, a.a.O., S. 208.

IV. Handeln unter den Bedingungen unvollständiger Information

Bei alledem ist zu beachten, daß die Rationalität des jeweiligen Verhaltens auch von der zur Verfügung stehenden Information abhängig ist. Diese ist mitunter sehr gering oder durch das Netz persönlicher Beziehungen gefiltert. Staatlichen Informationsabgaben mißtraut man oder sieht sie als unvollständig an. In den informellen Netzwerken, die als alternativer Informationsfluß etabliert werden, sind staatliche Maßnahmen häufig kein Thema, solange nicht ein direkter Nutzen der Maßnahmen für die informellen oder partikularistisch (im Sinne von gruppenspezifisch, vereinzelt) orientierten Gruppen ersichtlich wird. Das zeigt sich auch bei der Befragung von Neuankömmlingen in Betrieben. Man weiß zwar einiges über die Bedingungen des eigenen Berufs, aber sehr wenig über die Arbeitsbedingungen und den Lohn in der Organisation, in die man sich hineinbegibt. Hinsichtlich der vorzufindenden Arbeitssituation ist man auf Vermutungen oder Kontakte angewiesen⁵⁵⁾.

Man darf annehmen, daß die Möglichkeiten meistens noch zu gut beurteilt werden, wie die Unzufriedenheitsäußerungen von Berufsneulingen häufig gezeigt haben; wichtiger ist aber, daß man die Karriere offenbar so betrachtet, daß ihr Verlauf von einer Reihe zunächst nicht durchsichtiger Faktoren beeinflusst wird, wozu vor allem wohl inoffizielle Informationsnetzwerke zählen.

Staatlichen Maßnahmen wird bei der informellen Meinungsbildung am Arbeitsplatz offensichtlich weniger Aufmerksamkeit geschenkt. Sonst ließe es sich nicht erklären, daß propagandistisch groß angelegte Bewegungen wie der „sozialistische Wettbewerb“ auf einen so mangelnden Bekanntheitsgrad stoßen, wie aus der Studie von Tschangli ersichtlich wurde. Außerdem wird klar, daß informelle Gruppennormen für die zu erbringende Leistung sich nicht auf die Dauer durch die Propagierung von Erfahrungswerten der Besten erhöhen lassen. Das ist allerdings eine Erkenntnis, die in der westlichen Industriesoziologie seit der Human-Relations-Bewegung der 20er Jahre nichts Neues darstellt.

Sehr aufschlußreich sind die Ergebnisse von Safarov, der vor allem nach der Effizienz der Informationstätigkeiten der lokalen Administration in der allgemeinen Wahrnehmung

fragte. Zwischen 1970 und 1972 führte das Institut für Staat und Recht eine Befragung über die öffentliche Meinung zu den lokalen politischen Organen (Sowjets, Parteikomitees, Exekutivkomitees) durch. Befragt wurden 1438 Personen, darunter auch die Angestellten der politischen Organisationen, um Unterschiede in der Wahrnehmung der Arbeit der Organisationen zwischen diesen Angestellten und der Bevölkerung aufzuspüren⁵⁶⁾.

Die Umfragen deuten auf ein recht hohes Problembewußsein hin und vor allem auf eine latente Unzufriedenheit über die Informationsverweigerung. Dabei wird besonderes Gewicht auf die Informationen über den Bereich der Gestaltung und Planung der Produktion gelegt. Rechenschaftsberichte an der Arbeitsstätte werden den Erörterungen am Wohnort vorgezogen. Allgemein soll die Information in Rundfunk, Presse und Fernsehen verbessert werden, vor allem, wenn es um Kritik der Administration selbst geht. Offenbar ist man auch nicht mehr bereit, sich mit rein formalen Partizipationsmöglichkeiten oder Versprechungen zufriedenzugeben; vielmehr will man jetzt auch genaueres über die tatsächliche Durchführung der einzelnen Maßnahmen und über die von den Versammlungen initiierten Kampagnen wissen; Probleme der Anwendung von Gesetzen und Bestimmungen rücken in den Vordergrund. In diesem Zusammenhang werden die Soziologie und die Erforschung der öffentlichen Meinung verstärkt wichtig, um Rückmeldungen aus Bereichen zu bekommen, die ansonsten immer stärker informellen Eigengesetzlichkeiten folgen und bei denen die Möglichkeit einer fast subkulturellen Abkopplung vom offiziellen System besteht. Daß dies teilweise von sowjetischen Soziologen gesehen wird, zeigen die vorgelegten Umfrageergebnisse.

Im Bereich der Produktion ergeben sich die größten Schwierigkeiten für die sowjetische Entwicklung. Zwar herrscht generell eine Einstellung vor, die sowohl die Arbeit wie auch die Produktionsziele grundsätzlich bejaht, da sie dem Wohle aller dienen. In toto wird die Arbeit nicht als „entfremdet“ empfunden, aber auf Appelle zu stärkerem Arbeitseinsatz reagieren die Arbeiter zunehmend mit der Forderung nach Hebung des Lebensstandards. Da-

⁵⁵⁾ Antosenkov, a.a.O., S. 207.

⁵⁶⁾ R. A. Safarov, Die öffentliche Meinung und die staatliche Leitung, Moskau 1975.

bei fällt der betrieblichen Administration nicht nur die Aufgabe zu, die Prämien und das Einkommen zufriedenstellend zu verteilen, sondern auch noch die Versorgung mit Wohnraum, Kindergärten u. ä. zu leisten.

Sind Möglichkeiten zur Verbesserung der sozio-ökonomischen Situation im Betrieb nicht sichtbar, dann steigt die Fluktuation und die Nebentätigkeit nimmt zu. So strebt der einzelne Arbeiter immer nur nach Integration in überschaubaren Arbeitsbereichen, wie den der eigenen Brigade oder der Gruppe der Arbeitskollegen in gleicher Soziallage mit ähnlichen partikularen Interessen; gesamtbetriebliche oder gar gesamtgesellschaftliche Belange berücksichtigt der einzelne dabei kaum. Statt altruistischer Motive läßt sich eher eine „Selbstbedienungsmentalität“ konstatieren. Im Betrieb besteht das Mißverhältnis zwischen individuellen Ansprüchen, die sich direkt an die Administration oder das „System“ wenden, und der notwendigen Verwirklichung gesamtgesellschaftlicher Ziele am deutlichsten. Dabei ist nur unklar, ob der einzelne Arbeiter ohne allzu großen finanziellen Aufwand zu höherer Produktivität motiviert werden kann. Umgekehrt scheint festzustehen, daß das System, in dem die Trennung zwischen öffentlicher und privater Sphäre aufgehoben ist, direkt von Legitimationsentzug bedroht wird, wenn die Ansprüche an das Lebens- und Existenzsicherungsniveau der Erwerbstätigen nicht befriedigt werden können. Sollte das nicht gelingen, so kann sich mangelnde Loyalität auch in Unmutsäußerungen über mangelnde Informationsdurchlässigkeit manifestieren. Dann ist es besonders wichtig, daß die soziale und ökonomische Planung nicht weiterhin an den Bedürfnissen und an den — mittlerweile schon starke autonome Tendenzen entwickelnden — informellen Gruppen und Subsystemen vorbeigesteuert wird. Dazu

bedient man sich immer stärker soziologischer Umfragen. Die inzwischen überholte Methode westlicher Emigrantenbefragungen ist angesichts der vorliegenden eigenen sowjetischen Untersuchungen ein fragwürdiges Verfahren.

In den sowjetischen Studien sind strukturelle Schwächen angesprochen, die zumindest informell die Verhandlungsmacht der Arbeiter erhöhen. In diesem Zusammenhang wird vor allem die Möglichkeit der Selektion und Filterung von Informationen, die nach oben weitergegeben werden, hervorgehoben. Andererseits nimmt dieses informelle System der betrieblichen Administration Arbeiten ab, wenn z. B. die Arbeitsvermittlung über persönliche Bekanntschaften verläuft. Integration ist auf der Ebene der Brigade und eventuell noch der Zeche oder Abteilung über die Einbindung in ein Kontaktnetzwerk möglich; Informationen und daran anknüpfbare Interessen für größere Zusammenhänge sind beim Arbeiter spärlich. Motivation zur Leistungssteigerung wird vor allem durch Einkommenssteigerung erreicht, obwohl dies nicht unbedingt schon auch zur Steigerung der Arbeitszufriedenheit führt. Aber angesichts der Tatsache, daß der Arbeitsprozeß nur auf lange Sicht und selten im Interesse der Arbeiter verändert wird, sind Forderungen nach höherem Einkommen kurzfristig die realistischere Strategie zur Verbesserung von „Lebensqualität“.

Während in Polen sich die Stimmen der Arbeiter direkt erhoben haben, ist in der UdSSR eher die Beilegung von verdeckten Konflikten notwendig, wie sie in informellem „Bremsen“ durch Senkung von Gruppennormen der Produktivität und in der Fluktuation zutage treten. Ohne stärker auf die Belange der Arbeitenden einzugehen, werden aber auf die Dauer auch in der UdSSR die hochgesteckten wirtschaftlichen Ziele nicht zu verwirklichen sein.

Magarditsch Hatschikjan: Die wechselvolle Kontinuität. Zu den jugoslawisch-sowjetischen Beziehungen nach 1945

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 13/81 S. 3—17

Seit mehr als drei Jahrzehnten bestimmt eine erstaunliche Wechselhaftigkeit das Bild der jugoslawisch-sowjetischen Beziehungen. Von Beginn an ambivalent, bewegten sie sich in allen Phasen ihrer Entwicklung in einem permanenten Spannungsfeld von Übereinstimmung und Konflikt, deren Koexistenz eine eigentümliche Kontinuität im Wandel begründete. Prognosen unterschiedlicher Herkunft, die Gradlinigkeit suggerierten und eindeutige Lösungen im Rahmen bipolarer Ordnungsvorstellungen als unumgänglich nahelegten, haben sich auch in der Zeit nach Titos Tod als haltlos erwiesen. Realpolitische Notwendigkeiten und aktuelle Interessen diktieren beiderseitige Bemühungen um die Aufrechterhaltung der Balance ebenso wie die Grundlagen der Beziehungen ihre Konfliktbeladenheit geradezu programmieren. Auf der einen Seite werden nationale Unabhängigkeit und Blockfreiheit auch weiterhin nicht mit den politischen und ideologischen Hegemonieansprüchen der KPdSU harmonisieren und sich nur schwerlich ausbalancieren lassen. Auf der anderen Seite haben Jugoslawiens Beharrlichkeit, sein inzwischen weitgehend anerkannter Status zwischen den Blöcken, seine Rolle in der Blockfreien-Bewegung und der Einfluß unter den Autonomisten innerhalb der kommunistischen Parteien ein historisch gewachsenes *fait accompli* geschaffen, das ohne unübersehbare weltweite Konsequenzen nicht ange-tastet werden kann. Fundamentale Änderungen dieser generellen Konstellation in den jugoslawisch-sowjetischen Beziehungen sind in absehbarer Zukunft nicht zu erwarten. Dies schließt Gewichtsverlagerungen in der gegenwärtigen Balance keineswegs aus, die vor allem im Falle nachhaltiger Veränderungen im Ost-West-Verhältnis, im sowjetischen Vorgehen gegenüber Polen sowie in der inneren Entwicklung Jugoslawiens eintreten würden.

Thomas Brey: Jugoslawien am Scheideweg. Eine Bilanz jugoslawischer Politik nach Titos Tod

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 13/81, S. 18—32

Der Aufsatz untersucht die mittelfristigen Problemfelder jugoslawischer Außen- und Innenpolitik. Trotz guter Beziehungen zu den Nachbarstaaten wird die außenpolitische Position Jugoslawiens zwischen Ost und West in Frage gestellt durch die Krise der Bewegung der Blockfreien sowie durch die nachhaltige Weigerung Moskaus, die jugoslawische Sonderstellung als unantastbar anzuerkennen. Innenpolitisch hat sich bisher der Nachfolgemechanismus nach Titos Tod bewährt. Problematisch bleibt die kurze Mandatsdauer in den politischen Ämtern von einem bzw. zwei Jahren, die der Etablierung einer soliden politischen Elite im Wege steht. Nach dem Neubeginn 1972 scheinen die nationalen Antagonismen weniger in die Tagespolitik Eingang zu finden. Verschiedene Indizien deuten jedoch nach wie vor auf die Existenz eines latenten nationalen Konfliktpotentials hin.

Eine Schlüsselstellung bei der Sicherung zukünftiger Stabilität nimmt die Bewältigung der Wirtschaftsprobleme ein. Die eigenen Anstrengungen deuten auf ein größeres Mitspracherecht der Spezialisten gegenüber den Politfunktionären und auf eine Reform von Teilen des Selbstverwaltungssystems hin. Ohne ausländische Hilfen bestehen jedoch geringe Aussichten auf einen Erfolg der neuen jugoslawischen Wirtschaftspolitik.

Wolfgang Teckenberg: Arbeitsbeziehungen und Produktivität in sowjetischen Betrieben

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 4/81, S. 33—44

Um hochgesteckte wirtschaftliche Ziele zu erreichen, muß die UdSSR Konflikte im Produktionsbereich beilegen. In dieser Studie werden vornehmlich die eher verdeckten Konflikte angesprochen, die etwa im „Bremsen“ durch Senkung von Gruppennormen der Produktivität oder im vorzeitigen Verlassen des Betriebs (Fluktuation) zutage treten. Wenn auch in der UdSSR konfliktreiche Arbeitsbeziehungen nicht zu offenen Streiks werden, wie z. B. in Polen, so ziehen sich doch viele Arbeiter aus dem Produktions- ins Privatleben zurück. Dies drückt sich u. a. in hohen Fehlzeiten, im Alkoholismus am Arbeitsplatz oder in einer Minderung der Produktivität aus. Relativ „friedlich“ erscheinende Arbeitsbeziehungen bedeuten noch nicht gleichzeitig gelungene Stimulierung der Werktätigen. Deren Kontrolle wird auch zunehmend schwieriger, weil die Betriebe als „Minigesellschaften“ verschiedene Möglichkeiten haben, Plankennziffern zu manipulieren und z. B. den Lohnfonds weitgehend nach eigenem Gutdünken festzusetzen, so daß sich informell doch betriebliche und Belegschaftsinteressen gegenüber staatlichen Planinteressen durchsetzen.